

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Briefgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Doh. Stanning, veranu. Redakteur: Aug. Winnig,
belle in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Petitzelle oder deren Raum 30 M.

Verbandskollegen! Trefft Vorbereitungen zu der Flugschriftverbreitung und Hausagitation!

Inhalt: Die Sozialpolitik im neuen Reichstag. — Wirtschafts-Ministerium. — Politische Unruhen. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Bekämpfung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen des Gauvorstandes. Jahresberichte der Gauvorstände: Danzig, Görlitz, Mannheim. Berichte. Beiträge zum Lehrlingswesen. — Befreiungskasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitszeit, Subventionen usw. — Aus: Unternehmertreffen. — Aus: anderen Berufen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Verbandsmitglieder!

In der Zeit vom 12. März bis zum 24. März soll eine vom Verbandsvorstand herausgegebene Flugschrift in allen Gauen Deutschlands unter den Maurern verbreitet und zugleich eine energische Hausagitation entfaltet werden.

Zur Ausführung dieser Agitation ist eine sehr große Zahl von Personen notwendig. Wir ersuchen daher die Mitglieder, sich ihren Vereinsvorsitzenden und Vertrauensleuten bereitwillig zur Verfügung zu stellen. Niemand, der Hand und Fuß führen kann, darf sich von der Verbreitung der Flugschrift fernhalten. Jedes Mitglied muss sich bereitwillig in den Dienst der Organisation stellen; gilt es doch, jetzt mit dem Einzug des Frühlings dem Verband Tausende neuer Mitglieder zu gewinnen.

Die Sozialpolitik im neuen Reichstag.

Wie wird der neue Reichstag auf dem Gebiete der Sozialpolitik arbeiten? Diese Frage drängt sich immer mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Die bürgerlichen Parteien, die während des Wahlkampfes alle eine „energische Sozialpolitik“ auf ihr Programm geschrieben hatten, taten das der Not gehorchnach, nicht dem eigenen Triebe. Sie wissen, was die Arbeiterschaft verlangt, und daß sie für die Parteien am wenigsten übrig haben würde, die sich etwa der sozialpolitischen Gesetzgebung gegenüber von vorne herein ablehnend verhielten. Es ist darum sehr natürlich, was auf den ersten Blick befreindend erscheint, daß alle Parteien, sie mögen helfen, wie sie immer mögen, warmherzige Freunde und Förderer der Sozialpolitik zu sein vorgeben. Solche Erklärungen, während der Wahlzeit, sind natürlich mit großer Vorsicht aufzunehmen, denn wenn sie alle ehrlich und aufrichtig gemeint wären, so müßte auf dem Gebiete der Sozialpolitik schon so vieles geschaffen sein, daß überhaupt nichts mehr zu tun übrig bliebe. Wir wissen aber sehr gut, daß noch vieles fehlt, und daß eigentlich erst die Anfänge davon vorhanden sind.

Von dem alten, ausgelösten Reichstage wissen wir, daß er in der Sozialpolitik jede kräftige Initiative vermissen ließ. Wohl fehle es nicht an Initiativanträgen, Resolutionen, Interpellationen usw., aber es fehle dem Reichstage die Fähigkeit, der Regierung seinen Willen aufzutragen. Die Regierung kümmerte sich um die sorgfältig ausgearbeiteten Gesetzentwürfe wie um die schönsten Nieden dazu keinen Deut. Ihr sozialpolitischer Konzessionskultus, Graf von Posadowitz-Wehner, sagte eine Sammlung allerlei schön klanger Wörter her, die dann von seligen bürgerlichen Bewunderern jedesmal schon

allein als eine sozialpolitische Tat ausgeschauten wurde, im übrigen aber blieb alles, wie es war. Nur in einer Beziehung wird man den alten Reichstag loben müssen: er war eingemessen zuverlässig, wenn es sich um die Abwehr aller drei Verschlechterungen handelte. Eine Einschränkung des Koalitionsrechtes wäre von ihm wohl nie erlangen gewesen.

Wie stehen nun die Dinge im neuen Reichstag, der ja so recht nach dem Herzen der Regierung zusammengezwungen worden ist? Darüber ist freilich ein Urteil sehr gewagt, denn die Bissern der Fraktionen können kaum als feste Werte dabei betrachtet werden. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Konservativen vereinigen alle Parteien mehr oder minder stark voneinander abweichende Anschauungen in sich. Das ist besonders bei den Nationalliberalen und dem Zentrum der Fall. In den freisinnigen Gruppen ist es ebenso; auch dort berühren sich die Extreme: der nationalsoziale Pfarrer Naumann und der Dr. Mugdan mit seinen liberlichen Reichsverbandsmännern. Auf Grund der Fraktionsziffer läßt sich also kaum etwas Positives folgern. Rechnet man die freisinnigen Gruppen, das Zentrum, die Polen und die Sozialdemokratie durchweg als gewerkschaftsfreundlich — was jedoch bezüglich der drei ersten Parteien sehr gewagt ist —, so erscheint wenigstens das Koalitionsrecht der gewerblichen Arbeiter gesichert zu sein.

Den bürgerlichen Sozialreformern hängt jedoch der Himmel voller Geigen. Sie begrüßen den neuen Reichstag als hervorragend zur Weiterführung der Sozialreform geeignet. So schreibt der Professor Fraencke in der „Sozialen Praxis“:

„Die Forderung des Tages, die der Reichstag vor dem Volke aufgestellt hatte: die Erwähnung einer zuverlässigen Mehrheit für nationale Fragen, wird erfüllt werden. Konservative, Christlich-Sociale, Reichspartei, Nationalliberale, Freisinnige der verschiedenen Richtungen, die am 18. Dezember 1906 in der Minderheit blieben, werden im neuen Reichstag eine Mehrheit bilden. Dessen freuen wir uns auch vom sozialpolitischen Standpunkt aus.“

Der gute Professor weiß sich vor Freude über den Wahlausfall gar nicht zu fassen. Aber diesem welfremden professoralen Freudenrausche wird bald eine ungemütliche Ernüchterung folgen. Es ließen sich wohl Gründe denken, warum sowohl die Regierung wie die herrschenden Parteien gerade jetzt eine energische Sozialpolitik betreiben können. Sie könnten sich sagen: Nun wollen wir es aber dem Arbeiter einmal zeigen, daß es auch ohne Sozialdemokratie sozialen Fortschritt geben kann, ja, daß es nun besonders schnell vorwärts geht. Möglich ist, daß sich die Hoffnung unserer bürgerlichen Reformer gerade auf dies Argument stützt, das übrigens auch das „Centralblatt der christlichen Gewerkschaften“ ins Feld führt, indem es schreibt:

„Nachdem man der Sozialdemokratie diese Niederlage beigebracht hat und alle Welt darüber triumphiert, müßte der neue Reichstag nunmehr den Beweis erbringen, daß ohne die Sozialdemokratie die soziale Reform in Deutschland nicht bloß auch zu machen ist, sondern besser zu machen ist.“

Es ist geradezu albern, wenn man glaubt, dadurch die Sozialdemokratie als „Hemmschuh“ des sozialen Fortschritts demütigen zu können. Denn, falls sich die Regierung diesen Gedanken zu eigen mache, wäre es nicht auch wieder ein Erfolg der sozialistischen Kritik? Die „sozialpolitische Unfruchtbarkeit“ der Sozialdemokratie ist zwar eine ständige Rubrik in allen gegnerischen Pres-

erzeugnissen, und oft, ja, meistens wird es von Personen nachgezogen, die nicht die geringste tiefere Kenntnis von der Materie haben, aber wir wissen, wie überaus fruchtbar die Arbeiterbewegung gerade durch ihre Kritik gewirtschaftet hat. Und sollte die Regierung etwas wähnen, der Sozialdemokratie einen höheren Platz antun zu können, als jetzt eine gute Sozialpolitik in die Wege zu leiten, so mag sie unfehlbar immer in diesem Glauben fröhlig werden, historische Wahrheit ist doch die: Alles, was wirklich Gutes für die Arbeiterschaft dabei herauskommt, verdankt sein Dasein der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung! Alle jene Leute, die heute den Mund so voll nehmen und tun, als wären sie geradezu die sozialpolitischen Großmütter, die Francke, Verlepsch, Cuno, Trimborn usw., sie wären nicht, was sie sind, wenn sie von uns nicht so unerbittlich vorwärts getrieben würden. Allen, die heute etwa in der bürgerlichen Welt sozial denken, hat die Sozialdemokratie mit ihrer Kritik erst die Gewissen wachgeputzt.

Während nun die bürgerlichen Reformer von blühenden Weizenfeldern träumen, sind die agrarischen Scharfmacher bereits bei der Ditschlaat. Vor einigen Tagen hielt die Unterorganisation, der Bund der Landwirte, seine alljährliche Versammlung im Bürkli-Büch in Berlin ab, der sich eine zweite Tagung derselben Geister unter dem Titel „Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ anschloß. Diese Versammlung der Interessenten des Brotwuchses beschäftigte sich auch mit der Sozialpolitik. Da wir leider fortwährend erfahren, welchen unheilvollen Einfluß diese „kleine, aber mächtige Partei“ auf die Entwickelungen des Staatsoberhaups ausübt, und wie diese ihrerseits wieder allein maßgebend sind für die Reichsregierung, so wiegen jene Verhandlungen schwerer als alle Dialektspiele, hoffnungsvoller Proseforen. Man wird schon zugeben müssen, daß die Namen Rardorff, Decter usw. für die Regierung mehr bedeuten, als die von Francke und seinem Anhang. Auf dieser Generalversammlung nahm man folgende Resolution an!

„Es ist anzustreben:

1. Die Verhinderung der drei Arbeiterversicherungsgesetze (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung), die Vereinfachung und die Verbesserung ihrer Verwaltung sowie die Vereinfachung des Streitverfahrens.

2. Eine ausgiebige Erschließung der in der A. S. Botschaft vom 17. November 1881 indizierten indirekten Steuergesetze in Verbindung mit geeigneten Repressionsmaßregeln gegen die gemeingefährlichen Verstrebungen der Sozialdemokratie, ohne welche beiden Maßregeln die sozialpolitische Fürsorge, zumal in der Gestalt, welche sie heute angenommen hat, als dem Sinne der A. S. Botschaft vom 17. November 1881 widersprechend und den Zwecken und Zielen, derselben zuwidderlaufend, angesehen werden muß.

Da der bislang beschrittene Weg sich zum Teil als gangbar nicht erwiesen, biß mehr der größte Teil der sozialpolitischen Fürsorgemaßnahmen die Begehrlichkeit unter der Arbeiterschaft hervergerufen und eine unter solchen Umständen nicht zu rechtfertigende weitgehende Belastung vieler Kreise und Gewerbezweige herbeigeführt hat, werden die verbündeten Regierungen erfordern, weitgehende Maßregeln solange zurückzustellen, bis die A. S. Botschaft von 1881 mit den dort angekündigten und für unerlässlich erachteten Mitteln durchgeführt und der Erfolg dieser Durchführung in dem von der A. S. Botschaft erhofften Sinne abgewartet werden ist, dagegen von einer Arbeitslosenversicherung aber Abstand nehmen zu wollen!“

Das ist das „sozialpolitische“ Programm der Reaktion. Man fordert dort also:

1. Indirekte Steuern zur Deckung der durch die sozialpolitische Gesetzgebung verursachten Kosten.
2. Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft.
3. Stillstand jeder sozialpolitischen Gesetzgebung.

Insbesondere wenden sich die Junker und Junker-gegnern gegen eine etwa geplante Arbeitslosenversicherung und die sogenannten kleinen Unfallrenten, die sie als Schnapsen bezeichneten. Sie fordern den Wegfall aller Unfallrenten unter 25 pft. So denkt die im Reich am auffindenden Kreise über die künftige Sozialpolitik, und daß die Regierung nicht anders denkt, geht aus den Erklärungen des Reichslandes hervor, von deren Wortschall weiter nichts an klaren Bekenntnissen übrig bleibt, als daß man das Gewerkschafts-Knobelsgesetz wieder in seiner früheren Fassung einzubringen gedenkt. Das ist schon allein eine bessere Dellarierung der künftigen Politik, als alle professorale und heilig-nationalen Fafeleien. So schwer die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit unter der Reaktion zu leiden haben wird, so heilsam wird der Prozeß schließlich enden; denn es gibt kein besseres Mittel, um die ordnungspolitischen Illusionen in den Köpfen der Arbeiter zu zerstreuen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Vertrüfung und Syndikate im Montangewerbe — Staat und neue Bergwerke — Kolonialaktion an der Berliner Börse — Stad im industrialisierten Osten — Reichsbank.

Die Abrodelung und Aushöhlung in den alten Syndikaten vollzog sich unausgesetzt weiter; der produktiv teilseitigere Riesen tritt ständig in den Montangewerbe aufzuhören an Ausbreitung und Einfluss. Das lezte Beispiel hierfür, die Verabschmung der Altengeleitse „Phoenix“ zu Duisburg-Ruhrort mit dem Essener Steinlohnbergwerk „Nordstern“, ist zugleich einer der schlagendsten Fälle für die ganze Entwicklung.

Buerl, im September vorigen Jahres, suchte der „Phoenix“ die Fesseln des Stahlwerksverbandes ab, in den er von Anbeginn nur widerwillig sich einzuhängen ließ, betrifft der Menge des zugebilligten Zulufens „Robstof“ zu lösen. Die Versorgung mit Rohstahl und Halbzeug durch den Verband genügte dem Duisburger-Ruhrorter Werk durchaus nicht; vor allem die Betriebe in Hamm vermochte es nicht daran auszunutzen, wie es die stetig steigende Konjunkturblüte immer mehr wünschte ließ. So schriff man denn im September zur Erweiterung des Hörder Bergwerks und Hüttenbereichs. Die Unabhängigkeit von den Einrichtungen des Stahlwerksverbandes war damit, was die Halbzeugversorgung anbelangt, erreicht: sowohl in Produkten der Klasse A wie der Klasse B war die neue Vereinigung über alle Beteiligungskonturen im Verband hinausgedrungen, sogar über Krupp und Thyssen. Sehr bald jedoch wurde ein ähnlicher Gegenzug des Riedelopellenunternehmens zum Kohlenhundrat lebendig. Obwohl man (1905/06) über nicht weniger als 1.178.113 Tonnen eigener Kohlenförderung zu verfügen in der Lage war, kam man damit bei weitem nicht aus, und das Kohlenhundrat als Biercanti blieb unglücklich bei seiner Schwerbeweglichkeit und seiner Gebundenheit an die verhinderte Syndikatordnung. Auf der anderen Seite empfand der „Nordstern“, dessen Angliederung an die Phoenixblüte jetzt angekündigt wird, bitter seine unfreimüllige Stellung als reinen Kohlenwert, mit all den dafür geltenden Sondereinschränkungen infolge des „Konstruktionsfehlers“ im Kohlenhundrat; als Hüttenzettel dagegen, das heißt in Verbindung mit einem Hüttenunternehmen, war eine gesteigerte Ausnutzung der Brennstoff-Leistungsfähigkeit möglich — die Beteiligung beim Kohlenhundrat ist auf knapp 2% Millionen Tonnen angelegt; etwa 1 Million Tonnen mehr kann der „Nordstern“ bereits mit seinen jetzigen Anlagen zu Tage schaffen. Es erscheint die neue Konsortiumskombination zwischen „Phoenix“, Hörde und „Nordstern“, die Vereinigung der Gewinnung der Brennstoffe, des Rohstahls und des Halbzuges mit der Hüttenverarbeitung, fast wie eine selbstverständliche, unausweichliche Folgerung aus den gegebenen Voraussetzungen: der große kombinierte Trust schafft aus den einzelnen Unternehmen verschiedene Betriebe für sich heraus und hält sie zu neuen produktiven Verbindungen zusammen, die innerlich der alten, auf andere Verhältnisse angewandten Syndikatsordnung sich entziehen, äußerlich jedoch den Zusammenhang damit noch nicht lösen. Alles in allem würde der Kapitalzufluss des neuen Unternehmens etwa 240 Millionen Mark betragen: 200 Millionen Aktienkapital, die übrigen nur zu 200 pft. in Rechnung gestellt (heutiger Kurs „Phoenix“ 219) — das übrige Obligationen der drei Teilunternehmen.

Nun liegen jedoch ähnliche weitere Projekte schon in der Luft. Die bisher nur als lohre Interessengemeinschaft bestehende Verbindung zwischen der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, dem Schalker Grubenverein und dem Nachener Hüttenallianzverein „Rote Erde“ soll ebenfalls den Charakter einer Fusion annehmen — sie würde etwa 380 Millionen Kapital (Kurswert) repräsentieren. Endlich scheint die Härpener Bergwerksgesellschaft gleichfalls ihrer Zusammensetzung als reine Kohlenzeile überdrüssig zu sein; als Helferschleifer lämen hier zunächst die Barmbacher Hüttenwerke in Betracht; manche sehen jedoch sogar den Bochumer Gußstahlverein sich anschließen. Auch dieser Trust würde einige hundert Millionen Mark Kapital darstellen. Und mancher sieht schon die Brüder von Trust zu Trust geschlagen! Was wird dann aus den alten, auf einfachen Unternehmungen ruhenden Syndikaten werden?

Ohne sonderliche Aufregung haben bisher die Interessenten das dem Abgeordnetenhaus vorgelegte neue preußische Gesetz aufgenommen, das (in Form einer Berg-

gesetznovelle) dem Staat in Zukunft die Inangriffnahme neuer Bergvermögensrechte vorbehalten will. Nach den Erfahrungen mit der provisorischen Law Camp, die das Rotationsgründungsseiter, besonders im Kalibergbau, eher noch steigerte, wird man dem neuen Anlauf ziemlich skeptisch gegenüberstehen müssen. Doch wird auf die Novelle zurückzutreten sein, wenn Borsigt und Begründung vorliegen.

Die schwante und wenig energische Politik der Regierungen gegenüber den Grubenlöhnen tritt auch in dem Verhalten Bayerns zu Tage. Bayern hat sich lange Zeit bemüht, in der Dedung des Kohlenbedarfs, vor allem bei seinen Staatsbahnen, mehr auf eigene Füße zu stellen und den Preisdiktaten des Syndikats sich nach Möglichkeit zu entziehen. Damit scheint es endgültig vorbei zu sein.

Das Unternehmen, an dem Erwerb Bayern in erster Linie da ist, ist der oben erwähnte „Nordstern“, den unterdessen die Eisengegenwart des Westens verschliefst haben. Dafür hört man, daß Bayern ebenso wie Württemberg, seine bereits bis 1910 reichenden Verträge mit dem Kohlenhundrat bis zum Jahre 1915 verlängert habe — was bei kommenden kritischen Entscheidungen nur von Vorteil für die heutige Syndikatsleitung sein kann.

Die Kolonialwahlen haben, wenigstens ein gesetzliches Ergebnis gezeitigt — mit Opfern für die Kaufleute ist es natürlich nicht verbunden; im Gegenteil, höchstens mit Annahmen in der leichteren und rascheren Besitzverwertung. Die Distongesellschaft und die Deutsche Bahn wünschen die Aktionen der größten und kapitalstarksten deutsch-südafrikanischen Land- und Bergwerksgesellschaft, der stark mit englischen Elementen durchsetzen South West Africa Company, an der Berliner Börse eingeführt und gehandelt zu sehen. Die Gesellschaft war bisher mit Landbesitz und Schürfrechten verschwenderisch überhäutet worden; geleistet hat sie jedoch sehr wenig; durch freizügige Hochhaltung der Landpreise direkt erschwert, so daß selbst Kolonialhändler bittere Anklagen gegen die hofflose Nachgiebigkeit der Regierung und gegen die Terrainsubstanz der Württemberg-Schwarzwälder Gründung erhoben, in der neben Boermann auch noch der ehemalige Post-Unterstaatssekretär Fischer, die einzige rechte Hand Stephans, eine Rolle spielt.

Die Industrialisierung des preußischen Staates, an der seinerzeit neben dem Oberpräsidenten und ehemaligen Minister v. Gohler auch der jetzige Handelsminister und ehemalige Oberbürgermeister Delbrück eifrigst mitwirkte, hat einen schweren Rückslag erlitten; die Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke, an denen auch die Sechsdorf beteiligt ist, haben Konkurs angemeldet. Für die Gläubiger werden nicht mehr als 30 pft. erwartet; die Aktionäre werden sicher leer ausgehen. Für die Entwicklung der Arbeitersbewegung sind die außerordentlichen Schwierigkeiten der gewerblichen Entwicklung im Osten zweifellos bedauerlich; doch wiederholt sich hier die alte Erfahrung, daß sich industrielles Leben nicht erwidern läßt.

Die Stellung der Reichsbahn hat sich wesentlich geprägt; am 7. Februar verfügte die Bahn wieder über eine steuerfreie Notenreserve von 45,44 Millionen Mark, gegenüber einer Notenreserven von 22,59 Millionen Mark in der Vorwoche. Man hält deshalb in nächster Zeit abermals eine Zinsfußherabsetzung für möglich und wahrscheinlich.

Berlin, 10. Februar 1907. Max Schipper.

Politische Umschau.

Der Glückwunsch der Scharfmacher. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat anlässlich des Ausfalls der Reichstagswahlen nachstehende Glückwunschrückseite an den Reichslandes Fürst Bülow gerichtet:

Durchlaucht

Das starke Anwachsen der Sozialdemokratie, die außerordentliche Zunahme der für diese Partei bei den Wahlen des Jahres 1903 abgegebenen Stimmen und ihrer Vertreter im Reichstag sind von uns mit wachsender Begeisterung wahrgenommen worden. Der von uns vertretene Zentralverband deutscher Industrieller hat überhaupt niemals die großen Gefahren verkannt, mit denen das Treiben der Sozialdemokratie und ihrer gewerblichen Organisationen den Staat, die Gesellschaft, die Arbeit des Volkes und damit ganz besonders das wirtschaftliche Gedeihen der Nation bedroht. Der Zentralverband hat daher als eine seiner vornehmlichsten Aufgaben den mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu führenden Kampf gegen die Sozialdemokratie betrachtet. In diesem Sinne sind die Mitglieder des Zentralverbandes auch, unter Beizüglich einer außerordentlichen Opferwilligkeit, mit Eifer und Energie in den nun hinter uns liegenden Wahlkampf eingetreten. Wir sind stets überzeugt gewesen, daß Euer Durchlaucht die Befürchtungen, die im Laufe der Zeit und bei verschiedenen Anlässen von Euer Durchlaucht gegen die Sozialdemokratie geäußerten starken Worte erweisen die Richtigkeit unserer Überzeugung. Wer sich ein objektives Urteil über die Machtverhältnisse der Partei und deren Grundlagen und Säulenpunkte gemacht und die einzige mögliche Entwicklung sich mit einiger Klarheit vor Augen gehalten hat, der mußte erkennen, daß der von Euer Durchlaucht, unter einmütiger Zustimmung der verbündeten deutschen Regierungen, mit der Auflösung des Reichstags aufgenommene Kampf einzig gegen die verfeindliche Sozialdemokratie gerichtet sein konnte und in der Tat gerichtet war. Das Ergebnis der nunmehr beendeten Wahlen, die schwere Niederlage der Sozialdemokratie, bezeugt, daß Euer Durchlaucht den national gesinnten Wählern diejenige Aufgabe gestellt hatten, durch die allein alle, auch die sonst Lässigen, zur äußersten Anstrengung und Pflichterfüllung bei den Wahlen aufgerüttelt werden konnten. Bei diesen großen Erfolge, an dieser rettenden Tat gefallen wir uns in den Namen des Zentralverbandes, Euer Durchlaucht in wärmerer Weise zu beglückwünschen. Das ist zu geben, wir der Hoffnung Ausdruck, daß Euer Durchlaucht nach diesem hochbedeut-

enden Ergebnis der Wahlen den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit gleicher Umsicht und Energie und mit gleidem Erfolg weiterführen werden. An unsere aufrichtigen Glückwünsche gestatten wir uns die Sicherung zu knüpfen, daß der Zentralverband es als eine seiner ersten Pflichten ansieht, Euer Durchlaucht wie bisher, so auch in Zukunft in dem eigenen Kraft zu unterstützen.

Mit vollkommener Hochachtung und Ehrerbietung des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller, ges. H. Vopelius, ges. H. A. Bued, Vorsitzender, Generalsekretär.

Selbstverständlich hat Bülow umgehend diesen Glückwunsch beantwortet, wozu hertert werden muß, daß der Zentralverband der Industriellen die Scharfmacherorganisation par excellence ist. Die Vater der Buchausverlage steht seine leitenden Männer und der Zentralverband steht heute noch im Lager der Tarifvertragsgegner. Er ist gewissermaßen der krisistypische Punkt aller arbeiterfeindlichen Verlebungen in Deutschland. An diese Organisation also richtete unser Fürst folgende Antwort:

Das verehrliche Direktorium bitte ich für die mir im Namen des Zentralverbandes deutscher Industrieller zum Ergebnis der Reichstagswahlen ausgeprochenen freundlichen Glückwünsche und das siebenbürgische, opferfreudige Eintreten für die nationale Sache im Wahlkampf mein verbindliches Dank entgegenzunehmen. Ich möchte dabei feststellen, daß der vorläufig mit Erfolg beendete Kampf sich nicht einzig und allein gegen die Sozialdemokratie richtete. Das nationale Bürgerum hat vielmehr durch sein Votum gegen die Sozialdemokratie auch eine parlamentarische Taktik verurteilt, durch deren Anwendung am 13. Dezember v. J. die damalige Minderheit von der Zentrumspartei unter Beihilfe der Sozialdemokratie niedergestellt wurde. Es hieße den Geist der Nation verleeren, wenn man über dieses charakteristische Merkmal der jüngsten Wahlen hinwegsehen wollte.

Die Versicherung, daß der Zentralverband auch in der Zukunft im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zur Regierung stehen werde, habe ich gerne entgegen genommen. Dabei vertraue ich auch fernher auf die ausgleichenden Wirkungen einer gewissenhaften und besonnenen Sozialpolitik. Die große Vereinigung, mit der die deutsche Industrie die Befreiung dieser Politik getragen hat, erkenne ich rückhaltlos an. Ich hoffe aber auch, daß mir bei den künftigen Bemühungen der verbündeten Regierungen zur Abstellung sozialer Missstände und zur Widerstellung der wirtschaftlichen Gegenkräfte die wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes nicht fehlen wird.

Mit vollkommener Hochachtung bin ich des verehrlichen Direktoriums ergebener Bülow.

An das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller Berlin W, Karlsbad 4a.

Um den Zentralverband wird man herzlich gelacht haben über den Bülowischen Wit, daß die bisher betriebene Scharfmacherpolitik des Verbands zur Widerstellung der wirtschaftlichen Gegenseite beigetragen habe.

Wie aber Bülow dazu kommt, die „Vereitwilligkeit“ gerade des Zentralverbandes anzuerkennen, mit der die Industrie die „Waffen“ der Sozialpolitik auf sich genommen habe, bleibt wohl sein Geheimnis. Noch vor wenigen Jahren hat der Generalsekretär Bued in einer Broschüre den ausdrücklichen Standpunkt des Zentralverbandes vertreten, und heute lobt der Kanäler die scharfmacherische „Vereitwilligkeit“ dieser Scharfmachergesellschaft! Auch ein Beitrag zur Frage nach der Sozialpolitik im neuen Reichstag.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei richtet einen Aufruf an die Parteigenossen, in dem er sich über die Ursachen des Wahlausfalls äußert. Wir entnehmen dem Aufruf folgende Sätze:

Die Klassegenossen haben sich in den letzten Jahren sehr verfeindet. Die Kämpfe, die die in den Gewerkschaften organisierten Klassenbewegungen der Arbeiter mit Fug und Recht führen, um eine überaus glänzende Proletarientypus für bessere Lohns- und Arbeitsbedingungen aufzustellen, und die uns diejenigen Handwerksmeister wegergegen, die in ihrer befeindeten Unternehmensaufstellung die Bereitstellung dieser Verhältnisse nicht begreifen konnten. Die Massenauflösungen der Arbeiter in den verschiedensten Berufen und Gegenenden durch die Unternehmer haben auch auf Seiten der Arbeiter die Stimmen verbittert und die Kluft zwischen ihnen und der Unternehmerschaft erweitert. Ferner hat die Parteiennahme vieler staatlicher Organe für die Unternehmer und gegen die Arbeiter, wie sie in zahlreichen Gewaltmaßnahmen verschiedener Polizeiorgane und in Kloßaustritten einer größeren Anzahl Gerichte zum Ausdruck kam, die vorherrschende Verfeindung noch gesteigert.

Ein anderer Grund des Wahlausfalls ist, daß große Kreise Handelsbetreibende von der Arbeiterschaftskundgebung als ihren Feind ansiehen, die in den letzten Jahren in zahlreichen Städten und Bezirken sehr lebhaft entwölft. Vor mehr als vier Jahrzehnten, als Kasse auftrat und seine dem Bürgertum selber den Arbeitern gerieten, durch Konkurrenz ihre soziale Lage zu verschärfen, und der Repräsentant dieser Lehre, Schulze-Delitzsch, war der Held und Heiland des Bürgertums. Aber das ist lange her. Der Bürger fordert war heute ebenfalls, daß der Staat alles Mögliche in seinem Schutz und Verteilung, aber daß der Arbeiter mindestens das gleiche Recht auf Schutz und Besserung seiner Existenz hat und vor allen Dingen auch das ihm geistig zugehörende Recht der Gewerkschaftsbildung ausüben darf, das begreift er nicht. Nur das der Arbeiter, so wird gar mancher Krammer und Händler sein Feind. Er rächt am Arbeiter, was er sich, wenn

auch knurrend und murrend, von den Inhabern des Warenhauses, den Kontumazien der Offiziere, Beamten und Beamten gefallen läßt. Behausende dieser Krämer und Händler traten deshalb im letzten Wahlkampf auf die gegnerische Seite.

Nicht bestritten kann ferner werden, daß die momentanen Vorteile, die die agrarische Pol- und Abperrungspolitik auch einem größeren Kreise von Kleinbauern verschaffte, diese mit einem Segen ins agrarische Lager trug und in einer Reihe Wahlkreisen, in denen dieses Bautenamt bisher verschlafen zu haben, die Zahl unserer Gegner verstärkte und zu unserer Niederschlag beitrug.

Weiter wurde ein erhebliches Teil der Unterbeamten durch den auf sie ausgeübten durchdringenden Druck gewungen, wobei ihre Überzeugung zu stimmen, oder man suchte sie durch Gewährung von kleinen Zugeständnissen und Versprechungen alter Art zu überreden. Nebenkampf wurde bislang unter kräftiger Unterstützung der Staats- und Gemeindebehörden, mit Aufwand finanzieller Mittel, wie sie die Gegner früher nie besaßen, aufs rücksichtsloseste gegen uns gearbeitet. Man darf ruhig aussprechen, der weitaus größte Teil der gegnerischen Kandidaten waren geradezu Abiegungskandidaten.

Weiter heißt es:

"Gesetzliche Meinungsunterschiede, die wir in den letzten Jahren hatten, in der Presse und in Zusammenkünften aller Art stets in einer Weise ausgetragen wurden, die unsern Gegnern Stoff zu Angriffen lieferen, namentlich weil diese von denselben, in der üblichen Tendenz entstellt, Weise gelobt.

Hier haben wir ständig, ohne Ausnahme, uns die größten Fehler aufzuzeigen. Wissen Meinungsunterschieden im Interesse der Partei ausgetragen werden, so darf dieses nur in der streng sachlichsten Weise geschehen. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß wir Parteigenossen sind und jeder von uns das Recht hat, zu verlangen, daß seine abweichende Meinung als ehrlich gemeint und im Interesse der Partei geltend gemacht angezeichen wird."

Die Gewerkschaften im neuen Reichstag. Der Ausfall der Reichstagswahlen hat nicht bloß die Stärke der verschiedenen Fraktionen stark verschoben, sondern auch die Gruppen der Gewerkschaften, die als Abgeordnete gewählt wurden. Im früheren Reichstage zählte die Sozialdemokratie 19, die freisinnige Volkspartei 1 (Goldstein) und die Zentrumspartei ebenfalls einen Gewerkschaftsführer (Giesberts) zu ihrer Fraktion.

Im neuen Reichstag gehören der sozialdemokratischen Fraktion 12 Gewerkschafter an. Es sind dies die Abgeordneten Becker, Behrendt, Giesberts, Hammeyer, Schäfer, Wiedeburg und Schirmer. Der Vorsitzende der deutsch-nationalen Handlungsgesellschaften, der Antisemit Schach, gehört ebenfalls dem Reichstag an. Dazu haben die Zentrumsgewerkschaften eine wertvolle Stütze in dem neuwählten Abgeordneten Dr. Pöver gewonnen, einem ehemaligen Führer ihrer Sache. Von den genannten acht "christlich-nationalen" Gewerkschaftsabgeordneten gehören sechs der Zentrumspartei und zwei, nämlich Behrens und Schach, der wirtschaftlichen Vereinigung an.

Endlich hat auch die katholische Fachabteilungsbewegung einen ihrer Vertreter in den Reichstag bekommen: den katholischen Generalsekretär Dr. Bechtler. Danach sind im neuen Reichstag nebenbei alle gewerkschaftlichen Gegenstände vertreten (bis auf das Harmoniebogen der Gewerkschaften), und es wird daher wohl an Kämpfen auf der parlamentarischen Tribüne nicht fehlen. Die Vertrüfung des Antigewerkschaftsgeiges wird die gewerkschaftlichen Grundzüge der christlichen und katholischen Gewerkschaftsabgeordneten auf eine ernste Probe stellen.

Regierung-Wahlmaße. Es war für jeden Klubmännig klar, daß die Regierung bei den Reichstagswahlen ganz sieberhaft gearbeitet hat. Das Heransteppen des "nationalen" Simmungswesens erfolgte auf die Regierungspartei. So ist durch die Veröffentlichung einiger wichtiger Briefe bekannt geworden, in welchen die Regierung ihre Wahlmaße betrieb. Es sind Briefe, die der Leiter des Flottenvereins, der Generalmajor Reim, mit den verschiedensten Leuten getauscht hat. Aus diesen Briefen geht hervor, daß der "impolitische" Flottenverein die Aktion gegen die "Vaterlandsteinde" bei den letzten Wahlen zum Teil mit Gelehrten betrieben hat, die ihn aus dem Reichstag auszutauschen versuchten; daß die Regierung mit ihrem Vorgehen weit mehr das Zentrum als die Sozialdemokratie treffen wollte und daß der Flottenverein aus nächst nach der Hauptwahl ein Bündnis mit den Sozialdemokraten gegen das Zentrum eingehen geplant und erst nach Ausgabe der sozialdemokratischen Stichwahlprognose diese Absicht fallen ließ. Die Verwendung öffentlicher Gelder zu Wahlzwecken, wie hier, ist das ärgerliche, was an Korruption geleistet werden kann. Unsere "glorreiche" Regierung hat damit selbst Achtung übertrumpft.

Dr. Bödöker, dem fürstlich verstorbenen früheren Präsidenten des Reichsversicherungsausamtes widmet der "Vorwärts" folgenden Nachruf: "Der Verschiedene war vom Jahre 1884 bis Juni 1897 der erste Präsident des Reichsversicherungsausamtes. Als solcher wendete er seine hohe Sachkenntnis, sein Verwaltungstalent und sein soziales Empfinden unparteiisch an und suchte die soziale Gesetzgebung mit gerecht und sozialem Geist zu honnen. Der lebhafte nach Betätigung dringende Wunsch, die Aufgaben der sozialen Gesetzgebung aus innerer Überzeugung heraus, ohne nach oben oder unten zu blicken, in sozialem Pflichtgefühl mit Gerechtigkeit zu erfüllen, die den Menschen achtende, verbindliche Weise, wie er mit den Arbeitervertretern, den Unfallverletzten, den Invaliden oder Altersrentnern verkehrte, haben dem Dahingeschiedenen trotz seiner gegensätzlichen politischen

Richtung die wärmste Anerkennung der Arbeiter verschafft. Als er im Jahre 1897 infolge des Drucks der antisozialen

Partei, die den Kontumazien der Offiziere, Beamten und Beamten gefallen läßt, Behausende dieser Krämer und Händler traten deshalb im letzten Wahlkampf auf die gegnerische Seite.

Nicht bestritten kann ferner werden, daß die momentanen Vorteile, die die agrarische Pol- und Abperrungspolitik auch einem größeren Kreise von Kleinbauern verschaffte, diese mit einem Segen ins agrarische Lager trug und in einer Reihe Wahlkreisen, in denen dieses Bautenamt bisher verschlafen zu haben,

Gang im Gegensatz zu den mit sozialen Phrasen und in antisozialen Werken sich beschäftigenden hob Dr. Bödöker

ausführlich herbor, daß die gesamte soziale Gesetzgebung eine geringfügige Abschlagszahlung, auf die Forderungen der Arbeiter sei. In literarischen und sonstigen öffentlichen Verhandlungen bekannte er sich zu der Ansicht, daß die Unzufriedenheit die Vorse des Fortschritts ist, und daß in der Tat die Arbeiter die gesamten Vorteile der Versicherung fragen, die ja der nominell von den Arbeitgebern gezahlte Beitrag nur ein von vornherein feststehender Teil des "Bohnes" ist. Ein Mann von so hoher Unparteilichkeit und gleichem Streben nach sozialer Pflichterfüllung mußte in Konflikt mit der herrschenden Klasse geraten. Der Konflikt kam, als er den sozialpatriotischen

Bemühungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller sich nicht beugen wollte, die im Reichsamt des Innern seit Ende 1896 in immer schärferem Maße die Oberhand gewonnen hatten. Wer wie Dr. Bödöker vorurteilslos

unter gerechter Würdigung der Lage des Arztes das

Reichsversicherungsausam zu leiten und die soziale Rechtsprechung unparteiisch und gerecht auszuüben, suchte

tonnte in dem reaktionären Kreis, den die herrschende

Klasse im Reiche steuerte, ohne fortwährend wachsende Verwirrungseide nicht im Amt zu bleiben. Mit ihm zog der gute

Geist aus dem Reichsversicherungsausam. Der so frisch Da-

hingeschiedene war frisch unter politischer Gegner. Das

hat uns zu seiner Amtszeit und zu seinen Lebzeiten nicht

gehindert, seine hohen Verdienste anzuerkennen. Nach

seinem Tode ist es doppelte Pflicht, das ehrliech sozial-

politische Streben des Dr. Bödöker, die vorurteilslose Un-

parteilichkeit, das Mitempfinden mit der Lage der Ar-

beiter seitens des Dahingeschiedenen hervorzuheben.

→ → →

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen be-richtet wird, werden fortan nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte: Lübeck (Sperre über die Firma Komet aus Stettin);

Schleswig-Holstein: Westerland a. Sylt (Differenzen), Reinbek (Aus-

spernung);

Mecklenburg: Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperre über

Scharf & Sohn);

Pommern: Bansin (Sperre über Berger);

Schlesien: Waldenburg (Sperre über die Thielesche Porzellan-

fabrik in Altawasser);

Königr. Sachsen: Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen

Marien & Kunze, Bahnhofsgebäuden, Hessell,

Göhlis, Lothringer- und Pariserstrasse,

M. Steyskal und Seifert in Möckern, Sohr-

strasse, Heinr. Militzer, Stötteritz, Schwar-

zackerstrasse, Rötha (Sperre über O. Böttcher),

Oderwitz (Sperre über Kräsing), Chemnitz

(Sperre über den Neubau des Albert-Museums),

Ries (Sperre über den Bau Roch in Zeithain);

Thüringen: Allstedt (Sperre über das Kaliwerk Heigendorf);

Brannschweig: Schöningen (Differenzen mit den Geschäften von

Rünnecke und Buchholz und Gebr. Schönbörn);

Provinz Sachsen und Anhalt: Naumburg a. d. S. (Sperre über Emil Müller, Kanoniesterstrasse), Dessau (Sperre über Lüdicke);

Baden-Pfalz: Heidelberg (Differenzen bei Baum und Schäfer);

Fliesenleger: Barmen-Elberfeld (Lohndifferenzen).

Oesterreich-Ungarn: Teplitz (Streik);

Budapest (Aussperrung).

Gau Dortmund: Die Sperre über das Werkstoff-

Stahlwerk in Wiesbaden wurde am 12. Februar aufgehoben.

Es kam ein Vergleich zu stande. Die Werftleitung verbrachte den

üblichen Lohn von 53 1/2 zu zahlen und die Streikenden durften

einmal wieder einzutreten, was auch geschehen ist. Das Werk zur

Auferstehung der Organisation zu zwingen, war nicht möglich.

Da sich innerhalb zehn Tagen die Zahl der Streikende von

8 auf 35 vergrößerte. Was jetzt dort nicht möglich war durch-

zuführen, mag ein zweites Mal gelingen.

Gau Lübeck. Neben der Firma "Komet" aus Stettin

ist seitens des Zweigvereins Lübeck die Sperre verhängt,

die Firma verucht, in Lübeck die Alsförderarbeit

einguführen. Die dort beschäftigten Kollegen verweigerten

die Alsförderarbeit, die sie im Zweigverein Lübeck verboten ist.

Darauf wurden sie entlassen. Einige Tage vorher hatten

dort die "Freien Vereinigung" in Hamburg neun Mann

dort die Alsförderarbeit aufgenommen; sie haben uns in dieser

Sache die Situation schändlich verdrorben und arbeiten auch während der Sperre dort ruhig weiter, sind also Streikende.

Einen recht schönen Erfolg haben wir in Magdeburg, wo während der alte Vertrag, worin bei zehnstündiger Arbeitszeit ein Stundenlohn von 42 1/2 vorgesehen war, mit dem 31. Dezember 1906 sein Ende erreichte, befohlen die Kollegen einen Stundenlohn von 48 1/2 und die neu-einfahrbündige Arbeitszeit zu fordern. Außerdem sollte das Landgeld von täglich 30 1/2 auf 50 1/2 erhöht werden.

Bei der ersten Verhandlung, an der auch der Gauleiter teilnahm, lehnten die Unternehmer die Gewährung der neu-einfahrbündigen Arbeitszeit ganz enttäuscht mit der Begründung ab, daß sie unmöglich die ersten in diesem zeitlichen Kreise sein könnten. Hierüber mußten sie erst noch näher mit ihren Kollegen des ganzen Kreises Rücksprache nehmen.

Jedoch boten sie eine Lohnhöhung von 3 1/2 pro Stunde mit dem Ver sprechen, im nächsten Jahre weitere Zugeschäfte zu machen, wenn bis dahin eine bestimmte Abgrenzung des Lohnbezirks in die Wege gebracht sei.

Auch sollte dann das Landgeld auf 50 1/2 pro Tag erhöht werden. Dies Angebot lehnten die Kollegen jedoch ab, sie wollten auf alte Fälle die bestimmte Aufgabe, daß die neu-einfahrbündige Arbeitszeit im Jahre 1908 eingeführt werde.

Es fand dann am 7. Februar eine nochmalige Unterhandlung unter Beteiligung des Gauleiters statt, die folgende Resultat zeitigte: Von 1. April d. J. an beträgt der Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit 45 1/2, vom 1. Januar 1908 an bei neu-einfahrbündiger

Arbeitszeit 50 1/2 pro Stunde. Das Landgeld beträgt für 1907 pro Tag 30 1/2 und für 1908 pro Tag 50 1/2. Junggelehrten erhalten im ersten Jahre noch verdreifachte Lehrzeit, sofern sie bei ihrem Lehrling in Arbeit bleiben, pro Stunde 5 1/2 weniger. Die Abgrenzung des Lohnbezirks wurde ebenfalls vorgenommen; die Orte: Uelzen, Thandorf, Schlagelsdorf, Gr. Malzahn, Dethom, Mögeln, Größ und Klein-Thurau, Goldensee, Hittig, Niendorf, Bredenbach, Eddersheim, Althofen, Bohlendorf, Autzen, Bartelsbusch, Groß-Döns, Holendorf, Klein- und Groß-Serau bilden die Abgrenzung der Lohnbezirke.

Die Abgrenzung ist auf die Fälle, die für Magdeburg vereinbart, Arbeits- und Lohnbedingungen maßgebend. Dies Angebot nahmen die Kollegen an. Die Lohnbewegung wurde damit im großen und ganzen erledigt, bis auf einige ländliche Unternehmer, die nur selten Gefallen beschäftigen.

Außerdem kommt noch der Unternehmer Hilmann, der im mecklenburgischen Teil von Magdeburg, woher und der Schönberger Innen angehört, in Betracht. Unterhandlungen finden sich auf Gauvorstand bereit, angehoben, hoffentlich führen sie zu einem günstigen Resultat.

In Cottbus-Malente waren wir nach dem bestehenden Vertrag verpflichtet, ebenso Anträge einzurichten, die neunstündige Arbeitszeit bereits im November v. J. eingereicht. Es wurde deshalb beschlossen, bei neunstündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 55 1/2 zu fordern. Am 19. Dezember fand die erste Unterhandlung statt, die aber zu seinem bestreitbaren Resultat führte. Die neunstündige Arbeitszeit wurde abgelehnt, aber eine Lohnhöhung von 44 1/2 auf 48 1/2 bei der bisherigen neu-einfahrbündigen Arbeitszeit geboten. Dieses Angebot lehnten die Kollegen einstimmig ab und bestreitigten die Tarifkommission um weitere Unterhandlung nachzuholen. Es fand dann am 15. Januar abermals eine Unterhandlung statt, wonach dann beide Parteien auf folgenden Vorschlag einigten: Der Stundenlohn beträgt für Maurer und Zimmerer vom 1. April 1907 bis 30. September 1907 50 1/2, vom 1. Oktober 1907 bis 31. März 1908 52 1/2, vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 53 1/2 pro Stunde unter Beibehaltung der neu-einfahrbündigen Arbeitszeit. Vom 1. April 1909 sollen bis auf weiteres 57 1/2 pro Stunde bei neu-einfahrbündiger Arbeitszeit gezahlt werden. Für die Bauarbeiter trifft eine Lohnhöhung von 38 auf 42 1/2 und dann in den selben Zeiträumen auf 45, 48 und ab 1. April 1909 auf 52 1/2 pro Stunde ein. An beiden Unterhandlungen nahmen die Gauleiter teil. Diese Vereinbarungen fanden dann die Zustimmung der Unternehmer und der Kollegen, so daß damit die Lohnbewegung auch für diesen Bezirk erledigt ist.

Gehaltmachung des Verbandsvorstandes.

Die Beitragszahlung beginnt laut Statut am 1. März; die erste Einfassierung des Beitrages hat spätestens Sonntag, den 8. März, zu beginnen.

Neue Beitragsmarken. Die neuen Beitragsmarken gelangen jetzt zur Verwendung, und zwar ohne vorherige Bestellung. Sollte in der Preislage das Nötige nicht getroffen sein, dann ist uns sofort Mitteilung zu machen.

Alte Beitragsmarken. Die alten Beitragsmarken (nicht Eintrittsmarken und Marken für Arbeitslose) sind ungültig und dürfen daher nicht mehr verwendet werden. Die noch vorhandenen Reste alter Beitragsmarken sind sofort einzusenden.

Ehrenmitglieder und Mitglieder, die auf Grund S. 25 des Statuts vom Verbandsbeitrag bereit sind, werden erlaubt, ihre Mitgliedsbücher bis zum 1. März d. J. durch die Zweigvereinsvorstände zwecks Abstempelung einzuführen. Durch die Abstempelung wird das Recht auf Siedehilfestellung gewährt.

Agitation und Blattstatterverbreitung. Auch in diesem Jahre muß mit dem beginnenden Frühjahr eine umfassende Agitation vertrieben werden, um die nichtorganisierten Kollegen unserem Verbande zuzuführen.

Die Agitation soll eingeleitet werden durch eine allgemeine Haushaltstation, die in allen Orten zu gleicher Zeit vom 17. März bis 24. März unter nichtorganisierten Kollegen vorzunehmen ist.

Zur Unterstützung und Erleichterung der Agitation geben wir eine Flugschrift, 16 Seiten stark, heraus. Die Flugschrift soll den Verbandsmitgliedern und auch allen dem Verband nicht angehörenden Kollegen zugestellt werden, und zwar erstens durch die „Grundstein“-Verbreiter und letzteren durch eigens dazu bestimmte Kollegen.

Wir ersuchen die Mitglieder des Verbandes und besonders die Zweigvereinsvorstände, hieron Rücksicht zu nehmen und zum guten Gelingen mit beizutragen.

Aufgabe der Zweigvereinsvorstände ist es, sofort die erforderlichen Vorbereitungen für die Flugschriftverbreitung und Hausagitation zu treffen. Für die Hausagitation ist besonders erforderlich, daß die Namen und Adressen der nichtorganisierten Kollegen ausgezeichneten und Verbandsmitglieder bestimmt werden, welche den Nichtorganisierten die Flugschriften ins Haus tragen und diese mündlich zu bewegen suchen, sich dem Verbande anzuschließen.

Neben der Hausagitation ist mit Beginn der Bauposition auch eine lebhafte Agitation auf den Bauplätzen zu betreiben und zu dem Zweck das Baudelegierensystem allgemein einzuführen. Auf jedem Arbeitsplatz, wo mehrere Kollegen beschäftigt sind, muß ein Baudelegierter vorhanden sein.

Um die Aufnahme der Mitglieder zu erleichtern, müssen die Baudelegierten und Hausagitatoren kleine Aufnahmecards, die bei uns in beliebiger Zahl zu haben sind, bei sich führen.

Die Flugschrift werden wir so früh, daß sie sich spätestens am 15. März in Händen der Zweigvereinsvorstände befindet.

Die Gauvorstände ersuchen wir um Mitteilung, wieviel Exemplare der Flugschrift für Organisierte und Nichtorganisierte nach den einzelnen Zweigvereinen zu senden sind und wieviel Exemplare sie selbst wünschen. Diese Mitteilung muß uns aber umgehend gemacht werden, damit wir die Auslage der Flugschrift feststellen können.

Krankenunterstützung wird an unterstützungsberechtigte Mitglieder vom 1. März an gezahlt.

Unterstützungsberechtigt sind nur solche Mitglieder, die a) dem Verbande mindestens zweimal zwei Jahre angehört und für 80 Wochen Beitrag gezahlt haben, b) von einer auf Grund des Reichs-Krankenversicherungsgesetzes bestehenden Krankenkasse Krankengeld beziehen.

Das Mitglied hat unter Beibringung der nötigen Atteste die Krankheit innerhalb acht Tagen dem Zweigvereinsvorstand und dieser innerhalb dreier Wochen dem Verbandsvorstand zu melden bzw. melden zu lassen. Geschieht das nicht, so wird für die über drei Wochen zurückliegende Krankheitsdauer keine Unterstützung gezahlt.

Die Kosten für ärztliche Atteste muß das Mitglied selbst tragen.

Die Unterstützung wird erst vom achtten Krankentag an gezahlt.

Bei Mitgliedern, die am 1. März schon länger als sieben Tage von einer Krankenkasse Unterstützung beziehen, fällt diese Kürze fort, und für solche, die weniger als sieben Tage krank sind, verläuft sich die Kürzezeit um die Dauer der Krankheit.

Im übrigen verweisen wir auf die Bestimmungen des Verbandsstatuts.

Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt durch die Zweigvereine auf Anweisung des Verbandsvorstandes.

Für die Erledigung der Geschäfte ist folgendes zu beachten:

1. Anträge auf Krankenunterstützung haben die einzelnen Mitglieder nicht direkt an den Verbandsvorstand, sondern an den Vorstand ihres Zweigvereins zu richten.

2. Die Zweigvereinsvorstände haben die Anträge zu prüfen und festzustellen, ob eine Unterstützungsberechtigung vorliegt, d. h. ob das betreffende Mitglied

a) dem Verbande zwei Jahre angehört und mindestens 80 Wochenbeiträge gezahlt hat;

b) von einer Krankenkasse Unterstützung bezieht;

c) seine Verbandsbeiträge voll bezahlt hat, und

d) ob seit Beginn der Krankheit sieben Tage verstrichen sind.

3. Ist die Berechtigung zur Unterstützung festgestellt, dann in dem Verbandsvorstand das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und eine Bescheinigung über die Art und Dauer der Krankheit zu zulassen. Das Mitgliedsbuch muß in Ordnung, die laufenden Beiträge bis zur letzten Woche gezahlt und, die Bescheinigung muß von der Krankenkasse oder dem Arzt ausgestellt sein.

4. Nach Aufsendung der unter 3. genannten Ausweise seit der Verbandsvorstand die Höhe der Unterstützung fest und erst die Zahlungsermischung. Ohne eine solche Anweisung darf Unterstützung nicht gezahlt werden.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und

b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzeichnen ist.

Unterstützungs-Anweisungen werden in der Zeit vom 10. bis 16. Februar 1907 für folgende Mitglieder erteilt:

Josef Hitterer - Karlsruhe, Verh.-Nr. 161 855; Joachim Gerloff - Düsseldorf (Ffrau), 28 573; Hermann Schmidt - Berlin (Ffrau), 109 203; Wilhelm Jahn - Berlin, 339; Heinrich Wachmeyer - Hannover (Ffrau), 32 945; Heinrich Seemann - Gr. Warden (Ffrau), 115 892; Christoph Hartopp - Kiel, 146 454; Heinrich Schmidt - Bremen, 13 678; Ferdinand Klautz - Bützow (Ffrau), 169 198; Heinrich Wicht - Hamburg (Ffrau), 27 154; August Nabiach - Breslau, 16 559; Albert Mietz - Frankfurt (Ffrau), 92 779; Johann Adenau - Wermelskirchen (Ffrau), 105 983; Heinrich Schröder - Elze, 127 065; Julius Pfannfuss - Bremen, 231 138; Ernst Schellhorn - Berlin (Ffrau), 10 599; Richard Weißer - Altona (Ffrau), 252 061; Gottlieb Böhl - Bremen, 95 383; Heinrich Barten - Bremen (Ffrau), 87 498; Otto Wehner - Hamburg, 14 821.

Geldsendungen für die Hauptklasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Biesenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Poststempel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 12. bis 18. Februar 1907 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Birnbau in Bogen M. 48,96, Möbel 130, Tempeln 81,94, Blattling 44,64, Töls i. B. 31,08, Schneidung i. Sch. 233,74, Wessendorf 178,18, Rostock i. Lübeck 178,19, Dillenburg 9,40, Weisau 8, Danzig 43,50, Paaren 6,50.

b) Für Kalender.

Blattling M. 7,50, Altona 25, Töls i. B. 10.

c) Ein Mahnwort zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Breslau M. 2,50, Töls i. B. 1,50.

d) Für Futterate.

Schnitz M. 5, Schneidung 1, Osnabrück 2.

e) Bericht der Bauarbeiterkenschaffungskommission 1905.

Oldesloe 70 3.

f) Tarifverträge und Statistik.

Waltersdorf, Hohenstein, Schwerte, Greifswald, Deyhausen, Waltershausen, Bornhöved, Pflaßkirchen, Heilbronn-Gmünd, Wittmund, Rüstringen, Göttingen, Oranienburg, Mölln, Danzig, Münzen, Landau, Hohenalpe, Sebnitz und Braunschweig je M. 5.

g) Geschichte der englischen Arbeit.

Langenberg (Reut), Nolisch, Potsdam und Breslau je M. 10.

h) Für Einbanddecken.

Braunschweig M. 3.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gemachten Verbandsmitglieder aller Zweigvereine, die in vorher Woche das Wahlprotokoll eingezahnt haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen August Schardt - Nachel (Verh.-Nr. 154 121), Wille - Chlau (168 504), Richard Richter - Lübeck (260 091), Blasius Weidbauer - Augsburg (307 401), Guido Kunze - Timmendorf (290 002), Wihl - Lübeck - Hörde (237 883), Ernst Wilhelmi - Bremen (56 510), Karl Meier - Kiel (78 111), Heinz Kornatz - Bremen (56 682), Goldmühder - Danzig (225 327), Heinrich Antes - Remscheid (387 124), Otto Kleine - Huldenhagen (313 815), Herm. Kummer - Leipzig (388 588), Herm. Seidenbinder - Großenboden (414 305), H. Notermund - Bremen (14 257), Anton Auer - Mainz (123 468), Peter Korbach - Frankfurt a. M. (100 651), Heinr. Lüdel - Bonn (193 706), Martin Möhnen - Bremen (434 750), Erich Wanck - Stolp i. P. (282 597).

Aufforderung. Der Kollege Karl Jörn (Verh.-Nr. 257 749) geb. am 7. Juni 1876 zu Gütersloh, hat sich anstrengt, von Berlin entfernt, nachdem er vom Arbeitgeber sie sich und seine Kollegen das Geld für geplante Bauten erhalten hat. Sollte derselbe irgendwo auftauchen oder sonst jemand seinen leugigen Aufenthalt wissen, so rufen wir, Mitteilung an das Bureau der Buzer in Berlin C. Sothkirsch, 6, gelangen zu lassen.

Der Verbandsvorstand.

Geheimnachrichten der Gauvorstände.

Gau Nürnberg.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir den vierten Gaustag zu Sonntag, den 21. April, nach Nürnberg. Er findet im Lottale der Nürnberger Sängerhalle, Hummelsteinweg 24, statt und beginnt Vormittagspunkt 9 Uhr.

Vorläufige Tagesordnung: 1. Berichte: a) des Gauvorstandes; b) des Kassenrates; c) der Abteilungen; d) der Delegierten; 2. Lohnbewegungen und unsere Tarife sowie die der Unternehmer hierzu. 3. Agitation. 4. Anträge, soweit jöld in obigen Punkten nicht mit erledigt werden konnten. 5. Wahl des Gauvorstandes.

Wir ersuchen die Zweigvereine, zu dem Gaustag Stellung zu nehmen und die Delegierten hierzu zu wählen. Bezuglich der Wahl der Delegierten bestimmen § 8 d. des Verbandsstatuts und die §§ 6 und 7 des Gauregulativs folgentes:

Zur Vertretung auf den Gau tagen ist jeder Zweigverein verpflichtet. Die daraus entstehenden Unkosten haben die Zweigvereine auf ihren Lofställen zu decken. Reichen die Mittel der Lofställen nicht aus, so können die Unkosten auf Antrag des Gauvorstandes und im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand aus der Gaukasse gebedt werden.

§ 6. Die Zahl der Delegierten zu den Gau tagen richtet sich nach der Größe der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliederzahl bis 100 einen, von 100 bis 300 zwei und für je 300 weitere Mitglieder kann ein Delegierter mehr entsandt werden.

§ 7. Die Wahl der Delegierten hat nur in Mitgliederversammlungen zu erfolgen; absolute Stimmenmehrheit entscheidet.

Größere Zweigvereinsgebiete können in Wahlbezirke zerlegt werden.

Die Delegierten haben sich durch ein Mandat und Mündesbuch zu legitimieren.

Anträge sind bis zum 7. April d. J. an den Unterzeichneter eingenden. Zum Empfang der Delegierten sind am Bahnhof Nürnberg, erkennbar an roten Schleifen, anwesend.

Der Gauvorstand. J. A. Joh. Merkel.

Jahresbericht der Gauvorstände.

Gau Danzig.

Um verflossene Jahre hatten wir die bedeutendste Bautätigkeit seit dem Jahre 1900 zu verzeichnen. Schon im März war eine größere Radfrage nach Mauern vorhanden, die sich später noch bedeutend steigerte und bis zum Oktober anhielt. Unsere Vermutungen im vorherigen Bericht haben sich völlig bestätigt, so daß bezüglich der Arbeitsgelegenheit nichts zu wünschen übrig war. In Mei. 1901 und 1902 waren es besonders Zellstofffabriken und Käfernenbauten, die eine größere Bautätigkeit brachten. Die Bautätigkeit nach Mauren war nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande angetreten. Die Großgrundbesitzer, die durch den Zolltarif und die Grenzverporen riesige Geschäfte gemacht haben, konnten nun ihr Bedürfnis nach neuen Wohnungen und Betriebsanlagen befriedigen, so daß fast auf jedem Bauernhof gebaut wurde. In Graudenz wurden zwei Käfernen und zwei Schulen gebaut, außerdem war die Kanalisation in Arbeit, wodurch wieder die private Bautätigkeit belebt wurde. In Bromberg wurde den ganzen Sommer hindurch stetig gebaut. In Danzig dagegen war die Bautätigkeit nur mittelmäßig, da aber durch die viele Arbeit in der Produktion wenig Buzug kam, so war doch fast noch immer Radfrage nach Mauren. Die oftmalige Nachfrage nicht gedeckt wurde, und Buzug von anderen Landesteilen nicht kam, so haben einige Unternehmer Italiener importiert. Auch nach den meisten Städten wurden Italiener geholt, so daß im Laufe des Sommers circa 100 Italiener beschäftigt wurden. Im Oktober war die Bautätigkeit schon gänzlich abgestaut. In Königsberg war sogar Arbeitslosigkeit vorhanden. Diese Eröffnung hatten wir 1905 nicht zu verzeichnen, sondern da hielt die Nachfrage bis spät in den Herbst hinein an. Da aber der Winter äußerst klimatisch streng ist, das Thermometer ist hier öfter unter 20 Grad gefunfen, und im Baumgewerbe ist schon seit Anfang Dezember Nähe - ist es nicht ausgeschlossen, daß die Bautätigkeit auch in diesem Frühjahr gleich lebhaft einsetzt. Behaupten läßt es sich aber noch nicht; denn im Herbst waren gänzlich alle größeren Bauten fertiggestellt. Bis auf einige Ausnahmen werden wir aber auch in diesem Jahre wieder eine gute Bauzonjunktur bekommen. Die Landarbeiter auf dem Lande wird noch lebhaft bleiben; in mehreren Städten sind größere Bauten projektiert und in vielen Städten ist auch eine große Wohnungsnutung vorhanden. Dabei ist nicht an Arbeitervorwohnungen gedacht, diese werden fast an seinem Ort gebaut. Daß Arbeiter oftmals die Stadt verlassen müssen, weil sie kein Obdach finden können - obgleich sie hier sehr anspruchlos sind, und mit jeder Kammer vornehmen - ist etwas Alltägliches und regt die Behörden weit nicht auf. Aber oft können auch höhere Beamte nicht untergebracht werden, und dann muß doch Platz geschaffen und gebaut werden, wobei dann oft die Stadtoberwaltung den Bauunternehmern mit Subventionen beibringen. Daß die Unruhe zum Bauen von Wohnhäusern so groß ist, liegt besonders an der Boden spekulation. Die meisten Bauten in den Städten befinden sich auch hier in den Händen der Spekulanten. In Königsberg hat sogar eine Immobilienfirma aus München ganze Gitter in der Nähe der Stadt angekauft und zu Bauten parzelliert. Es werden dann zu enormen Preisen gefordert, daß es nur bei den höchsten Mietpreisen möglich ist, verzinsbare Häuser zu bauen. Da diese Spekulanten in allen höheren Gesellschaftsschichten zu finden sind, wird ihnen wohl das Handwerk nicht so leicht gelegt werden; denn eine Krise hält bestimmt der an deren nicht die Augen aus. Über den Bodenwucher zu ver bergen, wird dann in die Welt gedröhrt, die die Bauhandwerker so unterschätzt seien und hohe Löhne verlangten, aber nicht viel arbeiten wollten, und daß durch die Mietpreise hoch und die Wohnungen schlecht würden. So muß der Bauhandwerker als Mitzahler dienen. Hierbei schlägt man dann gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: man verdeckt seine eigenen Mauerwerke und bringt zugleich die Behörden und das Publikum gegen die organisierten Maurer auf, so daß bei jeder Lohnforderung schon die nötige Nervosität vorhanden ist, die sich dann auch leicht bemerkbar macht.

Erfreulicherweise ist es uns auch in diesem Jahre wieder gelungen, die Löhne und Arbeitsbedingungen, die noch immer viel zu mäßigen übrig lassen, etwas besser zu gestalten. In 22 Lohnbezirken waren Forderungen gestellt. Davon mußte in einem Bezirk auf die Durchführung der Forderung wegen schlechter Bauzonjunktur verzichtet werden, in 8 Bezirken erledigte sich die Lohnfrage durch Entgegengenommen der Unternehmer, in 4 Bezirken führten die Verhandlungen zum Ziel, in 10 Bezirken kam es zum Streit und in 4 Orten zur Ausperrung. Von den Streits endeten 7 mit vollem, 2 mit teilweisem Erfolg und 1 ging verloren. Von den Ausperrungen endeten 3 mit vollem und 1 mit teilweisem Erfolg. Das spezialisierte Resultat der verschiedenen Orte ist schon in Nr. 52 des „Grundstein“ vom Jahre 1906 veröffentlicht, warum eine Wiedergabe wohl überflüssig ist. Die Zahl der Orte, in denen die Lohnfrage durch Verhandlungen geregelt werden konnte, ist immer noch klein. In den meisten Orten lehnen die Unternehmer jede Verhandlung mit der alten Preise: „Wir verhandeln nur mit unseren Leuten“ ab. Auch dort, wo es zu Verhandlungen kommt, bringt selten etwas für die Mitglieder heraus. Gewöhnlich bieten die Unternehmer noch weniger, als sie bei einem neuen Arbeitsverhältnis zahlen müssten. Der Gegenstandpunkt, der in den Ostprovinzen noch besonders hervorgehoben wird, zeigt dann seine Blüten. Aber auch Rücksicht und Beschränktheit machen oftmals jede friedliche Lösung unmöglich. Wir müssen uns hier im Osten wohl damit abfinden, daß aus in Zukunft noch recht viel gestreift

werden muß, bevor die Unternehmer zu einer besseren Einsicht kommen. „Für uns ist es eine Sache, daß die Unternehmer in

Ganz etwas Besonders hatten sich die Unternehmer in Graudenz, Konitz, Memel und Braunsberg vorgenommen. In diesen Orten wollten sie die Mitglieder aushegungen und ihnen einen freien Atem geben, um die Lust zum Streiten auszutreiben. Daraus ist nun in allen vier Orten nichts geworden. Die Herren hatten nämlich die Rechnung ohne den Generalverband gemacht. Die Graudenz'schen Unternehmer haben denn auch bald eingesehen, daß sie auf dem Holzweg befanzen und durch Bewilligung der Forderung dem Streite ein Ende gemacht. Aber in Konitz, Memel und Braunsberg wollten die Unternehmer entweder siegen oder sterben. Als seine einheimischen Streitbrecher zu haben waren, holten sie Italiener und nurgulzen, so schlecht es auch ging, den ganzen Sommer damit los. Diejenigen minderwertigen Arbeitsträger zählten sie 55 bis 60 à pro Stunde, also viel mehr, als unsere Forderungen forderten. Daß die Unternehmer dabei nicht gut gefahren sind und sich nach vielen folden Jahren schen, ist leicht herauszufinden. Dagegen war es unseren Mitgliedern leicht möglich, anderweitig lohnende Arbeit zu erhalten, so daß weder sie, noch die Verbandsleute besonders große Opfer bringen mußten. Die Unternehmer liefereten uns aber bei den Italienern den Beweis, daß unsere Forderungen gerecht waren, und daß sie auch gut erfüllt werden könnten, wenn sie sich nur von ihrer Bosheit und Habgier freimachen könnten.

In O s t e r r o d e wurden die Unternehmer vertragsbrüchig und reduzierten den vereinbarten Lohn. Durch das einmütige Vorgehen unserer Mitglieder wurde ihnen dieses aber bald ausgetrieben. Sie mussten die gehäftindige Arbeitszeit für 1907 und auch eine Lohnherabsetzung für 1906 und 1907 zugeschlagen. In Thorn waren auch einige Schwierigkeiten zu überwinden, um die gestellte Forderung durchzuführen. Die Arbeitszeitgegenheit war nicht besonders günstig, auch hatte die nationalsoziale Sonderbundleitung bei Caudimur der Unternehmer Blaet gegriffen. Wie leicht verständlich, wollten die Unternehmer diese Dummheit der Arbeiter ausmüssen und ihr Geschäft dabei machen. Darum mussten sich die Maurer anstatt der geforderten 5 ½ mit 3 ½ pro Stunde begnügen. Die Lohnbewegung in Danzig, die die größte im Gau war, wiederte sich zum ersten Male auf friedlichen Wege durch Verhandlung ab. Gereicht wurde für alle drei Berufe — Glazierer, Maurer und Bauarbeiter — ein Vertragsverhältnis auf drei Jahre und eine Lohnherabsetzung von 6 ½ pro Stunde für diese Zeit. Ein ausführlicher Bericht darüber ist schon im Juni 1906 im *Grundstein* erschienen. In Weichsel und Rogatgebiegt P r o s t a g a r d, M e w e, Elbing und Gumbinnen musste einige Wochen gestreikt werden, bevor die Unternehmer die Forderung bewilligten. In all diesen Begegnen sind wesentliche Lohnherabsetzungen und auch Arbeitszeitverkürzungen durchgeführt.

In Königberg wäre es notwendig und auch leicht möglich gewesen, den Lohn von 55 auf 60 zu erhöhen. Leider konnte aber ein großer Teil der Maurer für eine Lohnbelebung nicht gewonnen werden, weswegen auf eine Besserung des Arbeitsverhältnisses trotz der guten Konfunktiv berichtet werden musste.

Aus dieser kurzen Darstellung geht hervor, daß die Lohnbewegung im Berichtsjahre recht regt war, und daß wir auch mit dem Erfolg zufrieden sein können. Aber, obgleich in den letzten Jahren recht viel geschiekt ist, so müßte wir doch immer noch konstatieren, daß bezüglich der Zeit nicht immer recht traurige Zustände bestehen. Die Zahl der Orte, wo noch länger als 10 Stunden gearbeitet wird, ist noch sehr groß, und auf den Dörfern, wo in den letzten Jahren eine große Anzahl Maurer beschäftigt wurden, wird oftmals noch 12 bis 18 Stunden gearbeitet. Daran sind aber nicht nur die Unternehmer, sondern oftmals auch die Maurer schuld. Manches könnte hier mit Leichtigkeit gesiebt werden, wenn die Kollegen nur ernstlich wollten.

Mitgliederbewegung seit der Einrichtung des Gaues.

Jahr	Zahl der Zweig- vereine		Zahl der Mitglieder				Durch- schnitt pro Jahr	Verkau- fser- folg Markt-
	Brutto-	Gehalt- stellen	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal		
1902..	20	—	1942	1775	9277	2387	1920	523
1903..	31	—	2679	3284	3440	5205	3152	1045
1904..	39	6	3839	4239	4451	3765	4024	1385
1905..	33	20	3662	4070	4649	4689	4268	1551
1906..	30	36	4800	5123	5519	5329	5193	1895

Die Mitgliederbewegung war seit dem Bestehen des Gaues und auch im verlorenen Jahre eine steigende. In den vorhergehenden Jahren hatten wir immer im vierten und ersten Quartal Mitgliedsfänge zu verzeichnen, im vierten Jahre aber erfreulicherweise nicht; diesmal stieg die Mitgliederzahl beständig von Quartal zu Quartal. Wenn auch zum Teil der müde Winter 1905 und 1906 dazu beigetragen hat, so lässt sich doch nicht verleugnen, daß die Flutuation auch hier immer mehr abnimmt. Die Kollegen, die erst zwei bis drei Jahre Mitglieder sind, lernen den Wert der Organisation allmäthig kennen und sorgen dafür, selbst wenn sie am Arbeitsorte nicht wohnen, daß ihnen ihre Mitgliedschaft erhalten bleibt. In den ersten Jahren war dies nicht so.

Die Zahl der Zweigvereine ist durch Verschmelzung mehrerer Vereine zu einem kleiner geworden, die Mitgliederzahl ist dagegen um 870 gestiegen. Zwei Vereine haben sich aufgelöst, fünf Vereine sind mit anderen verschmolzen und ein Verein ist neu gegründet worden. Da es in vielen kleineren Orten optimale an passenden Kollegen fehlt, die die notigen Verwaltungsarbeiten ausführen können, und teilweise auch die Angst vor dem Unternehmern sehr groß ist, so haben wir von Neugründungen von Zweigvereinen sowiel wie möglich Abstand genommen. Dafür wurden Bahlstellen gegründet, weshalb die Zahl der Zweigvereine immer kleiner wurde, die Zahl der Orte, wo der Verband Mitglieder hat, aber bedeutend zugewonnen hat. Außer den 30 Zweigvereinen bestehen noch 80 Bahlstellen.

Die „Christlichen“ wollen besonders in Ostpreußen an Mitgliedern gewonnen haben. Ihre Mitglieder haben für zum größten Teil in Königsberg und Allenstein, in anderen Orten ist weniger von ihnen zu erwarten. Gewöhnlich kommen

sie auf Schleidewegen, besonders bei Lohnbewegungen, wo sie dann, ihre Veranlagung entsprechend, im trüben zu lassen verluden. Meistens lassen sie weiter keine Spur zurück als einige grobsprachige und verächtliche Bemerkungen in der "Bauernschwertschrift". Also viel Geizerei und wenig Wölfe. Die Wölfe, die die "Wurststädte" in Königsberg spielen, ist bekannt. In Altenburg wird sie am besten dadurch gekennzeichnet, daß dort, trotz der guten Konjunktur, die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen in ganz Ostpreußen herrschen. In Westpreußen blühen die Christlichen ziemlich im Verborgenen. Nur in Boppard haben sie es fertig gebracht, zu bewirken, daß ihre Löhne um 4-6,- s pro Stunde niedriger sind, als die der Zentralverbandler. Wenn sie so weiter arbeiten, können wir schon zufrieden sein. Die "Fachabteilungen" haben in Elbing einen Beamtengesetz eingefügt. Ob sie Mitglieder haben, ist nicht bekannt. Die Polen haben im letzten Jahre ebenfalls ebenfalls Gewerkschaften gegründet und verdrängt jetzt, ließ bei den totalitäreren Unternehmern, als die artigsten, Kinder zu empfehlen. Was aus diesen merkwürdigen Gebilden werden wird, läßt sich noch nicht beurteilen. Die Anarcho-Sozialisten freilich ist Dasein in der Stärke eines Staatsklubs noch in Königsberg. Am Wittenbauricht ist es also im Gau Osten nicht. Aber trotzdem können wir hoffnungsvoll in die Zukunft blicken; denn der größte Feind, der Überstand der Nationen, weicht auch hier, das beweist die Entwicklung unserer Organisation in den

Ueber den Bauarbeiterkub ist nicht viel Erfreuliches zu berichten. Die Behörden erlassen wohl Verordnungen, aber um deren Durchführung kümmern sie sich nicht viel. Würden hier im Osten die Bauarbeiterverordnungen mit der halben Energie überwacht und durchgeführt werden, wie die Vereins- und Verhandlungsgekte, dann würde manches Arbeiterleben gerettet werden. Aber leider, wie bedeutungsvoll ist hier ein Arbeiterleben; es sind ja immer noch andere als Erfab da. Es leben; es sind ja immer noch andere, als Erfab da. Die Unternehmer tun aus eigenem Antriebe nichts, um Unfälle zu verhüten. Es wird noch manches Arbeiterleben kosten und noch recht vieler Aufklärung bedürfen, bevor hier einigermaßen Ordnung geschaffen wird. Von den Behörden, Berufsgenossenschaften und Unternehmern ist nicht viel zu erwarten.

Wohl hat sich unsere Organisation in den letzten Jahren auch recht erfreulich entwickelt, doch wieviel uns nicht verbrechen, daß immer noch weit viel zu tun übrig bleibt, und daß noch große Schwierigkeiten zu überwinden sind, bevor wir den größten Teil der hier ansässigen Männer organisiert haben. Besonders ist es noch immer die Lotstrafe, die uns die Arbeit ganz gewaltig erschwert. Hier sind nicht allein die städtischen polizeilichen Scherereien zu überwinden, sondern auch der Totale mangel, der in vielen Städten vorhanden ist, und die Bedürfnislosigkeit der Arbeiter spielen eine große Rolle dabei. In vielen Städten sind nur ein oder zwei Totale, die entweder vom Militär oder von den Speisegärtner gut frequentiert werden, so daß der Wirt gar nicht auf Arbeitertum und Fachangewiesen ist, sondern die Arbeiter lieber gehen als kommen sieht. Selbst in größeren Orten wo mit ein Total gefunden haben, ist es schwer, dieses zu erhalten. Die Arbeiter kommen wohl zu Versammlungen, aber ihre Pfennige verzögern sie für gewöhnlich in den Schnapsnugen. So hat der Wirt optimal große Scherereien, aber nur sehr kleine Einnahmen. Das unter diesen Umständen bald wieder verdrückt, andere Lotstrafe zu erlangen, ist leicht erklärlich. Um besten habe ich die gemieteten Räume ohne Einkunftsverlust behalten. Leider ist es aber auch schwierig, einen passenden

Unsere Kraft wird dadurch ganz gewaltig gestärkt, und
unsere Mitgliederzahl vermehrt.

Bezüglich der Verwaltungsarbeiten hat sich auch im Berichtsjahre manches gezeigt. Allmählich finden sich an allen Orten Kollegen, die so viel Lust und Liebe für unsere Bestrebungen gewonnen haben, dass sie auch vor etwas Bevestigt nicht zurückstehen. Wir können mit Recht sagen, dass die bestehenden Vereine im perlossten Jahre erheblich weiter ausgebaut und befeistigt worden sind. Verbrachten wir all die Hindernisse, die zu überwinden sind, dann können wir mit den Erfolgen zufrieden sein, denn es ging trotz all dem wieder vorwärts.

Jahresabrechnung für 1907.

innabme.

Kassenbestand am Schluß des vorigen Jahres	168,26
Vom Verbandsvorstand auf Grund des Statuts erhalten	2781,—
Zuschuß vom Verbandsvorstand	1878,41
Auslagen für Streiks zurück	10080,90
Beiträge der Zweigvereine	924,10
Sonstige Einnahmen	6,—
Summa	M. 6818,67

Ausgabe.

Gehalt.....	M. 2160,—
Eingangene Arbeitsüberdienst	87,25
Diäten.....	" 1757,—
Fahrgeld	" 1554,00
Drucksachen und Zeitungen	" 128,47
Vorio und Schreibtischstiften	" 119,35
Büroamtsleute, Reinigung, Dienststiften, Heizung und Licht	" 269,—
Reiseposten	" 10,65
Versicherungsbeiträge	" 43,—
Summa: M. 6129,62	

அந்தாந்தி

Entnahmen	4.6818,67
Ausgabe	6129,62
Saldo am 1. November 1907	4.681,05

1. Januar 1907... M. 68:05

Carl G.
Metzger

Rebhorn: Franz Treinhs, Carl Browahli, Wilh. Rück

Gau Görith.

Das Jahr 1906 war für unseren Bau sehr bewegt. Durch die fast überall vorhandene gute Bauaufsicht zeigten die Kollegen eine noch nie dagewesene Regelmäßigkeit in den Löhne, die zum Teil erstaunlich waren, zu erhöhen, sowie auch die Arbeitszeit entsprechend zu verlängern. Es wurden in 26 Lohngebieten Forderungen gestellt. Das Erfreuliche ist, daß sich der Bauvorstand in seinem dieser Orte aufzuhängen brauchte, um die Kollegen anzuportieren. Der Drang nach Verbesserung des Lebensverhältnisses kam ganz von selbst aus den Kollegen heraus, mit herovergerufen durch die allgemeine Verkürzung der allernötigsten Lebensmittel. Die Lohnbewegungen waren also nicht „durch auswärtige Heber angefertigt“, sondern durch uns selbst. Sämtliche Lohnbewegungen wurden mit Ausnahme von Görlitz und Bautzen, mit mehr oder weniger Erfolg, durchgeführt. Nur beispielhaft lassen wir hier die Veränderungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis gegenüber dem Jahre 1905 in einer Tabelle folgen. Die zeigt auch, was uns noch bezüglich der Erhöhung des Lohnes und ebenso auch bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit zu tun übrig bleibt. An Vertragabschluß wollen sich unsere Unternehmer noch immer nicht gewöhnen. Jedoch scheint auch auf diesem Gebiet Verfeuer einzutreten. Verträge wurden abgeschlossen: in Glogau auf zwei Jahre, in Liegnitz auf zwei Jahre, in Neugersdorf auf ein Jahr und in Bittau auf siebenhalb Jahre.

Bauherrschaft	Bauherr	Baujahr	Bauherr		Bauherr		Arbeitszeit
			Orte	Maurer	1905	1906	
Bautzen		31	268	33	38	11	1
Bernsdorf, O.-B.		21	70	27	31	10	1
Borsig		31	230	34	35—36	10	1
Cunewalde		29	220	36	38	10	1
Freital		4	37	28	31	11	1
Freital		7	24	32	34	11	1
Großdöbzig		24	95	30	32	11	1
Großdöbzig		22	370	35	38	10	1
Großdöbzig		29	188	31	33	11	1
Großdöbzig		24	853	40	42	10	1
Hainsberg		30	87	34	36	11	1
Hainsberg		5	81	30	33	10—11	1
Hainsberg		27	180	30	33	11	1
Hainsberg		15	95	34	37	10	1
Hainsberg		29	101	34	37	11	1
Hainsberg		64	444	38	40	10	1
Hainsberg		6	275	30	34	10	1
Hainsberg		37	66	30	32	11	1
Hainsberg		14	184	29	34	10	1
Hainsberg		23	152	26	32	10	1
Hainsberg		18	104	27	30	10	1
Hainsberg		9	450	33	37	10	1
Hainsberg		6	18	28	34	11	1
Hainsberg		18	126	33	35	11	1
Hainsberg		25	130	32	34	10—11	1
Hainsberg		27	144	27	34	10	1
Hainsberg		21	105	35	38—40	11	1
		508	4447				

Die Lohnbewegung ging natürlich auch nicht ohne Streiks und Ausperrung ab. In Bawügten hatten die Unternehmer ihre Forderung von 40,- Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit sowie einige andere Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses rundweg abgelehnt. Demnachfolge wurde am 26. Mai von zwei Dritteln der Bawügner Maurer die Arbeit eingestellt. Ein Drittel blieb als Helfershelfer der Unternehmer im Raum gegen die eigenen Kollegen bei der Arbeit. Während des

Streits kamen noch 28 Auffordermäurer von der Dresdener Streifbrechervereinigung hinzu. Von den streifenden Kollegen sind nur wenige abtrünnig geworden, und fast alle waren abgereist. Der Streit dauerte sieben Wochen und wurde schließlich durch Verhandlungen mit einem teilweisen Erfolg für die Kollegen beendet. Leider blieb es bei der elfstündigen Arbeitszeit.

In Bittau war das Unternehmertum mit den beiden in den Jahren 1904 und 1905 vorangegangenen Streits noch immer nicht aufrieben. Es musste im Berichtsjahre noch einmal seinen Streit haben. Dieser nahm diesmal ganz erheblich verschärft Formen an. Unter Organisation in Bittau sollte verhindert werden. Dies wollten die Unternehmer dadurch erreichen, daß sie alle Mitglieder unfreies Vertrages, was fast gleichbedeutend mit allen Maurern war, in der ganzen Amtshauptmannschaft Bittau aussperren. Auch die Zimmerer und Bauhüttsarbeiter wurden ausgesperrt, resp. doch in Mitleidenschaft gezogen, so daß die ganze Tätigkeit im Baugewerbe vollständig unterblieb. Wenn ein Unternehmer etwa die Forderungen der Arbeiter befürchten wollte, so wurde ihm die Materialsparte angebietet resp. gegen ihn durchgeführt. Alle lauter und unlauteren Mittel wurden benutzt, um die Situation zu verschärfen. Der Kampf dauerte 17 Wochen lang, so daß unsere Bittauer Kollegen innerhalb der letzten drei Jahre 28 Wochen freien müssen, um ihre elenden Existenzbedingungen günstiger zu gestalten. Nun erst war der Kampf gebrochen. Es kam zu Verhandlungen, die im Amtssolale des Gewerbeaufsichtsamt stattfanden und unter diesen Teilnahme und Leitung geführt wurden. Hierbei kam ein Vertrag zu stande, der die Lohns- und Arbeitsverhältnisse für die ganze Amtshauptmannschaft Bittau regelt und als einigermaßen günstig für die Kollegen bezeichnet werden kann.

In Görlitz war die Bautätigkeit seit Jahren sehr schlecht gewesen, und sie war auch bei Berichtsjahre keineswegs gut, aber doch bedeutend besser als in den vorangegangenen Jahren. Der Stundenlohn wurde im Jahre 1905 von den Unternehmern, nachdem ununterstellt im Jahre 1900 eine Forderung auf 43 S. Stundenlohn gestellt wurde, auf 48 S. und im Jahre 1906 auf 42 S. erhöht. Die Forderung unserer Kollegen betrug in diesem Jahre 44 S. Gewiß war sie äußerst bescheiden, sie wurde aber trotzdem vom Arbeitgeberbunde abgelehnt. Diese Ablehnung führte am 1. August zur Arbeitszeitverkürzung, die bis Mitte Oktober dauerte. Streifbrecher waren genügend vorhanden, um den Kampf zu erzwingen und in die Länge zu ziehen. Traurig ist es, daß es Einheimische waren, die ihren Kollegen in dieser Weise in den Rücken fielen. Die Arbeit wurde dann den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Die Görlitzer Kollegen müssen sich, genau wie die Bittauer, erst durchkämpfen zum sicheren Erfolg.

In Cunnersdorf-Hirschberg hatten die Zimmerer die Arbeit eingestellt. Nun ist auch hier die modernen Kampfweise der Unternehmer die, wenn ein Beruf streift, den anderen auszusperrn, sofern er nicht durch freiwillige Arbeitszeitstellung der Aussperrung vorbekommt. So kam es auch in Hirschberg. Nachdem die Zimmerer eine Woche gestreift hatten, stellten die Unternehmer das Antragen an sie, die Arbeit zu den alten Bedingungen sofort wieder aufzunehmen, währendsfalls die Maurer ausgesperrt würden. Die Zimmerer rührte diese furchterliche Drohung natürlich nicht im geringsten. Die Aussperrung trat auch am 10. April ein und endete am 31. Mai mit einem Erfolg für unsere Kollegen. Durch gegenseitige Vereinbarung wurde der Stundenlohn von 86 S. auf 88 S. und vom 1. April 1907 an auf 40 S. erhöht.

In Löwenberg und Langensalza müßten bei je einem Unternehmer wegen Lohnreduzierung bzw. Verlängerung der Arbeitszeit feste Baupreise vorgenommen werden. Wir hatten Erfolg für die Kollegen.

In Bernsdorf (O.L.), Niemitz und Cunewalde mußte ebenfalls, um eine kleine Lohnherhöhung zu erlangen, die Arbeit eingestellt werden. Die Streits in diesen Orten waren jedoch nur von kurzer Dauer; so wurde in Niemitz 18 Tage, in Bernsdorf 6 Tage und in Cunewalde 2 Tage gerichtet. Die Streits hatten bezüglich Lohnherhöhung in jedem dieser Orte Erfolg. Dagegen blieb es in Niemitz und Bernsdorf bei der elfstündigen Arbeitszeit, in Cunewalde wurde die zehnthalbstündige Arbeitszeit eingeführt.

Einen sehr nachahmungswerten Streit führten die Kollegen in Barby durch. Sie stellten ihre Forderungen, und diese wurden, wie gewöhnlich, vom Unternehmer abgelehnt. Darauf ließen sie den Unternehmer mit seiner Arbeit allein, zeigten fast alle ab und nahmen in Liegnitz Arbeit, wo sie solange verblieben, bis der Unternehmer den Stundenlohn von 28 auf 34 S. erhöhte und in die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden einwilligte.

Zülpich hat geschafft etwas Unerhörtes. Dort wurde zwischen den Unternehmern und der Organisationsteilnehmung mündlich vereinbart, die Arbeitszeit unter entsprechender Lohnherhöhung von 11 auf 10 Stunden zu verkürzen. So mit sahen auch der zehnthalbstündige Arbeitszeit in Lüben einen geführt zu sein. Es sollte aber noch anders kommen. Nur einige Tage konnten die Kollegen die Wohltaten einer verkürzten Arbeitszeit vertragen, dann arbeiteten sie wieder 11 Stunden wie vorher. Es lohnte sich ihrer Meinung nach jetzt ja auch besser, recht viel Stunden täglich zu arbeiten, denn der Stundenlohn war ja von 34 auf 37 S. erhöht worden. Es ist ein schwerer Kampf, der hier für die Verkürzung der Arbeitszeit und damit für geregelte Lohnzustände gegen die eigenen Kollegen geführt werden muß. Auch noch in einigen anderen Orten hängen die Kollegen wie die Kletten an der elfstündigen Arbeitszeit, so in Weißwasser, Münster, Niemitz, Bernsdorf, Goldberg und Bauhütten. Es ist jedoch begründete Hoffnung vorhanden, daß in diesen Orten noch in diesem Jahre die zehnthalbstündige Arbeitszeit sicher eingeführt wird, indem wir die Hauptagitation vorweg auf diesen Punkt gerichtet haben. Ein schönes Beispiel zur Einführung des zehnthalbstündigen Arbeitszeitlages liefern die Kollegen in Haynau, Sprottau und Freistadt. Sie sagten sich in volliger Einigkeit: wir arbeiten nicht mehr länger als 10 Stunden täglich.

10 Stunden sind genug. Und es gelang. In Sprottau und Freistadt verhinderten es anfangs einige der Drei Söhne, die so geschaffene Einführung des zehnthalbstündigen Arbeitszeitlages dadurch zu durchbrechen, daß sie selbst und die Lehrlinge, die sie dazu zwangen, auch noch nach 6 Uhr abends die Arbeit fortsetzen, bis sie sich zum Gespött der Straßenpassanten machten. Dann fügten auch sie sich, und so fühlten sich heute sehr wohl dabei.

Bei den gefährdeten Streits und Aussperrungen sind auch die üblichen gerichtlichen Beiträgen wechselseitig beobachtet. „Delitte“ nicht ausgeblichen. Es wurden in Görlitz insgesamt 6 Kollegen zu 3 Monaten und 20 Tagen Gefängnis, und 11 Kollegen insgesamt zu 279,80 Goldstrafe verurteilt. In einem Falle erfolgte Freisprechung und in einem Falle schwächt das Verfahren noch. In Hirschberg wurde gegen 6 Kollegen auf insgesamt 35 Goldstrafe, und gegen 5 Kollegen zusammen auf 2 Monate und 12 Tage Gefängnis verurteilt.

In Bittau erhielten 4 Kollegen zusammen 37 Goldstrafe, und 5 Kollegen zusammen 12 Tage Gefängnis. Zwei Straffälle sind noch unentschieden. In Bittau wurden 4 Kollegen zusammen mit 29 Tagen Gefängnis, und einer davon noch mit 40 Goldstrafe bestraft; ein Fall ist im Berufungsverfahren noch unentschieden. In Bittau wurden 68 Kollegen wegen nicht Innehaltung der Kündigungssatz zu je 10,20 Schadensersatz von Gewerbegericht verurteilt. In einer mündlichen Verhandlung zwischen den Unternehmern und unserer Vertrichtung über die Regelung des Lohns und Arbeitsverhältnisses für Reichenau wurde unter anderem auch auf gegenseitige Kündigung verzichtet. Nun kam die Aussperrung und mit ihr auch die Erbitterung. Die Unternehmer forderten den Bestellen, so daß nach 14 Tagen die Aussperrung in Kraft treten sollte. Unsere Kollegen nahmen aber sofort die Aussperrung an, in gutem Glauben, daß die Kündigung durch gegenseitige mündliche Vereinbarung ausgeschlossen sei. In der Verhandlung vor dem Gewerbegericht bestritten aber die Unternehmer die Gültigkeit dieser Vereinbarung, da sie nicht schriftlich getroffen worden sei. Das Gewerbegericht stellte sich auf denselben Standpunkt, und so kam es zur genannten Verurteilung.

Die Organisation hat im Berichtsjahr leidlich gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederbewegung seit dem Jahre 1902 sei in folgender Tabelle veranschaulicht. Es ist hierfür immer die Mitgliederzahl des dritten Quartals eines jeden Jahres zu grunde gelegt. Die mit einem Stern bezeichneten Ortsnamen sind im Jahre 1906 neu gegründete Zweigvereine. Am Schluß des Berichtsjahrs gehörten dem Gau 29 Zweigvereine resp. Einzelmitgliedschaften an.

Mitgliedschaften und Zweigvereine	Mitgliederzahl im 3. Quartal				
	1902	1903	1904	1905	1906
Bauhütten	10	85	67	61	180
Bernsdorf	—	—	—	52	60
Brunzau	179	128	197	157	200
Cunnersdorf	106	231	262	287	268
Cunewalde	61	59	69	80	125
Freystadt*	—	—	—	42	—
Glogau	67	160	286	327	290
Goldberg	19	19	31	37	115
Görlitz	266	270	243	385	418
Grenzdorf*	—	—	—	15	—
Gräfenberg	84	23	103	181	166
Haynau	15	27	33	65	77
Jauer	6	—	38	16	65
Landesbau	88	21	35	27	46
Langenau	228	296	321	307	514
Liegnitz	127	180	100	66	121
Moskau	75	28	62	60	80
Mosau	—	—	16	9	5
Neugersdorf	19	20	25	15	126
Neuhausen	20	53	59	99	140
Obertreisdorf*	—	—	—	68	—
Obertreisdorf	7	23	24	39	56
Prümkenau*	—	—	—	20	—
Sagan	5	2	16	46	115
Schmiedeberg	67	30	60	27	37
Sprottau	—	—	—	70	110
Weißwasser	12	18	18	20	88
Bittau	53	150	344	402	672
Summa		1404	1718	2407	2885
				4260	

Die Kostenverhältnisse gestalten sich folgendermaßen:

Einnahme	
Kassenbestand vom Jahre 1905	M. 207,68
Beiträge aus Grund des Statuts	1976,02
Zurück aus der Hauptkasse	1782,62
Auslagen für Siedlungszurück	1087,30
Beiträge der Zweigvereine	M. 60,92
Summa	
	M. 5683,52

Ausgabe.

Beamtengehalt	M. 1970,—
Eingangener Arbeitsberdienst anderer Kollegen	279,25
Diäten	134,50
Gehalb	859,70
Büro- und Schreibmaterialien	53,98
Berichtsbeiträge	27,—
Einführung des Kästnerers	87,50
Flugblätter	85,—
Büchereiarbeiten	4,80
Bertheilung auf der Konferenz in Bodenbach	10,—
Sigingsgelder	3,40
Summa	
	M. 4627,18

Abschluß.

Einnahme	M. 5683,52
Ausgabe	4627,18
Befand	M. 1036,39

A. Deckwitz, Kassierer.

Bruno Bärgold, Gustav Pohl, Wilhelm Höfer. Novitäten: Der Gauvorstand, H. Kipke, Vorsitzender.

Gau Mainzheim.

Das Jahr 1906 hat nicht in allen Orten die gehegten Erwartungen erfüllt, wir hatten drei mit recht schlechter Bautätigkeit zu verzeichnen. Dazu gehörte die badische Leidenschaft für Arbeitsschule. Hier waren 1906 nahezu 50 Pfl. Maurer weniger befähigt als vor der Lohnbewegung im Jahre 1904. Ein erheblicher Teil der Kollegen aus der Umgebung von Kaiserslautern, ja aus der Stadt selbst, war jedoch gewungen, außerhalb Arbeit zu suchen. Aehnlich so war es auch in Straßburg. Mitten im Sommer standen an hier die Arbeitslosen nach Hunderten zahlten. In Trier hieß die Arbeitslosigkeit auch 1906 an, so daß auch von dort viele Kollegen auswärts Arbeit suchen mußten. Unter den Kleinstädten waren es besonders Kastatt, Offenburg, Waldkirch, Neustadt, Landau und in Hessen Worms, wo die Bautätigkeit schlecht war. Für die anderen Zweigvereine des Gaus Mainzheim steht sich das Bild wie folgt: 1. Zweigvereine mit geringer Konjunktur: Colmar, Freiburg, Heidelberg, Kaiserslautern, Tauber, Lörrach, Mannheim-Ludwigshafen, May, Pforzheim, St. Johann und Schopfheim. 2. Zweigvereine mit mittlerer Konjunktur: Emmendingen, Schopfheim, Gengenbach, Bamberg, Landau, Mühlhausen, Speyer und Zweibrücken.

Für 1907 dürfte nach den bis jetzt vorliegenden Berichten im allgemeinen die Bautätigkeit im Gau Mainzheim etwas reger werden. Dafür spricht, daß in den verschiedenen Orten große städtische oder auch Staatsbauten zur Ausführung kommen werden, und daß in einigen Orten noch Wohnungsmangel angewiesen ist. In einzelnen Orten wird von den Unternehmern über Goldstrafe und höheren Strafzins gestellt. Es kann von uns nicht übersehen werden, ob die Bautätigkeit dadurch etwas eine größere Konjunktur erzeugt. Auf 1907 dürfte nach den bis jetzt vorliegenden Berichten ein gewisser Bauschub unterhalten werden. Einigen wenigen Bauten wird nach den Orten der genannten Bautätigkeit im Berichtsjahr 1906 zu geringe Bautätigkeit vorliegen.

Für 1907 dürfte nach den bis jetzt vorliegenden Berichten im allgemeinen die Bautätigkeit im Gau Mainzheim etwas reger werden. Dafür spricht, daß in den verschiedenen Orten große städtische oder auch Staatsbauten zur Ausführung kommen werden, und daß in einigen Orten noch Wohnungsmangel angewiesen ist. In einzelnen Orten wird von den Unternehmern über Goldstrafe und höheren Strafzins gestellt. Es kann von uns nicht übersehen werden, ob die Bautätigkeit dadurch etwas eine größere Konjunktur erzeugt. Auf 1907 dürfte nach den bis jetzt vorliegenden Berichten ein gewisser Bauschub unterhalten werden. Einigen wenigen Bauten wird nach den Orten der genannten Bautätigkeit im Berichtsjahr 1906 zu geringe Bautätigkeit vorliegen.

Dasselbe gilt auch für eine ganze Zahl unserer Zweigvereine. Auch da ist in agitatorischer Beziehung getan, was geleistet werden konnte. Die Zahl der Zweigvereine zu vermehren, sondern haben die einzelnen Orte den in den betreffenden Gebieten befreit. Zweigvereine angegliedert. Allerdings hat der Gau zu den Agitationsthöfen einzelner Gebiete wesentliche Aufgaben leisten müssen, wie aus der Abrechnung näher hervorgeht.

Wir haben uns am Schluß des Jahres 1905 die Hoffnung hin, unsere Mitgliederzahl im Jahre 1906 auf 15 000 zu bringen. Diese Hoffnung ist allerdings nicht erfüllt worden. Doch können wir trotzdem mit der Entwicklung zufrieden sein. Wir hatten im Jahre 1901 762 Mitglieder, im Jahre 1902 870 Mitglieder, im Jahre 1903 2308 Mitglieder, im Jahre 1904 4837 Mitglieder, im Jahre 1905 9481 Mitglieder, im Jahre 1906 14 523 Mitglieder. Die Zahlen für 1906 gelten für das dritte Quartal. Der Mitgliederzuwachs ist in einzelnen Orten immer noch recht erheblich. Obwohl dabei auch die italienischen Kollegen eine große Rolle spielen, so könnten die Verhältnisse doch etwas stabiler sein. Die inneren Arbeiten in einigen Zweigvereinen müssen deshalb noch gebelebt werden.

Über einen ähnlichen Aufschluß der Organisation, wie wir ihn glücklicherweise haben, werden unsere Gegner kaum von sich berichten können. Die christlichen Sekretäre, Rott in Karlsruhe und Brendel in St. Johann, haben sich ebenfalls heimische Rühe gegeben, um Anhang zu gewinnen, doch ihr Liebeswerben hat nicht die erhoffte Wirkung gehabt. Nach einem Bericht in der „Baugewerkschaft“ hatte Rott in Baden und Württemberg circa 880, und Brendel in der Pfalz und im Saargebiet etwa 870 Mitglieder. Davor dürfte kaum die Hälfte Maurer sein. Was diesen Herren an sachlichen Gründen abgeht, suchen sie durch persönliche Schimpftreien weit zu machen. Besonders leistet Herr Brendel einen Erfolg. Wenn ihnen dann mit einem trüffigen Wort gebietet wird, so laufen sie zum Rabbi. So hat Rott die Kollegen Winnig und Philipp lobt und Brendel hat allerdings vor Gericht dann die Klage zurückgezogen und damit die Bequemlichkeiten auf sich legen lassen. Herr Rott wurde vom

Maurermeister Käfer in Pforzheim nachgesagt, er (Rott) habe das Vorgehen des freien Verbandes bei der Sperr gegen Käfer eine Unberücksichtigung und Freiheit gehabt. Der Gauvorstande Horler teilte dem Rott kurz nachher diese Aussage mit und Rott bestreit, diese Neuerung gemacht zu haben. Horler forderte dann Rott auf, den Käfer zu verklagen und bot sich als Zeuge an, ebenso standen die Mitglieder der Lohnkommission als Zeugen zur Verfügung, doch — Rott hat bis heute nicht gesagt. Nun, vielleicht gelingt es, bei dem Prozeß, den Rott gegen Philipp angestrengt hat, Licht in die Sache hineinzubringen.

Im Jahre 1906 beglaubigten uns auch die Berliner Totalisten mit ihrem Bezug, doch werden sie kaum einen Maurer eingefangen haben.

Obwohl die Bautätigkeit in vielen Orten zu wünschen übrig ließ, hatten wir doch eine sehr lebhafte Lohnbewegung, ja, sie war viel umfangreicher als in den vorhergehenden Jahren. Besonders erfreulich ist, daß wir im Saargebiet, also in Herzogenrath, den schlummierten Reaktion und ebenso in Mieg große Erfolge erzielten. Diese Bewegungen werden weiter unten noch eine eingehendere Würdigung erfahren. Für die zahlreichen Fabrikarbeiter wurden in den verschiedenen Fabriken auch ganz annehmbare Vorteile erzielt. In vielen Landorten, besonders im Zweigverbandsgebiet Mannheim-Ludwigshafen, erzielten wir Erfolge. Für die Betriebe und Arbeitshalter und Asphaltalte erzielten wir Verbesserungen in Mannheim-Ludwigshafen, Landau und Freiburg. In letzterem Ort kamen wir nicht zum vollen Erfolg, doch es wurde eine Lohnhöhung von 5 % pro Stunde erreicht. Die volle Durchsetzung der Forderung scheiterte an der erheblichen Haltung der „Christlichen“. Der angegriffene Unternehmer vergab seine notwendige Arbeit an andere Geschäfte, und statt sich nun solidarisch zu erklären, arbeiteten die Christlichen ruhig weiter. Dadurch verloren die Streitenden ebenfalls den Mut und der Kampf mußte abgebrochen werden.

In Pforzheim rüsteten die Unternehmer eine Ausperrung; die er st. in unserem Bau. Es wird nötig sein, noch einmal auf die Differenzen einzugehen, die zur Ausperrung führten. Damals standen wir im Saargebiet, in Colmar und Schopfheim im Streit; dicht davor, in Mieg und einigen anderen Orten. Im Drange der Geschäfte ist deshalb manche Erziehung nicht genügend gewürdigt worden. Zu Jahre 1906 waren die Pforzheimer Unternehmer genötigt, mit uns zu unterhandeln und das Arbeitsverhältnis tariflich zu regeln. Es ist diesen Stolzen, proßigen Herren sehr hart angelommen, die Arbeiter und ihre Organisation anerlernen zu müssen. Doch sie waren in einer Schwierigkeitslage, sie mußten entweder ausperren oder sich mit uns einigen. Es kam zur Einigung. Die Maurer wachten nur eisern darüber, daß die vertraglichen Bestimmungen auch eingehalten würden. Das war eingehalten. Arbeitgeber recht unbehaglich, besonders aber Herrn Käfer. Im Frühjahr 1906 suchte Herr Käfer die elstündige Arbeitszeit beizubehalten, und außerdem suchte er die Auffordrbarkeit einzuführen. Die italienischen Betriebsleute wurden plötzlich entlassen, und zuletzt am Schulhausneubau die deutschen Betriebsleute und fast zu allen Verbandsmitgliedern. Das war den Kollegen denn doch zu toll. Sie verlangten durch eine Kommission die Wiedereinstellung der Betriebsregeln, und als diese verweigert wurde, verhängte eine Versammlung die Sperr. Das war von unseren Kollegen allerdings auch nicht korrekt, es hätte erst die Schilderungskommission angrufen werden müssen. Doch nach den fortgesetzten Prozessationen war das Vorgehen der Kollegen erträglich. Wenn das Mieg voll ist, läuft es eben über. Der Arbeitgeberverband drohte nun in einem Schreiben die Ausperrung an. Der Gauvorstande suchte zu vermittelnen. Nach zweimaligem Verhandeln schien die Unternehmer geneigt, die Entlassenen auf anderen Plätzen wieder einzuführen und damit die Sache als erledigt betrachten zu wollen. Zu unserer Überraschung kam dann jedoch ein neues Ultimatum. Darin verlangten die Unternehmer beobachtungsfreie Aufhebung der Sperr, Befähigung dieser Beobachtungen in den Zeitungen, die über die Sperr berichtet hatten, und eine endgültige Antwort in wenigen Stunden. Unglücklicherweise regte es nun noch den ganzen Vormittag, so daß viele unserer sündlichen Mitglieder nach Hause gefahren waren. Die Beobachtung, die am Abend stattfand, war aus diesem Grunde nicht beobachtbar. Wir teilten dies den Unternehmern mit, doch dann allerdings die Ausperrung. Damit hielten sich dann allerdings die Unternehmer in die Wegele. Wir waren in der Lage, in wenigen Tagen fast alle Ausgesperrten auswärtig in Arbeit zu bringen und konnten somit den kommenden Dingen mit einer Ruhe entgegensehen. Nach etwa 14 Tagen wurden dann auch schon seitens des Bürgermeisters Verhandlungen angekündigt, die dann mit dem Abschluß eines neuen Vertrages endeten. Die Unternehmer mußten 6 % Lohnhöhung zahlen und sonst einige Verbesserungen zugeschneiden. Vielleicht haben die stolzen Pforzheimer Herren daraus gelernt, daß sich mit den Arbeitern nicht mehr Schindluder spielen läßt, sobald diese organisiert sind.

Insgesamt hatten wir in 58 Lohnbezirken 72 Lohnbewegungen (einschließlich der Sperrten). In zwei Fällen wurden wir durch Streit der Bauarbeiter, in Mitleidenschaft gezogen, in einem Falle durch die Zimmerer. Auch durch die Streit in einzelnen Fabriken, durch die Maler usw., wurden wir verschärfend in Mitleidenschaft gezogen. Die Lohnbewegung erledigte sich in 30 Fällen durch Streit, in 25 Fällen durch Unterhandlungen, in 8 Fällen durch Sperr, in 1 Fall durch Ausperrung, in 4 Fällen durch juristischen der Forderungen. In 4 Fällen waren wir durch Streit anderer Berufe in Mitleidenschaft gezogen. In 30 Fällen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich erreicht, in einem Falle um eine halbe Stunde täglich. Lohnhöhungen wurden in allen Fällen durchgesetzt, und zwar von 3 bis 18 % pro Stunde. In 39 Fällen wurden Tarife abgeschlossen, die außer der Arbeitszeit und dem Lohn auch die Lohnzuschüsse, Lohnabnahmen, Lohnabzug usw. regeln. Ohne eigentlicher Erfolg war nur der Streit in Götzenweier und die Sperr in Kandel. In ersteren Fällen gelang es den Unternehmern, ihre Arbeiten an Unternehmer aus der Umgebung zu übertragen, und in Kandel waren es Maurer aus Pforzheim in der Pfalz, die den Unternehmer zettelten. Dass sich die Dinge seit 1901

essentlich verbessert haben, möge folgende Tabelle beweisen. Diese Tabelle enthält nur die Verbesserungen in den Städten, die in Dörfern, Fabriken und in den Spezialbranchen durchgesetzt sind nicht angeführt.)

Orte	Arbeitszeit		Lohn Tarif			Tarif
	1901	1907	1901	1907	mehr	
Stunden	Stunden	A	A	A		
Baden	10	10	83	45	11	—
Bretten	11	10	82	42	10	—
Brudsal	11	10	83	42	9	—
Colmar	11	10	80	50	20	—
Durlach	10	10	85	45	10	—
Pforzheim	11	10	33	43	10	—
Freiburg	11	10	25	41	16	—
Freudenthal	11	10	85	50	14	—
Grünenbach	10	10	40	50	10	—
Grünnstadt	11	10	33	40	7	—
Heidelberg	10	10	42	50	8	—
Hockenheim	11	10	33	45	12	—
Kaiserslautern	11	10	33	42	9	—
Karlsruhe	10	10	85	50	15	—
Ladenburg	11	10	85	45	10	—
Lahr	11	10	40	50	10	—
Ludwigshafen	11	10	40	46	6	—
Ludwigshafen	11	10	35	47	12	—
Lötzen	11	10	37	45	8	—
Mannheim	10	10	45	54	9	—
Mühlheim	11	10	85	45	10	—
Mieg	12	10	88	52	14	—
Mühlstadt	10	11	40	38	5	—
Pforzheim	11	10	87	54	17	—
Philippstburg	11	10	82	40	8	—
Schopfheim	11	10	38	45	7	—
St. Johann	11	10	88	52	14	—
Speyer	10	10	40	50	10	—
Schwetzingen	11	10	35	50	15	—
Strasbourg	11	10	38	47	9	—
Sulzheim	11	10	37	45	8	—
Worms	10	10	38	45	9	—
Weilburg	11	10	38	46	8	—

Die durchschnittliche Lohnhöhung in diesen Orten beträgt 10% pro Stunde und kommt insgesamt für 18.437 Männer in Frage. Das ist jedenfalls in den wenigen Jahren ein Resultat, mit dem unsere Kollegen zufrieden sein könnten. Es kommt hinzu, daß außerdem in ganz 300 Octoschaften erhebliche Vorteile erreicht wurden. Für etwa 500 Arbeitsschaffner wurden Lohnhöhungen von 5 bis 10 % pro Stunde erreicht und für die Spezialarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen, Landau, Karlsruhe und Freiburg sind sehr beachtliche Verbesserungen durchgesetzt worden.

Die Kämpfe in Speyer, St. Johann-Saarbrücken und Mieg mögen nun noch eine etwas eingehendere Würdigung finden.

In Speyer hatten wir hauptsächlich 1905 einen 29 Wochen dauernden Streit. Mit ungebrochenem Rute begannen die Kollegen das Jahr 1906. Doch die Kampfeslust der Speyerer Provinz, die 1905 höchstig jede Verhandlung ablehnt, war gebrochen. Durch das Gewerbe-Vertragskloster suchten die Herren zunächst noch auf krummen Wege, um zu gewinnen. Doch auch hierbei handelten die Herren zunächst noch auf krummen Wege.

Es wurde uns zugemutet, mit den anderthalb Dutzend „christlichen“ organisierten Streikbrechern zusammen zu handeln. Mit Leuten, die die Streitenden 29 Wochen lang verhöhnten und teilweise dutzendmal als Zeugen vor Gericht gegen Streitende standen! Diese Summung wurde von uns abgelehnt. Dann schlossen die Unternehmer zunächst einen Vertrag mit den „christlichen“ ab. Der christliche Sekretär Rott wurde als Reitter in der Rot betrachtet, freundlich empfangen und ebenso freundlich wieder nach der Wahl geleitet. Wir ließen uns dadurch nicht stören. Als das Frühjahr und damit der Beginn der Bautätigkeit immer näher heranrückte, waren die Herren endlich zu einem annehmbaren Frieden bereit. Sie mußten allerdings etwas tiefer in den Beutel greifen als es ein Jahr zuvor nötig gewesen wäre, muß doch der Unterlegene immer die Streikosten zahlen. Es wäre für unsere Mitglieder sehr lehrreich, den Inhalt des „christlichen“ Tarifs und den von uns abgeschlossenen gegenüberzustellen, doch wir wollen den Raum nicht zu viel in Anspruch nehmen. Einige Auszüge seien aber gestattet:

Lohn im unserem Vertrag: Lohn im „christlichen“ Vertrag:

Von 1. April 1907..... 46 % 1. April 1907..... 45 %

1. " 1908..... 48 " 1. " 1908..... 46 "

1. " 1909..... 50 " 1. " 1909..... 47 "

Für Junggesellen bis zum 19. Lebensjahr und für insgesamt von Alter oder Ausbildung nicht voll Leistungsfähige oder deren Lohn vereinbart werden.

Für Überstunden wird ein Zuschlag von 10 % pro Stunde verrechnet.

Für Wasserarbeit (15 cm) wird ein Zuschlag von 50 pf. pro Stunde gezahlt.

Diese Proben werden genügen, um zu zeigen, wohin es führen würde, wenn die „christlichen“ die Führung haben würden.

In St. Johann-Saarbrücken wurde uns der Sieg überraschend leicht. Trotz fortgesetzter Magazinregelungen und trotz schärfster beobachtlicher Druck gelang es, die Organisation auszuhören. Da es die Unternehmer nicht für nötig hielten, eine Antwort zu erzielen, so trafen wir unsere Vorberichtigungen zum Kampfe. Die Hauptfrage war, die Pfälzer Kollegen zur Teilnahme zu bewegen. Am Pfingstmontag fanden zu diesem Zweck 25 Versammlungen in der

hinteren Pfalz statt. Außerdem wurde ein Flugblatt in 10.000 Exemplaren verbreitet. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder wurden durch die Presse und durch Zeitungen aufgefordert, den Zugang fernzuhalten. Außerdem war Vorjorge getroffen, daß auch der Zugang von Italienern abgehalten wurde. Die Arbeitsniederlegung erfolgte fast einheitlich, und die Streitenden waren binnen drei Tagen bis auf einen kleinen Rest auswärts untergebracht. Zugang war nicht zu verhindern. So kam es bereits in den ersten Tagen zu Verhandlungen. Diese führten noch zu keinem Ergebnis, doch nach 14 Tagen waren die Unternehmer zum Frieden bereit. Es kam zum Tarifabschluß, der in der Hauptstadt das brachte, was gefordert war. Damit war auch in diese schwere reaktionäre Epoche gelegt.

Erwähnung soll dann noch der Wettkampf finden. Dort haben wir mit etwa 80 pf. Italienern zu rechnen. Auch hier wurden die Vorbereitungen in umfassender Weise getroffen. Die Arbeitsniederlegung erfolgte geschlossen. Der Zugang war minimal und unterteilt. Italienern hielten sich wieder. Sie machten willig alle Streitarbeit, und zeigten damit, daß sie ebenfalls unter richtiger Leitung einen geordneten Kampf führen können. Doch in der zweiten Woche waren die Unternehmer zum Frieden geneigt.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes sträubte sich allerdings noch und die Arbeitgeberversammlung lehnte die Abmachungen der Kommission ab. Doch ein Unternehmer nach dem anderen unterschied den Tarif, und so blieb auch dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes weiter nichts übrig, als daselbe zu tun. Der Abschluß bedeutete für Mieg einen großen Erfolg. Vorher wurde elf und zwölf Stunden gearbeitet, und dabei erzielten die Klassenlöhne in der schlimmsten Form. Das ist nun befeitigt. Beachtenswert ist dabei, daß die Unternehmer in Mieg, und besonders im Saargebiet, fast alle dem Arbeitgeberverband angehören.

Im Gegenzug zu St. Johann-Saarbrücken und Mieg mußte in Colmar fast ein halbes Jahr gekämpft werden. Hier gaben die Unternehmer erst nach, als ein Teil von dem Bauträger stand. Dann allerdings mußte die Forderung in vollem Umfang befürchtet werden. Wir können im ganzen mit dem im Jahre 1906 erreichten zufrieden sein. Der Bauarbeiterkampf ist 1906 dagegen sehr wenig vorwärts gekommen. In Mannheim wurde endlich ein Bauaufseher aus Arbeiterskreisen angestellt. Aber die Vorschläge der organisierten Bauarbeiterfamilie fanden keine Verständigung. Der Stadtrat glaubte wahrscheinlich, ein Kriegerverein sei für einen Bauaufseher eine bessere Schule als die Verbände der Arbeiter. Bei den vorgenommenen Kontrollen seitens der Bauarbeiterkommission wurden überall Mängel festgestellt.

Über die sonstige Tätigkeit des Gauvorstandes mögen diese Zahlen informieren: An Vorlesungen waren zu verzeichnen 1047; an Auszügen 1121, zusammen 2168 Sendungen.

Die Abrechnung stellt sich so:

Kassenbestand vom Jahre 1905		M. 969,92
Anteil an den Beiträgen		6361,71
Zuschuß aus der Hauptstufe		2600,61
Auslagen für Streifleitung		888,17
Beiträge der Zweigvereine		2645,49
Sonstiges (für Kilometersteine)		15,
Summa.		M. 13480,90

Ausgabe.

Für Gehalt	M. 2040,-
1905 Nachgezahl.	160,-
entgangener Arbeitsdienst	1315,15
Dünen	3794,12
Fahrgeld	2239,41
Büroamtskasse u. w.	266,17
Druckfehler	517,40
Post- und Schreibmaterial	185,89
Entschädigung des Kassierers für 1904 und 1905	100,-
Reisekosten	400,-
Platzkosten	83,90
sonstige Ausgaben*	
Summa.	M. 11102,84

Abschluß.

Ginnahme	M. 13480,90
Ausgabe	M. 11102,84
Bestand.	M. 2378,56

Zu erwähnen ist weiter, daß die Gaukasse zu den Agitationen einzelner Bezirke erhebliche Zuflüsse zu leisten hatte, und zwar:

Für Mittelbaden	M. 588,57
Overbaden	136,50
das Saargebiet	691,65
Lothringen	297,22
Gloß	41,95
Summa.	M. 1750,89

Aug. Müller, Kassier.

Franz Nidworf, Phil. Vongner.

Rich. Horler, Vorsteher.

Berichte.

Eine Aufforderung richtet der Zweigverein Gelsenkirchen an die zureitenden Verbandsmitglieder. Da sind wir davon überzeugt sind, daß sie recht zeitigemäß ist, sofern sie hier Raum gewährt. Alle nach Gelsenkirchen zureitenden Verbandskollegen werden dringend erucht, sich vor der Annahme von Arbeit auf unserem Bureau, Schäferstraße 3 zu melden. Begrüßung zu dieser Aufforderung geben uns folgende Mitteilungen: Es existieren hier noch einige Unternehmer, die nicht organisiert sind und sich um die tariflichen Verhältnisse so gut wie gar nicht kümmern, auf die wir aber bisher einen bestimmten Einfluß nicht ausüben konnten. Waren nun Kollegen bei solchen Unternehmern in Arbeit getreten, ohne sich vorher zu informieren, so hatte das oft zu allerlei Unzuträglichkeiten geführt, die meistens zum Schaden unserer Kollegen ausließen. Ferner wollen wir auch berichten,

* Unter den sonstigen Ausgaben befinden sich M. 32 für Mietentwältigung an Haup., M. 21,10 für Gerichtskosten und M. 15 für einen Krang.

die Arbeitsvermittlung dadurch mehr in unsere Hände zu bekommen, daß alle Kollegen nachdrücklich und fortgesetzt angespielt werden, jede ihnen bekannte Arbeitsgelegenheit sofort auf dem Bureau zu melden. S. A.: A. Hunold.

Zum Konflikt zwischen der Leitung des Zweigvereins Hannover und der dortigen Gesellschaft der freunden Maurer werden wir von zwei Seiten zur Stellungnahme geneigt, die wir sonst vermeiden hätten, da wir glaubten, die Lösung des Konflikts der heilenden Zeit überlassen zu können.

Der Zweigverein Hannover erfuhr uns um Bekanntgabe der Gründe, die zur Siedlung und Annahme des Antrages führten, der die freunden Maurer und die des Nolandschachs von der Teilnahme an den Zweigvereinsversammlungen ausschließt. Wie geben aus der Sicht darüber, daß Zuwiderkeiten zwischen den freunden und den Nolandsbrüdern bestanden, die sie dann in einer Verhandlung des Zweigvereins zum Austrug brachten, und zwar, wie aus der Zeitchrift allerdings nicht mit Sicherheit hervorgeht, in etwas handgreiflicher Weise, so daß sogar noch die Polizei zu tun bestand. Des weiteren haben zwei Freunde der Vorsteher des Zweigvereins, den Kollegen Meissner, nach einem Wortwechsel lästig angegriffen. Das ist in jungen der Sachverhalt, der dann oben erwähnten Beleidigung herbeiführte, der in der Nr. 7 des "Grundstein" im Bericht aus Hannover bekannt gegeben war.

Gründen diesen Beschlus richtet sich eine Zuschrift, die uns die Gesellschaft der freunden Maurer zu Altona gerichtet hat. Das Schreiben stellt zunächst das lästige Vorgehen gegen den Kollegen Meissner etwas anders dar. Was uns jedoch das Wichtigste an ihm zu sein scheint, ist der Hinweis, daß der Beschluß des Zweigvereins Hannover weit über das Maß des in diesem Falle Angebrachten hinausgeht. Es wird ausgetüftelt, daß mit diesem Beschluß alle Freunde getroffen würden, auch die, die sich an diesen Vorortgemeinde gar nicht beteiligt haben. Bei dem schmalen Wechsel des Arbeitsbereichs, wie er bei den Freunden ablaufen sollte, vielfach in drei Monaten ganz andere Kollegen dort, die dann, obgleich völlig unzufrieden, unter diesem Beschluß zu leiden hätten. Es sei darum gebeten, daß der Zweigverein Hannover diesen Beschluß annulliere.

Wir stützen uns dieser Meinung an. Es wäre besser gewesen, wenn sich der Zweigverein mit seinem Vorgehen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bezieht hätte. Es darf darum das Beste sein, daß sich der Zweigverein nochmals mit der Ungeheuerlichkeit und dann Maßnahmen trifft, worunter nicht unzufriedene Kollegen zu leiden haben. Mit etwas mehr Mühe und weniger Neigung läßt sich manches zum guten Ende führen. — Nun jedoch keinen Irrtum über unsere Stellungnahme aufkommen zu lassen, wollen wir hier ausdrücklich auspreisen, daß wir die vorliegende Egejje auf scharfe verurteilen.

Altona. (Jahresbericht). Die Konjunktur war hier im vergangenen Jahr sehr gut, fast noch besser als im Jahre 1905. Der Zweigverein hat sehr gute Fortschritte gemacht. Es wurden im Berichtsjahr 1915 Mitglieder aufgenommen. Drei von den aufgenommenen Mitgliedern gehörten schon einmal dem Verbund an. Die übrigen 16 neuangenommenen sind vom Land und waren hier in der Stadt in Tätigkeit. An Beitragszuraten wurden verlaufen, 2089 à 45,- und 560 à 50,-. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptstiftung belaufen sich mit 11228,80, für die Sozialstiftung mit 116,03. Das Leben in unserem Zweigverein hat sich im letzten Jahre ganz anders gestellt. Durch verschieden energetische Maßnahmen und Beihilfen hat sich nominell die Organisationsdisziplin und der Versammlungsablauf in erheblichem Maße gebessert.

Bamberg - Memmelsdorf. Sonntag, 10. Februar, wurde von dem bishierigen katholischen Maurerverein der Versuch gemacht, hier eine Filiale des christlichen Maurerverbandes ins Leben zu rufen. Zu diesem Zweck hatte man den christlichen Agitator Sommer nach hier berufen, um den Maurern die zur Bildung der Filiale benötigte Portion Dummheit einzuflösen. Alle Bemühungen des Herrn Sommer blieben aber erfolglos, es ließ sich niemand einfinden, da jedermann diesen Vogel sofort erkannte. Recht komisch verübt wurde es, daß dieser Organisationszerrüttter der Maurer Einigkeit predigte. Er meinte, die Arbeiter müßten sich einig sein und dachten abschalt nur einem Verein angehören. Die schönen Lobpreisungen auf die Einigkeit der Arbeiter unter sich waren aber total verfehlt; ein Streitbrecherverein ließ sich nicht gründen. Herr Sommer mußte zu seinem großen Leidwesen erfahren, daß hier schon alle Maurer, 106 an der Zahl, dem Zentralverband der Maurer Deutschlands angehören. Als er einsah, daß er an einer falschen Adresse gekommen war, packte er seine sieben Sachen, Statuten, Flugblätter und Aufnahmescheine zusammen und verließ nach einem anderthalbstündigen Aufenthalt in großer Eile unter Dorf. Mit Jubel wurde er hinaus begleitet. Er wird es sich wohl nicht noch einmal einfallen lassen, hierher zu kommen, da ihm der Boden hier zu heiß ist. Mögen die Kollegen allerorts den christlichen Organisationszerrütttern einen ähnlichen Aufzug bereiten, dann werden wir vor Streitbrechern ziemlich geschützt sein. Die bishierigen Kollegen mögen aber nach wie vor treu zum Verbund halten und für seinen Ausbau wirken! Wäre unsere Wahlkampf siegreich für uns verlaufen, so hätten wir auch einen Hadelzug veranstalten können, wie er jetzt dem Magistratrat Blang (auch ein Arbeitserzfeind) gebracht worden ist.

Coblenz. Am 8. Februar hielt der bishierige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Kollege Pfeiffer erstaunte den Jahresbericht. Am Schluß des Jahres 1905 hatten wir 177 Mitglieder, im ersten Quartal d. J. hatten wir 217 neu aufgenommen und trocken am Schluß nur 123 Mitglieder. Im zweiten Quartal hatten wir 20 Neuankommen und nur noch 97 Mitglieder. Schuß an den Rücken der Mitgliederzahl ist die größte Arbeitslosigkeit im ganzen Zweigvereinsgebiet im ersten Halbjahr des Jahres 1906. Die Mehrzahl der Kollegen reiste ab. Im dritten Quartal, als sich die Arbeitsgelegenheit etwas gebessert hatte, wuchs auch die Zahl der Mitglieder. Aufgenommen wurden 28, zugereist sind 89, abgereist 17, ausgeschlossen wurde 1, zum Militär einberufen 4 Kollegen, bestand am Schluß des dritten Quartals 140 Mitglieder. Im vierten Quartal wurden 32 Kollegen aufgenommen, zugereist sind 47, abgereist 22, bestand am Schluß des Jahres

197 Mitglieder. Mitgliederversammlungen wurden 11 abgehalten, ferner 8 öffentliche und 2 Generalversammlungen, darunter 1 außerordentliche. Gesamtversammlungen fanden 7 und Sitzungen des engeren Vorstandes fanden 12 statt. Die Lohnverhältnisse sind die denkbar schlechtesten. In Ober- und Niedersachsen verliefen die Kollegen im Frühjahr eine Erhöhung des Lohnes und Beifürzung der Arbeitszeit zu erzielen, es wurden an den Unternehmern die schärfsten Forderungen eingetragen. Die Herren aber verfolgten die albfamiliene Tattif: sie legten 20 bis 80,- zu und die Kollegen verzichteten auf Forderung und Organisation, trocken daß sie vom Kollegen Pfeiffer in jeder Versprechung auf den Preis der Unternehmern vorbereitet und davon gewarnt wurden. Schuß an dem Mitglied ist auch zum Teil der dortigen Verbände zuzuschreiben, die mit allen Mitteln arbeitete, um das Total abzurufen. Leider hatte sie auch durch die Rückgriffslösigkeit des Wirtes Erfolg.

Durch allerlei Säufstanen hielten Verbände und Unternehmern verloren die Kollegen den Mut, zumindest sie ja nun in einer Verhandlung des Zweigvereins zum Austrug brachten, und zwar, wie aus der Zeitchrift allerdings nicht mit Sicherheit hervorgeht, in etwas handgreiflicher Weise, so daß sogar noch die Polizei zu tun bestand. Des weiteren haben zwei Freunde der Vorsteher des Zweigvereins, den Kollegen Meissner, nach einem Wortwechsel lästig angegriffen. Das ist in jungen der Sachverhalt, der dann oben erwähnten Beleidigung herbeiführte, der in der Nr. 7 des "Grundstein" im Bericht aus Hannover bekannt gegeben war.

Gründen diesen Beschlus richtet sich eine Zuschrift, die uns die Gesellschaft der freunden Maurer zu Altona gerichtet hat. Das Schreiben stellt zunächst das lästige Vorgehen gegen den Kollegen Meissner etwas anders dar. Was uns jedoch das Wichtigste an ihm zu sein scheint, ist der Hinweis, daß der Beschluß des Zweigvereins Hannover weit über das Maß des in diesem Falle Angebrachten hinausgeht. Es wird ausgetüftelt, daß mit diesem Beschluß alle Freunde getroffen würden, auch die, die sich an diesen Vorortgemeinde gar nicht beteiligt haben. Bei dem schmalen Wechsel des Arbeitsbereichs, wie er bei den Freunden ablaufen sollte, vielfach in drei Monaten ganz andere Kollegen dort, die dann, obgleich völlig unzufrieden, unter diesem Beschluß zu leiden hätten. Es sei darum gebeten, daß der Zweigverein Hannover diesen Beschluß annulliere.

Wir stützen uns dieser Meinung an. Es wäre besser gewesen, wenn sich der Zweigverein mit seinem Vorgehen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bezieht hätte. Es darf darum das Beste sein, daß sich der Zweigverein nochmals mit der Ungeheuerlichkeit und dann Maßnahmen trifft, worunter nicht unzufriedene Kollegen zu leiden haben. Mit etwas mehr Mühe und weniger Neigung läßt sich manches zum guten Ende führen. — Nun jedoch keinen Irrtum über unsere Stellungnahme aufkommen zu lassen, wollen wir hier ausdrücklich auspreisen, daß wir die vorliegende Egejje auf scharfe verurteilen.

Altona. (Jahresbericht). Die Konjunktur war hier im vergangenen Jahr sehr gut, fast noch besser als im Jahre 1905. Der Zweigverein hat sehr gute Fortschritte gemacht. Es wurden im Berichtsjahr 1915 Mitglieder aufgenommen. Drei von den aufgenommenen Mitgliedern gehörten schon einmal dem Verbund an. Die übrigen 16 neuangenommenen sind vom Land und waren hier in der Stadt in Tätigkeit. An Beitragszuraten wurden verlaufen, 2089 à 45,- und 560 à 50,-. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptstiftung belaufen sich mit 11228,80, für die Sozialstiftung mit 116,03. Das Leben in unserem Zweigverein hat sich im letzten Jahre ganz anders gestellt. Durch verschieden energetische Maßnahmen und Beihilfen hat sich nominell die Organisationsdisziplin und der Versammlungsablauf in erheblichem Maße gebessert.

Bamberg - Memmelsdorf. Sonntag, 10. Februar, wurde von dem bishierigen katholischen Maurerverein der Versuch gemacht, hier eine Filiale des christlichen Maurerverbandes ins Leben zu rufen. Zu diesem Zweck hatte man den christlichen Agitator Sommer nach hier berufen, um den Maurern die zur Bildung der Filiale benötigte Portion Dummheit einzuflösen. Alle Bemühungen des Herrn Sommer blieben aber erfolglos, es ließ sich niemand einfinden, da jedermann diesen Vogel sofort erkannte. Recht komisch verübt wurde es, daß dieser Organisationszerrüttter der Maurer Einigkeit predigte. Er meinte, die Arbeiter müßten sich einig sein und dachten abschalt nur einem Verein angehören. Die schönen Lobpreisungen auf die Einigkeit der Arbeiter unter sich waren aber total verfehlt; ein Streitbrecherverein ließ sich nicht gründen. Herr Sommer mußte zu seinem großen Leidwesen erfahren, daß hier schon alle Maurer, 106 an der Zahl, dem Zentralverband der Maurer Deutschlands angehören. Als er einsah, daß er an einer falschen Adresse gekommen war, packte er seine sieben Sachen, Statuten, Flugblätter und Aufnahmescheine zusammen und verließ nach einem anderthalbstündigen Aufenthalt in großer Eile unter Dorf. Mit Jubel wurde er hinaus begleitet. Er wird es sich wohl nicht noch einmal einfallen lassen, hierher zu kommen, da ihm der Boden hier zu heiß ist. Mögen die Kollegen allerorts den christlichen Organisationszerrütttern einen ähnlichen Aufzug bereiten, dann werden wir vor Streitbrechern ziemlich geschützt sein. Die bishierigen Kollegen mögen aber nach wie vor treu zum Verbund halten und für seinen Ausbau wirken! Wäre unsere Wahlkampf siegreich für uns verlaufen, so hätten wir auch einen Hadelzug veranstalten können, wie er jetzt dem Magistratrat Blang (auch ein Arbeitserzfeind) gebracht worden ist.

Coblenz. Am 8. Februar hielt der bishierige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Kollege Pfeiffer erstaunte den Jahresbericht. Am Schluß des Jahres 1905 hatten wir 177 Mitglieder, im ersten Quartal d. J. hatten wir 217 neu aufgenommen und trocken am Schluß nur 123 Mitglieder. Im zweiten Quartal hatten wir 20 Neuankommen und nur noch 97 Mitglieder. Schuß an den Rücken der Mitgliederzahl ist die größte Arbeitslosigkeit im ganzen Zweigvereinsgebiet im ersten Halbjahr des Jahres 1906. Die Mehrzahl der Kollegen reiste ab. Im dritten Quartal, als sich die Arbeitsgelegenheit etwas gebessert hatte, wuchs auch die Zahl der Mitglieder. Aufgenommen wurden 28, zugereist sind 89, abgereist 17, ausgeschlossen wurde 1, zum Militär einberufen 4 Kollegen, bestand am Schluß des dritten Quartals 140 Mitglieder. Im vierten Quartal wurden 32 Kollegen aufgenommen, zugereist sind 47, abgereist 22, bestand am Schluß des Jahres

197 Mitglieder. Mitgliederversammlungen wurden 11 abgehalten, ferner 8 öffentliche und 2 Generalversammlungen, darunter 1 außerordentliche. Gesamtversammlungen fanden 7 und Sitzungen des engeren Vorstandes fanden 12 statt. Die Lohnverhältnisse sind die denkbar schlechtesten. In Ober- und Niedersachsen verliefen die Kollegen im Frühjahr eine Erhöhung des Lohnes und Beifürzung der Arbeitszeit zu erzielen, es wurden an den Unternehmern die schärfsten Forderungen eingetragen. Die Herren aber verfolgten die albfamiliene Tattif: sie legten 20 bis 80,- zu und die Kollegen verzichteten auf Forderung und Organisation, trocken daß sie vom Kollegen Pfeiffer in jeder Versprechung auf den Preis der Unternehmern vorbereitet und davon gewarnt wurden. Schuß an dem Mitglied ist auch zum Teil der dortigen Verbände zuzuschreiben, die mit allen Mitteln arbeitete, um das Total abzurufen. Leider hatte sie auch durch die Rückgriffslösigkeit des Wirtes Erfolg.

Danzig. Am 7. Februar fand die diesjährige Generalversammlung des Zweigvereins, in dem Vorsteher Steppuhn in Schibitz statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Ernennung des Vorstandes und der anderen Funktionäre. 2. Verschwendes. Nachdem die Verleihung des Prostolls von der letzten Versammlung erfolgt und, da seine Einwendungen gestellt wurden, dasselbe angenommen war, verlas der Käffnerer die Abrechnung vom vierten Quartal und der Jahresabrechnung für 1905. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des Vorstandes und der anderen Funktionäre. 4. Verschwendes. Nachdem die Verleihung des Prostolls von der letzten Versammlung erfolgt und, da seine Einwendungen gestellt wurden, dasselbe angenommen war, verlas der Käffnerer die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 1905 1475. Die Einnahme und Ausgabe betrug M. 6680,70, davon sind M. 4237,80 an die Hauptstiftung geflossen. Die Einnahme der Lohnstiftung betrug insgesamt eines Vorstandes von M. 3729,04 am Beginn des Quartals M. 6725,74, die Ausgabe M. 2229,26, demnach verbleibt ein Rassenkund, von M. 4426,49; davon sind verlust 1000, bestellt M. 2600. Der Markenumfang belief sich auf 14.815 Stück. Die Jahresabrechnung ergab eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 1377, das ist eine Zunahme gegen 1905 von 204 Mitgliedern. Die Hauptstiftung am Jahresende stieg von M. 17.915,90 im Jahre 1905 auf M. 27.360,32 im Jahre 1906, das ist eine Zunahme von M. 9434,12. Eingelangt an die Hauptstiftung wurden im Jahre 1905 M. 11.540,45, 1906 M. 12.506,28. Der Markenumfang stieg von 37.119 im Jahre 1905 auf 51.682 Stück im Jahre 1906, das ist mehr 14.513 Stück. 1905 entfielen auf jedes Mitglied 31,64 Markenstunden, 1906 37,49. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wies der Berichterstatter Kollege Grünbauer zunächst darauf hin, daß genau das Wiederholen der Generalversammlung vom 18. Januar 1906 das diesjährige Gesellschafts- und Rassenkundt gedruckt herausgegeben sei. Dadurch soll allen Kollegen Gelegenheit gegeben, sich über die Tätigkeit des Vorstandes in jeder Weise zu informieren. Unter Verschwendes auf den vorliegenden Bericht wies der Berichterstatter dann auf die handelsmäßigen Punkte hin. Neugegründet wurden die Filialstellen Melle, Pöhlbin, Schönenburg, Lauenburg, Garlstedt und Berent. Die beiden letzteren sind, infolge der Verständnislosigkeit der Kollegen wieder eingegangen. Lohnbewegungen wurden gestoppt in den Bezirken Schönbaum, Schwanberg, Tegernhof, Reutels, Melle, Pr. Starzberg und Danzig; in den ersten sechs Orten kam es zum Streit, während die Lohnbewegung in Danzig durch Verhandlungen mit den Unternehmern erledigt wurde. Außerdem waren noch vier Bananen notwendig, davon einer gegen die Firma Wiens in Tegernhof, eine gegen den Unternehmer Wünchau in Pr. Starzberg, die anderen beiden gegen die Firmen Neichenberg und Körner in Danzig. An diesen Bewegungen waren, soweit die Arbeit eingestellt werden mußte, 352 Kollegen beteiligt. Dabon waren verhältnis 223 mit 551 Kindern. Zur Durchführung der Forderungen mußten diese Kollegen an 3151 Tagen die Arbeit rühen lassen. An diesen Tagen hatten sie eine Einbuße an Arbeitslohn von M. 11302,38, an Streitunterstützung wurden für die Arbeitsunterstellungen aus der Hauptstiftung M. 5692,30 gezahlt. Erzielt wurde durch diese Lohnbewegungen eine wöchentliche Mehrverdienst von M. 2573,68 und eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1062 Stunden pro Woche. Kartellverträge bestehen in neuen Bezirken, davon ist in sieben Bezirken unsere Organisation die vertraglichste Körperfahrt und in zwei Fällen die "christliche" Organisation. Ziemlich umfangreich war auch die geschäftliche Tätigkeit des Vorstandes. Es gingen ein: 483 Postkarten, 488 Briefe, 294 Postkarten, 43 Drucksachen, 56 Postanweisungen und 11 Telegramme. Es gingen aus: 248 Postkarten, 596 Briefe, 366 Postkarten, 9678 Drucksachen, 14 Postanweisungen und 4 Telegramme. Außerdem wurden für Mitglieder noch angefertigt 47 Plakate an das Schiedsgericht der Bautümmlung und an das Gewerbericht für Arbeitserledigung und 59 sonstige Schriftsätze an Verbrüder, Berichte u. v. In den Zweigvereinsvorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Grünbauer, als erster Käffner Kollege Pöhlbin. Das Gehalt für die Angestellten wurde auf M. 1700 festgelegt. Nach Einführung einiger weiterer Angelegenheiten nebenfachlicher Natur wurde die nicht gut behaftete Verhandlung mit einem Haft auf die Organisation geschlossen.

Danzig. Sonntag, den 10. Februar, fand die Mitgliederversammlung der Filiale Groß-Bismarck statt. Der Vorsitzende Neitzel gab den Jahresbericht. Die Einnahme an Beiträgen betrug M. 3756,30, die Ausgabe M. 3078,01. Die Krankenunterstützung wurden M. 354,75 ausgeschüttet. Der Mitgliederstand war am 1. Januar 1906 200 und am 31. Dezember 1906 234. Neu eingetreten sind im Jahre 1906 53 Kollegen; ausgetreten sind 15, abgemeldet 6, angemeldet 4, gestorben 2. Als der neue Beitrags von 55 statt 50,- in Kraft trat, waren die Kollegen der Meinung, daß wir ziemlich viel Mitglieder verlieren würden, was aber nicht eingekommen ist. Wir haben im Gegen teil eine gute Zunahme zu verzeichnen. Hieraus sieht man, daß die Kollegen immer mehr den Wert der Organisation erkennen und fester zusammenhalten. Als erster Vorsitzender wurde wieder Kollege Georg Neitzel gewählt. Der Unterlasserposten wurde den beiden vorjährigen wieder übertragen und als Käffner der Kollege Karl Göbel mit M. 10 Gehalt pro Quartal wiedergewählt. Auf Antrag des Kollegen B. Pöhlbin wurde beklagt, die seither üblichen Wanderversammlungen aufzuheben; das Gasthaus "Zur Germania" wurde als Vereinslokal gewählt. In "Vergnügungen" wurde den Kollegen empfohlen, sich an den Vor-

tragen der Referenten-Schule in Darmstadt zu beteiligen, um ihr Wissen zu bereichern. Gegen 7 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Sonntag, den 10. Februar, hielt die Zählstelle Mörfelden ihre diesjährige Generalversammlung ab: Nach dem Jahresbericht des ersten Bevollmächtigten ist die Mitgliederzahl von 210 auf 240 gestiegen, so daß nun noch acht Kollegen am heutigen Ort uns fernstehen. Die Haushaltsschafftliche können im abgelaufenen Jahre als gut bezeichnet werden. Es wurden an die Zweigvereinsfasse abgezahlt: im ersten Quartal M. 613,58, im zweiten Quartal M. 1509,39, im dritten Quartal M. 1735,28, im vierten Quartal M. 1925,84; in Summe M. 5184,04. Die Einnahme der Zollstasse betrug im ganzen Jahre M. 610,75, die Ausgabe M. 502,23; mithin blieb ein Kassenbestand von M. 108,52. Am Schluß des abgelaufenen Jahres hatten 225 Mitglieder keine Beitragsrückstände, während fünf Mitglieder eine Woche, sechs Mitglieder zwei Wochen, ein Mitglied vier Wochen und drei Mitglieder fünf Wochen Beitragsrückstände hatten. An Untersützung für erkrankte Mitglieder wurden von der Haupftasse M. 292,93 ausgezahlt. Aus der Poststelle wurden M. 108,50 ausgezahlt. Es wurden 8 Mitgliederversammlungen und 15 Vorstandssitzungen abgehalten. Bei auswärtigen Sitzungen im Zweigvereinsgebiet war die Zählstelle siebenmal durch Delegierte vertreten. Haushaltsschafft wurde an drei Sonntagen vorgenommen, die jedesmal von Erfolg war. Haushaltsschafft wurden zweimal vom gesamten Vorstand und viermal durch die Revisoren vorgenommen. Kassen- und Buchführung wurde in bester Ordnung vorgenommen. Für die Lithographen und Steindrucker wurden auf Sammlungen M. 25,70 aufgebracht. Eine Anrechnung der örtlichen Verwaltung, das zehnjährige Bestehen unserer Organisation in diesem Jahre schriftlich zu begleichen, wurde abgelehnt, da die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Ansicht war, daß wir wichtige Arbeiten zu tun hätten, als Zeile zu feiern. Bei der Vorstandswahl wurde die Mehrheit der bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Mit dem Wunsch, daß unsere Organisation sich noch weiter entwirken möge, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Dessau. Am 6. Februar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende bedauerte zunächst den schwachen Besuch; er hätte gehofft, bei der wichtigen Tagesschafft viermal so viele Kollegen zu sehen, als erschienen seien. Sodann referierte der Arbeiterschafft Georg Schmidt über die Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Hierauf wurde über die Beitrags erhöhung gepröft; es wurde beschlossen, die Beiträge des Verbandsstages abzuwarten. Die Spende über den Bau Altdörfle bleibt bis auf weiteres bestehen.

Eilenburg. Die am 7. Februar hier abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit der Delegiertenwahl zum Verbandstag. Es wurden für Klub 62, für Böhme eine Stimme abgegeben. Hierbei wurde noch der von Taucha eingeschlagene Versammlungsbefehl vom 9. Dezember 1906 zur Sprache gebracht. Die Versammlung wußt die Vorwürfe aufs entschiedenste zurück und verlangt, daß die Sache berichtig wird. Im April 1905, als Kollege Leipzig die Eilenburger Kollegen fragte, ob sie nicht als anders Bezeichnung fänden, waren drei Sprecher in Eilenburg und die Kollegen arbeitslos. Ob Eilenburger Kollegen die Schule verlassen haben? In die Bemerkung, in der die Fabrikarbeiter standen, kam kein Kollege von Eilenburg hinzu. Ferner arbeiteten im Oktober 1906 wieder Kollegen von Niemeham am Gewerkschaftshaus. Die Eilenburger Kollegen forderten sie auf, die Parcelspreche zu lehren und den Wahlbereich beizutreten. Die Niemehamer wollten natürlich hierauf nichts wissen; sie erklärten, daß sie in Taucha zu den armen Sachen nicht angehören würden. Die Versammlung nahm an, daß es nur ein Nachhalt der Niemehamer sei.

Erlaßhalle. Sonntag, den 8. Februar, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Kassierer Stefan Häfner, gab die Quartalsabrechnung bekannt. Es wurde von den Delegierten angeführt, daß das und Durchführung sich in bester Ordnung befanden. Hierauf gab der Vorsitzende bekannt, daß der vorjährige Schriftführer, Kollege Jos. Böhner, zu den Christlichen übergetreten sei. Böhner war sonst ein Gegner der christlichen Organisation, der Grund zu dem Uebertritt ist darin zu suchen, daß der Kollege unter dem Pantofel steht und die Frau die Hosen anhat. Es wurde an dieser Stelle Geb. Meier gewünscht. Sodann gab der Vorsitzende bekannt, wie nach dem Statut § 19a gehandelt werden muß. Es kam zu einer lebhaften Diskussion. Der Paragraph wurde von allen Kollegen abgelehnt mit der Begründung, daß die Kollegen alle Woche nach Hause fahren und sich bei Streits anderer Arbeit fügen, keine Streitunterstützung beziehen und noch keine bezogen haben; deshalb genüge der bisherige Beitrag im Zweigverein. Der § 19a soll auf dem Verbandstag abgeändert werden.

Eisen-Notthausen. Das Jahr 1906 stand im Zeichen der Hochsaison, was nicht ohne Einwirkung auf unsere Zählstelle geblieben ist. Nachdem der Bericht mög für die Kollegen, die uns im verlorenen Jahre treu geholfen haben, auch in diesem Jahre ein Ansehen zu erneuter fruchtbaren Tätigkeit im Dienste der Organisation seien. Der Mitgliederstand am Schluß des Jahres 1905 war 18. Am Schluß des Jahres 1906 45. Neu eingetreten sind in Beirichtsrechte zusammen 89 Kollegen, davon 80 zum Einführungsgeld von 50 und neun zu M. 1,50. Die Jahreseinnahme betrug M. 1851,40. Sie hätte über M. 2000 betrügen müssen, wenn nicht mancher Kollege die leidige Angewohnheit hätte, ohne sich abzumelden und die schuldigen Beiträge zu bezahlen, abzureißen. Übergetreten von den Christlichen sind 18 Kollegen. Der Poststätteneinstand am Schluß 1906 betrug M. 52,91; 1905 M. 14,25. Der Versammlungsbefehl war vom Frühjahr bis zum Herbst aufgestellt; nachher flautete er ab. Hoffentlich reißen sich die Kollegen beim Erzähnungs des Frühlings den Winterschlaf aus den Augen und erscheinen wieder so zahlreich in den Versammlungen wie früher. Es ist zu bedenken, daß wir im letzten Jahre des Tarifs leben; unsere Kollegen müssen alle so geholfen werden, daß sie im nächsten Jahre als sturmerprobte Kämpfer auf dem Kampfplatz erscheinen können. Ebenso ist es Pflicht der Kollegen, die Baudelegiertenversammlungen zu besuchen, denn das Baudelegiertenystem hat uns im ver-

lossten Jahre den Erfolg gebracht, den wir jetzt aufzuweisen können. Das Verbandslokal ist wieder, wie früher, beim Wirt Beilage. Auf der Reihe. Die Versammlungen finden statt jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, und jeden dritten Sonntag im Monat, Vormittags 11 Uhr. Daß unsere Kollegen nicht an der Oberfläche haften bleiben, beweist, daß ziemlich alle Vesper Abonnenten der Arbeiterzeitung und im Durchschnitt ein Drittel Mitglieder der Partei sind. Ist dies Rejultat auch nicht aufzufinden, so werden wir auch auf diesem Gebiete in diesem Jahre vorwärts kommen. Für die Landorte des Zweigvereins Eisen wurde als Delegierter zum Verbandstag unter Berthold Bernh. Czerninski gewählt. Nun etwas zum Verhältnis hier an Orte zu den „Christlichen“. Daß es gut ist, beweist der Uebertritt, der 18 erfolgte. Ist die Zahl auch nicht groß, so ist sie doch für die hiesigen Verhältnisse aufzufinden. Zudem, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Bauhüttearbeiter hier selbst acht Uebertritte zu verzeichnen hat. Das schaute passierte hier am 1. Februar, als 34 Vertreter zur neuen Ortsvertretung gewählt wurden. Die „Christen“ lehnten einen von uns gewählten Vertreter, gemeinsam vorzugehen, ab, verbindeten sich aber mit der Firma Oermann, Zementfabrik, hier selbst, und stellten nun auf einer gemeinsamen Liste die Hälfte unserer Organisation auf; alles nur aus Liebe zu den Freien. Bei dieser Sache war es vorzusuchen, daß wir unterlegen müssten, und so kam es denn auch. Daß wir dies Vorsomnis nicht vergeben werden, ist selbstverständlich. Da hier eine gute Bauhüttenzunft zu erwarten ist, erachten wir die Kollegen, die im vorigen Jahre hier waren, zeitig zu kommen und an dem weiteren Ausbau der Zählstelle mitzuwirken.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 10. Februar, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zählstelle Langen, die ziemlich gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesschafft gab Kollege Boos den Bericht über die Gesamtverhandlung des Zweigvereins. Sodann wurde die Delegiertenwahl zum Verbandstag vorgenommen; es kamen 174 Kollegen. In „Vorbereidungen“ wurden einige Vorläufige Konferenzen im Kanalbau einer starken Kritik unterzogen, und ein Antrag des Kollegen Werner angenommen, wonach in Zukunft jeder Kollege verpflichtet wird, alle Mitgliedschaften sofort der Zweigvereinsleitung mitzuteilen. Zum Schluß gab Kollege Zimmer noch einen kurzen Rückblick auf die eben beendeten Delegationswahlen und forderte alle Kollegen auf, den hiesigen genannten Bürgerlichen Parteien durch Eintritt in den Konzernverein und durch Abonnement auf ihre „Offenbacher Abendblatt“ die richtige Antwort auf ihre ungemein gehässigen und verleumderischen Flugschriften zu geben.

Sonntag, den 10. Februar, tagte die diesjährige Generalversammlung der Zählstelle Bielefeld, die von 100 Kollegen besucht war. Mit Ende dieses Geschäftsjahrs blieben wir nun in unserer Zählstelle auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Ein ganzes Stück geschichtliche Entwicklung könnte hier aufzuführen werden, wollte man auf Einzelheiten während dieser zehn Jahre näher eingehen. Deshalb sei nur das wichtigste über die Mitgliederbewegung während dieser Zeit hier vorgeführt. Bei Gründung im Jahre 1897 waren 179 Kollegen dem Rufe der Organisation gefolgt; 1898 stieg die Zahl auf 206, um in den Jahren 1899 und 1900 wieder auf den alten Stand von 180 herabzufallen. Von 1901 ab in die Entwicklung stetig gekommen. Die Mitgliedschaft stieg von 200 auf 229, in die Jahre 1902 auf 257 im Jahre 1903, auf 234 im Jahre 1904, auf 280 im Jahre 1905 und erreichte mit Schluß dieses Rechnungsjahrs die Höhe von 310 Mitgliedern. Die Einnahmen zeigen daselbst Verhältnis wie die Mitgliederbewegung; sie betrugen im Jahre 1897 rund M. 1.000 pro Jahr, während das Jahr 1906 mit einer Einnahme von M. 1500 abschließt. Bemerk sei hierzu, daß unseres Zählstellen einige Hilfsstellen angegliedert sind, deren Einnahmen den vorliegenden Zahlen eingerechnet werden. In Bielefeld stehen nur noch acht Kollegen dem Verband fern, und darunter seien sehr schwer fallen, diese hartnäckigen Gegner für die Organisation zu gewinnen. Schreitend ist auch die Zatsade, daß der weitaus größte Teil der hiesigen Maurer dem sozialdemokratischen Verein als Mitglied angehört und die Parteipresse „Frankfurter Volksstimme“ liest. Es wurde der Wunsch geäußert, daß das zehnjährige Bestehen unserer Zählstelle in diesem Jahre feierlich begangen werde, wenn auch nicht durch großen Klimbim, so doch in engerem Rahmen, indem der Entwicklungsgang der Gewerkschaften, im allgemeinen und der Zählstelle in besonderen den Mitgliedern vorgetragen wird. Für die Unterhaltung sollen die „Gefangene“, denen Maurer als Mitglieder angehören, herangezogen werden. Eine größere Debatte verursachte der in Frankfurt a. M. beschlossene, in Höhe von zwei Tagesschäften zu leistende Extrabericht im Jahre 1907. Alle Kollegen waren sich darin einig, daß die Kämpfe in den nächsten Jahren ohne Extraberichts nicht zu führen seien. Die Kollegen hoffen, daß der Verbandstag zwischen den höchsten beantragten und dem niedrigsten eine Mittellinie finden wird, die allen Kollegen dann auch maßgebend sein muß. Erfreulich war es, daß sich nicht wieder solche Egenen abspielten, wie bei der Beitrags erhöhung im letzten Jahre. Nachdem die Vorstandswahl vollzogen war, in der Kamerad Schwarz zum Kassierer und Karl Schneider zum Kassierer gewählt wurden, wurden noch einige Kollegen in andere Organisationen delegiert. Außerdem wurden noch die Stichwahlen zum Verbandstag vorgenommen. Es beteiligten sich daran 84 Kollegen. Zu Delegierten zu den 10. März in Frankfurt stattfindenden Gaukonferenz wurden die Kameraden Schwarz und Martin Red bestimmt. Mit einem Hoch auf die deutsche Maurerbewegung wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Freiburg. Am 10. Februar hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer verlas zunächst die Quartalsabrechnung und den Jahresbericht. Die Einnahme im vierten Quartal betrug M. 1801,19, die Ausgabe M. 424,54. Die Jahreseinnahme betrug M. 2265,35, die Ausgabe M. 1078,70. Der Kassiererstand der Poststasse betrug am Jahresende M. 1178,65, davon sind M. 409 in der Sparkasse. Der Mitgliederstand am Jahresende betrug 384. Es wurden 16 Mitglieder, 7 öffentliche Versammlungen und 11 Sitzungen abgehalten. Revisions wurden neunmal vorgenommen. Die Vorstandswahl verlief reibungslos, da kein Kollege einen Posten

annehmen wollte. Kollege Heiber rügte dies und sprach sein Bedauern darüber aus, daß nach elfjährigem Bestehen der Organisation sich ein derartig bedenkliches Bild zeige. Die Sauneligkeit der Kollegen sei so groß, daß bei einer so wichtigen Tagesschafft von 384 Mitgliedern nur 75 anwesend seien. Wenn das so weiter gehe, würden die Kollegen zu ihrem Schaden bald einziehen, wohin das führe. Kollege Heiber ermahnte die Kollegen, mehr Mut zu fassen und seit zur Organisation zu halten, dann werde auch der Anspiegelung bald ein besseres Bild darstellen als es augenblicklich der Fall ist. Der Vorsitzende gab hierauf die Bechlässe, die die Postore am 27. Dezember v. J. gefaßt haben, bekannt. Danach soll das Postamt abgeschafft werden. Dieser Beschluss wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Der zweite Beschluß geht dahin, daß Postor mindestens 5 Pro Stunde mehr zu fordern als der übliche Lohn beträgt. Auch dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen noch erinnert hatte, die Versammlungen besser zu besuchen und fest zu halten, folgte Schluß der Versammlung. Am 3. Februar sollte eine Versammlung abgehalten werden, die aber ausfallen musste, weil sie leider nur von 48 Mitgliedern besucht war. Es ist ein trauriges Zeichen für den Zweigverein, daß er nicht einmal eine Verwaltung zu stande bringen kann. Niemals geht es den Kollegen in Freiburg-Kreuznach nach elfjähriger Organisationszugehörigkeit schon so gut, daß sie glauben, eine Organisation jetzt entdecken zu können. Redaktion des „Grundstein“.

Greene. Die gewerkschaftliche Organisation füht jetzt hier und in der Umgegend immer mehr Leben. Es besteht jetzt hier Zählstellen der Bergarbeiter, Zimmerer und Maurer-verbände. Der Mitgliederstand unseres Zweigvereins ist seit 1. Januar d. J. von 68 auf mehr als 100 gestiegen. Wahrlässig, ein erfreulicher Fortschritt! Die Kollegen von Ganderhein und Umgegend scheinen jetzt auch erkannt zu haben, daß ohne die Organisation nichts zu erreichen ist, denn nach und nach treten alle den Verbänden bei. Besonders lobenswert ist, daß verschiedene Kollegen jetzt ein Agitationstalent entdeckt, das ihnen früher kaum zugewandt wurde. Sonntag, den 10. Februar, tagte in Oppenhausen unsere Monatsversammlung, die gut besucht war. Zumal lagte der Kassierer, Kollege Metz, die Jahresabrechnung vor, die von den Kassenrevisoren geprüft und für richtig befunden wurden. Nach Erledigung der Arbeit des Vorstandes, der Kassenrevisoren und der Lohnkommission, sowie der Stichwahl eines Delegierten zum Verbandsstag, wurde auch über unsere bereits eingerichtete Lohnforderungen debattiert. Es zeigte sich, daß die Stimmliste der Kollegen recht auf städtisch und kampfbereit ist. Es wurde beschlossen, Sonntag, den 24. Februar, eine Versammlung nach Wehrherde einzuberufen, um noch mehr Kollegen von Ganderhein und Umgegend den Verbänden zuzuführen. Recht so, Kollegen, nur innen mutig vorwärts gedrungen! Dann sind wir auch sicher, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sich immer besser gestalten, denn: „Den Mutigen gehört die Welt.“

Hamburg. Die Zählstelle Wandsbek hielt am 19. Februar ihre Hauptversammlung ab. Zumal wurde das Abenteuer an den vorstehenden Kollegen F. H. H. in befehltem Weise gegeben. Hierauf ersetzte Steinbeil den Jahresbericht. Die Zählstelle zählt 241 Mitglieder, davon 11 Ehrenmitglieder. Der Vorsitzende, 241 Mitglieder, davon 11 Ehrenmitglieder, Versammlungen haben neu getagt; ferner sind sieben Sitzungen und drei Baudelegiertenversammlungen abgehalten worden. Kärtchen berichte wurde hier erstattet. Einige Vorträge konnten wegen schwachen Versammlungsbefehls nicht gehalten werden. Bei vier Internetauftritten kam es im Laufe des Jahres zu Differenzen, doch wurden diese zu unseren Gunsten geregelt. Weniger Glück hatten wir mit zwei Hilfsställen, da sie Gelder unterschlagen und dafür gerichtlich bestraft wurden. Den Kassenbericht gab Metz. Die Einnahme für die Poststasse betrug M. 1235,50, die Ausgabe M. 929,76, bleibt Bestand M. 305,48. Es sind 41 Kollegen zu und 30 abgereist, vier mühen zum Militär, einer ist ausgetreten und einer wurde wegen Schulden gestrichen. Die Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt: als Obmann Steinbeil, als Kassierer A. Körner. Durch Kollegen Schmiedek, als Mitglied des Baubewerbsforschungsausschusses, wurden Plakate „Achtung vor erster Hülfseleistung“ verteilt. Diese sollen neben den Unfallverhütungsvorschriften in den Baubüros ausgeschängt werden. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der überstet schweigenden Versammlung. Es werden alle Kollegen, hauptsächlich aber die jüngeren, dringend aufgefordert, die Versammlungen besser zu besuchen, um auch mitzuwirken an dem Ausbau unserer Organisation.

Heide. In der am 12. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung, der Kassierer verlas zunächst den Quartalsabschluß vom vierten Quartal 1906 und sodann den Jahresbericht für 1906 bekannt. Da Eindruck hiergegen nicht erhoben wurde, wurde die Entlastung des Kassierers ausgeschritten. Dann berichteten die Kollegen Olds und Maak über die am Sonntag, den 10. Februar, abgehaltene Kreiskonferenz. Sie fand in Heide bei dem Gastwirt W. O. statt. Dazu waren vom Gauvorstand geladen die Vorstehenden resp. Stellvertreter der Zweigvereine von Brunsbüttel, Bremen, Bielefeld, Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid, Münster, Münsterland und Westfalen; vom Gauvorstand waren die Kollegen Steinbeil und Koch anwesend. Kollege Steinbeil habe über den Antrag des Verbandsvorstandes entschieden, die Gauabrechnung für die Zweigvereine zu bestreiten. Diese sollen neben den Unfallverhütungsvorschriften in den Baubüros ausgeschängt werden. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der überstet schweigenden Versammlung. Es werden alle Kollegen, hauptsächlich aber die jüngeren, dringend aufgefordert, die Versammlungen besser zu besuchen, um auch mitzuwirken an dem Ausbau unserer Organisation.

geschlossen worden. In der Stichwahl zum Verbandstag delegierten zwischen Schmidpott-Sonderburg und Hoffmann-Hünum erhaltener 19 Stimmen. Nachdem beschlossen worden war, die Bibliothek durch einige Neuanfertigungen zu verbessern, wurde die Mitgliederversammlung geschlossen.

Husum. Sonnabend, den 9. Februar, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende bekannt, daß infolge einer Haussagitation 17 uns fernstehende Kollegen dem Verbande beigetreten sind. Somit sind sämtliche Maurer Husums, mit Ausnahme eines einzigen, der in nächster Zeit auch wohl noch beitreten wird, organisiert. Sobann wurde die Stichwahl zwischen dem Kollegen Hoffmann-Hünum und Schmidpott-Sonderburg als Delegierten zum Verbandstage in Köln vorgenommen. Das Resultat der Wahl war, daß der Kollege Hoffmann einstimmig gewählt wurde. Sobann erfolgte die Lohnberatung. Der von dem Vorsitzenden vorgesehene, in Gemeinschaft mit der Lohnkommission des Zimmerer- und Hüttenarbeiterverbandes ausgearbeitete Lohntarif wurde von der Versammlung bis auf einige kleine Änderungen genehmigt. Der Lohnarif soll dem Arbeitgeberverband vorgelegt werden und womöglich zum 1. April in Kraft treten. Die längste Arbeitszeit ist hierin auf neunehinhalb Stunden, die fürzeste auf sieben Stunden festgesetzt. Der Lohn für Maurer- und Zimmergesellen soll 55,- für Hüttenarbeiter 45,- pro Stunde betragen. Hierauf wurde vom Kartellbelegerten Dach ein ausführlicher Bericht über die Kartellbildung vom 4. Februar d. J. erläutert. „In Wissenschaffens“ machte der Vorsitzende bekannt, daß schon vor Beginn der Verfassung eine Vorstandssitzung getagt habe wegen der Beiztionskonferenz der Zweigvereinsvorstände in Heide. Als Delegierter zu dieser Konferenz wurde vom Vorstand der Kollege Hoffmann gewählt. Sobann wurde beschlossen, das Kontrollkartellsystem einzuführen. Jedes Mitglied einer Gewerkschaft erhält zur Legitimation eine Kontrollkarte. Weiter wurde bekannt gegeben, daß der Arbeitgeberverband „Eintracht“ am 24. Februar einen Gewerkschaftsbau in Dresdens Gasthof in der Wasserstraße veranstaltet. Der Eintrittspreis beträgt 50,- pro Paar, für die zweite Dame 30,-. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Klosterlausnitz. Sonntag, den 10. Februar, hielt der hiesige Zweigverein eine Versammlung ab, in der Kollege Jacob aus Leipzig einen sehr interessanten Vortrag hielt über das Thema: „Warum stellen die Arbeiter Lohnforderungen?“ Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Bei der Stichwahl eines Delegierten zum Verbandstag erhielt Stödter-Ronneburg 28 Stimmen und Trifftorf-Altenburg eine Stimme. Der Maurer Ernst Ente aus Klosterlausnitz wurde aus dem Verbande ausgeschlossen, weil er die Vorstandsmitglieder Mühl, Peter und Dämrich vor Gericht als Sozialdemokraten und rührige Parteigenossen denunzierte, also ein Denunziant schämloser Sorte ist, den wir nicht im Verbande dulden können. Um 7 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Langenheim. Sonntag, den 3. Februar, hielt der hiesige Zweigverein seine Monatsversammlung ab, die nur von 30 Kollegen besucht wurde. Kollege Barnstorff hielt einen Vortrag über die sozialpolitischen Gefüge und die Aufgaben der Gewerkschaften. Er streifte in seinen Ausführungen das Krankenfonds, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit lebhaftem Interesse verfolgt. Die Ausführungen wurden dem Kollegen Bömberg durch verschiedene Beispiele, befreit von Rentenfeststellungen. Natürlich vor dem Scheidungsgericht und vor dem Reichsversicherungsamt, ergänzt und die Frage betrifft Gründung einer Distanzvereinigung angeschnitten, da die jetzige Leistung der Gemeindelarntafel gegenüber den Beiträgen minimal sei. Den anderen Gewerkschaften soll die Arbeit unterbreitet und verpflichtet werden, hier am Orte eine Distanzvereinigung zu gründen. Nachdem die Stichwahl zum Verbandstag vorgenommen war, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Die Maurer Leipzig hielten am 12. Februar im „Volkshaus“ eine öffentliche Verfassung ab. Am ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Stichwahl der Delegierten zum Verbandstag vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Büch, Bauerschmidt, Berthold und Kießling. Hierauf nahm die Versammlung den Bericht des Vertrauensmannes sowie die Abrechnung über die Kassenfachstelle entgegen. Der Kassenbericht ist jedem Kollegen mit der Zeitung gedruckt zugeschickt worden, infolgedessen erläutert sich eine nochmalige Wiederholung der einzelnen Posten. Erwähnt sei nur, daß der Gesamtaufnahme von M. 150 281,98 eine Gesamtabgabe von M. 98 531,69 gegenübersteht. Demnach verbleibt, jetzt ein Kassenbestand von M. 61 750,29, der am 1. Januar 1906 M. 36 272,41 beträgt. Über die Mitgliederbewegung ist folgendes zu berichten: Mitgliederbestand am 1. Januar 1906 3450, eingetreten 621, zugereist 709, abgereist 106, ausgetreten 106, ausgeschlossen 1, gestorben 19, zum Militär eingezogen 99, gefürchtet und abgereist ohne sich zu melden 319, inthrin verbleibt ein Bestand von 3565. Die höchste Mitgliederzahl war im zweiten Quartal mit 4050 vorhanden. Außerdem arbeiteten im Jahre 1906 aus anderen Zweigvereinen 1072 Kollegen in Leipzig, die laut Statut ihre Beiträge hier aus Arbeitsort zu entrichten haben. Der schriftliche Bericht (Ausgabe) erlebte sich in 759 Briefen und Karten, 6475 Kreisböändern, 200 Befesten, nach 108 Orten. Ferner sind 841 Wohnungsunimeldungen und 1431 Arbeitslosmeldungen entgegenommen worden. Unterlieferung an reisende Kollegen wurde in 162 Fällen geahndet. Die Siedlungsunterstützung in 35 Fällen (19 Mitglieder, 16 Frauen) und Krankenunterstützung erhielten 314 Kollegen für 10 860 Tage = 1843 Wochen oder durchschnittlich 45 Kollegen pro Woche. Wie schon im Vortragsbericht (siehe „Grundstein“ Nr. 4) erwähnt, ist die Baufähigkeit im Berichtsjahr etwas besser gewesen als 1905. Dieses ist aus dem Markenumsatz zu erkennen. 1906 sind 188 610, 1905 180 981 Marken verkaufte. Arbeitslohnmarken sind verkauft 1906 1835, 1905 2985. Weitere führte Niedner aus, daß eine Übersicht über die Zugehörigkeit zur politischen Organisation sowie über die Frage, welche Zeitung die Kollegen lesen, aufgenommen wurde. Das Resultat sei schon im „Grundstein“ veröfentlicht worden. Zur Maister sei erinnert, daß laut Kartenantrüste 2660 Kollegen an den Maisterverhandlungen teilgenommen haben. Bei den Unternehmern Brdmus und Kornagel wurden

wegen der Maister 36 Kollegen gewohnt. Am meisten waren heranzuziehen. Es wurden gewählt: als erster Vorstand der Kollege Koch, als erster Kassierer Karl Apostel.

Trebitz. Sonntag, den 8. Februar, tagte eine Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins. Die Kollegen nahmen Stellung zu den Lohnforderungen, die im vergangenen Jahre an die hier in Betracht kommenden Unternehmer gestellt worden sind. Es konnte bei den beiden Unternehmern H. Kröpp in Trebitz und Hamann in Gottsdorf nichts erreicht werden. Dagegen kam mit dem Maurermeister Dörr in Trebitz für die Jahre 1906 und 1907 ein Tarif zu Stande. Um zu vermeiden, daß die beiden Unternehmer länger und billiger arbeiten könnten, wurde beschlossen, noch einmal bei ihnen vorstellig zu werden. Sollte keine Einigung erzielt werden, so soll zu geeigneter Zeit über die beiden Geschäfte die Sperte verhandelt werden.

Eine ungünstige Geldsammlung veranstaltete Kollege G. Müller in Sitzauhberg, um sich ein Haus zu bauen. Kollege Müller ist mit seiner starken Familie in arge Not geraten und auch fast völlig obdachlos geworden. Um diesem edlen Werke sollen auch einige Ordensbrüder mitwohnen haben. So traurig nun auch gewiß die Lage des Kollegen sein mag, eine große Organisation darf nicht zulassen, daß eingehende innerhalb des Verbandes Sammlungen vornehmen, wie es Kollege Müller getan hat, indem er gedruckte Bittulare an die Zweigvereine verfaßte, wofür er um Zuwendung von Geldbeiträgen bat. Nach unseren Informationen liegt die Sache hier so, daß auch die ebenso eingehenden Summen dem Kollegen Müller nicht helfen können, sondern nur zur Predigtung der Gründungsgläubiger dienen würden. Aus allen diesen Gründen müssen wir das Zweigvereine raten, dem Ertragen um finanzielle Weihkäufe nicht stattzugeben.

Brandenburg. Am 10. Februar hielt unser Zweigverein seine Generalversammlung ab. Das erste Kassierer war in der Versammlung nicht anwesend. Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand neu gewählt. Als erster Vorsitzender wurde gewählt Kollege Anton Biebler, als erster Kassierer Kollege Joseph Niedermeyer. Der neu gewählte Vorsitzende erfuhr die Kollegen, die Versammlungen immer recht zahlreich zu besuchen und die Verwaltung nach Kräften zu unterstützen. Es wurde noch beschlossen, die Haustafierung einzuführen, die der Kollege Verholt übernahm. Die Versammlung wurde um 12 Uhr geschlossen. Nachte Versammlung am 24. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Rathaus „Zur Linde“.

Löwenberg. Der hiesige Zweigverein hielt am 10. Februar seine Mitgliederversammlung ab. Kollege Niedner aus Liegnitz führte den Kollegen die jetzige gewerkschaftliche wie politische Lage in klarer Weise vor Augen. Die Zustimmung der Kollegen beweist, daß auch hier etwas mehr Licht in dieser Beziehung in die Höhe dringt. Nach dem Vortrage wurde die Delegiertenwahl vorgenommen. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgerufen, in den Zweigverein einzutreten und dafür tätig zu sein, damit auch hier größere Erfolge erzielt werden können. (Die Fortsetzung der Bemühungen mit den Görlitzer Kollegen müssen wir abbrechen. Jeder Teil ist einmal zum Worte gekommen, und das dürfte genügen. Die Red. des „Grundstein“.)

Mannheim. Die hiesige Zahlstelle hielt am 29. Januar ihre Jahresgeneralversammlung ab. Die Zahlstelle hat jetzt, im Winter, 490 Mitglieder. Der Verfassungsbeauftragt lädt immer noch sehr viel zu wundern übrig. Die Kollegen werden in späterer Zeit zu ihrem Schaden einsehen lernen, wie verschlafen es ist, in ruhigerer Zeit zu bevorstehenden Kampfen nicht gerüstet zu haben. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde den im Laufe des verflossenen Jahres verstorbenen Mitgliedern die übliche Ehrung zu teilen. Hierauf gab der Vertrauensmann den Jahresbericht. Anreichlich einstündigem Vortrage gab Niedner ein Bild der Abwicklung der Geschäfte in der Verwaltung und der Entwicklung der Baufonjunktur mit ihren teils guten, teils schlechten Begleitererscheinungen. Gut war es, daß wir in der Lage waren, verchiedene Male Kollegen aus anderen Zweigvereinsgebieten, die gezwungen waren, Straße zu führen, hier in Arbeit zu bringen. Die Unternehmer konnten infolge des gesteigerten Bauträgerfehl in alter Ruhe ihre Miesenprofe einkommen. Die von den Maurern zu Beginn des Jahres erzielte Leistungszulage legten sie runderdig ab. Trotz dieser günstigen Lage gelang es nicht im allgemeinen bestreitbare Zustände herbeizuführen. In der Frage des Baugewerbees ist alles beim alten geblieben. Bei der Anstellung eines Bauaufsichters wurde wiederum die Bauarbeiterfach in gar keiner Weise berücksichtigt. Ein Teil der Kollegen kann immer noch nicht begreifen, daß durch die tatsächlich erfolgte Steigerung der Auflösarbeit einem Teil der Kollegen Brot und Verdienst, einem anderen Teil der Glaube an die Solidarität geraubt wird. Es wird Klage geführt darüber, daß der Stadtrat die Bitte der Bauarbeiter um vorzüglichste Beschäftigung bei häßlichen Bauten einfach in den Papierkoffer wandern ließ. Was man den Handwerksmeistern gewährt, das verfragt man den Arbeitern. Wir erinnern nur an den Bau der Kunsthalle, den der Unternehmer Heselbauer erhielt hat. In dieser Beziehung hat die Bauarbeiterfach in bezug auf die Physiologie der Städteverwaltung und des Unternehmers recht lehrreiche Erfahrungen gemacht. Die Agitation wurde durch die Herausgabe des Flugblattes des Hauptvorstandes eingeleitet. Es wurde ferner ein Flugblatt des Zweigvereins vertrieben. 24 Mitglieder und 3 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten. Die Mitgliederzahl blieb auf sonntächer Höhe. Die uns angehörende Sektion der Bemüter hatte im Frühjahr eine Lohnbewegung zu beobachten, die zu unseren Gunsten verlief. Den Kassenbericht gab Kollege Maile. Der Kassenbestand der Oftalstasse befand sich demnach auf M. 176. Nur durch Einführung des Wintermonatsbeitrages war es möglich, einen solchen günstigen Abfluß herbeizuführen. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Ein Antrag, den Beitrag auf 5,- zu erhöhen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die hierauf folgenden Wahlen ergaben: Vertrauensmann der Zahlstelle Gebhard Schenck, in Vertretung Ad. Fischer, Kassierer. Die anderen Punkte der Tagesordnung wurden vertragen. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Hörter erreichte die Versammlung ihr Ende.

Oberschleiden. Am 10. Februar tagte in Oberschleiden ein gut besuchte Mitgliederversammlung, in der Kollege Hermann Baude zugegen war. Er gab den Bericht der Neuerkommission, die am 8. Februar mit dem Arbeitgeberverband eine Sitzung abgehalten hatte. Der Abdruck des Berichtes wurde zugelassen. Es folgte dann die Gründung eines Zweigvereins. Kollege Baude legte klar, daß es notwendig sei, mehr Personen zu der Verwaltung der Organi-

sation heranzuziehen. Es wurden gewählt: als erster Vorstand der Kollege Koch, als erster Kassierer Karl Apostel.

Trebitz. Sonntag, den 8. Februar, tagte eine Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins. Die Kollegen nahmen Stellung zu den Lohnforderungen, die im vergangenen Jahre an die hier in Betracht kommenden Unternehmer gestellt worden sind. Es konnte bei den beiden Unternehmern H. Kröpp in Trebitz und Hamann in Gottsdorf nichts erreicht werden. Dagegen kam mit dem Maurermeister Dörr in Trebitz für die Jahre 1906 und 1907 ein Tarif zu Stande. Um zu vermeiden, daß die beiden Unternehmer länger und billiger arbeiten könnten, wurde beschlossen, noch einmal bei ihnen vorstellig zu werden. Sollte keine Einigung erzielt werden, so soll zu geeigneter Zeit über die beiden Geschäfte die Sperte verhandelt werden.

Eine ungünstige Geldsammlung veranstaltete Kollege G. Müller in Sitzauhberg, um sich ein Haus zu bauen. Kollege Müller ist mit seiner starken Familie in arge Not geraten und auch fast völlig obdachlos geworden. Um diesem edlen Werke sollen auch einige Ordensbrüder mitwohnen haben. So traurig nun auch gewiß die Lage des Kollegen sein mag, eine große Organisation darf nicht zulassen, daß eingehende innerhalb des Verbandes Sammlungen vornehmen, wie es Kollege Müller getan hat, indem er gedruckte Bittulare an die Zweigvereine verfaßte, wofür er um Zuwendung von Geldbeiträgen bat. Nach unseren Informationen liegt die Sache hier so, daß auch die ebenso eingehenden Summen dem Kollegen Müller nicht helfen können, sondern nur zur Predigtung der Gründungsgläubiger dienen würden. Aus allen diesen Gründen müssen wir das Zweigvereine raten, dem Ertragen um finanzielle Weihkäufe nicht stattzugeben.

Beiträge zum Lehrlingswesen.

In Nr. 6 des „Grundstein“ bringt der Kollege Barnstorff in Hannover einen Artikel über das Lehrlingswesen in seinem Bau. Er hat jedoch nur auf einen Teil seines Organisationsgebietes Bezug genommen; für den übrigen Teil mögen ihm die nötigen Unterlagen gefehlt haben. Wenn jemals die Worte Lehrlingszüchter und Auszubildere Berechtigung gehabt haben, so ist dies in diesem Bezug der Fall. Ich möchte nur auf den Regierungsbereich Hildesheims nicht etwas näher eingehen. Wenn schon, wie der Bericht des Kollegen Barnstorff zeigt, die Stadt Hildesheim in Bezug auf die Lehrlingszüchter und Auszubildung mit an erster Stelle steht, so trifft dies noch weit mehr auf die Kreisstädte und Dörfer zu. Einander dieses hat in dieser Gegend, und zwar auf einem Dorfe im Kreise Gronau a. d. L. seine dreijährige Lehrzeit absolviert, er kann deshalb aus Erfahrung sprechen. Nicht selten kommt es vor, daß sich die Auszubildenden auf den Dörfern, die nebenbei alle der Junge angehören, bei 10 bis 15 Gefilden mindestens dieselbe Anzahl von Lehrlingen halten. Bauhützarbeiter (erwachsene Leute) gehören größtenteils zu den Luxusartikeln in unserem idyllischen Kreisland. Wohl kommt es vor, daß auf größeren Bauten ein Arbeitermann (der Speisnäher) vorhanden ist, alles übrige aber müssen die Lehrlinge beorgen. Nicht selten kommt es vor, daß auf einem Bau mehr Lehrlinge als Gesellen beschäftigt werden. Die jungen Leute im letzten Lehrjahr dürfen es sich schon einmal erlauben, d. h. wenn sie Zeit dazu haben, Hammer und Kelle in die Hand zu nehmen, um Maurerarbeiten zu verrichten. Aber die sogenannten ein- und zweijährigen müssen intensiv bei der Bereitung und bei dem Transport des Materials tätig sein, soll nicht eine allgemeine Stützung am Bau eintreten. Und dann noch die enge Steinerei! Die Lehrzürcher müssen die Steine erst in Schiebelfarben an die Leitergänge herantransportieren, und dann wird alles am Bau zumüngertzen, um die Steine an den Ort zu schaffen, wo sie bearbeitet werden sollen. Es geschieht dies in der Weise, daß die Männchen auf der Leiter einer über dem andern Stellung nehmen und sich nun die Steine gegenseitig zuwenden. Es werden jedesmal zwei Steine gehoben, die wenn die Steine nur sind, 14 bis 16 Pfund schwer sind. Diese Arbeiten nehmen oft mehrere Stunden in Anspruch. Welche Wirkung sie auf den Organismus eines eben aus der Schule entlassenen jungen Menschen ausüben, kann der am besten beurteilen, den sie selbst mitgemacht hat.

Im Sommer werden die an dem einen oder anderen Bau überzähligen jugendlichen Hützarbeiter (von Lehrlingen kann ja in Wirklichkeit keine Rede mehr sein) zu landwirtschaftlichen Arbeiten verhendet, denn die Meister betreiben als Nebenberuf in vielen Fällen auch noch eine ausgedehnte Landwirtschaft. In diesem Falle tritt dann der dritte Jahrgang des Lehrlings wieder als Speisnäher und Steinerei in Funktion, so daß von einer Ausbildung im Fach abzutreten keine Rede sein kann. Es kommt ausgedehnt, zwei Steine gehoben, die wenn die Steine nur sind, 14 bis 16 Pfund schwer sind. Diese Arbeiten nehmen oft mehrere Stunden in Anspruch. Welche Wirkung sie auf den Organismus eines eben aus der Schule entlassenen jungen Menschen ausüben, kann der am besten beurteilen, den sie selbst mitgemacht hat.

Im Sommer werden die an dem einen oder anderen Bau überzähligen jugendlichen Hützarbeiter (von Lehrlingen kann ja in Wirklichkeit keine Rede mehr sein) zu landwirtschaftlichen Arbeiten verhendet, denn die Meister betreiben als Nebenberuf in vielen Fällen auch noch eine ausgedehnte Landwirtschaft. In diesem Falle tritt dann der dritte Jahrgang des Lehrlings wieder als Speisnäher und Steinerei in Funktion, so daß von einer Ausbildung im Fach abzutreten keine Rede sein kann. Es kommt ausgedehnt, zwei Steine gehoben, die wenn die Steine nur sind, 14 bis 16 Pfund schwer sind. Diese Arbeiten nehmen oft mehrere Stunden in Anspruch. Welche Wirkung sie auf den Organismus eines eben aus der Schule entlassenen jungen Menschen ausüben, kann der am besten beurteilen, den sie selbst mitgemacht hat.

Und eine weitere infame Ausbeutung der Lehrlinge wird in diesem Geschäft betrieben. Sie besteht darin, daß die jungen Leute während der Wintermonate in Steinbrüchen der Lehrlinge betrieben werden. Gegen die Arbeit während der Winterszeit wäre an sich nicht einzuwenden, denn manche Arbeiterschäden oder eine alte Rutter ist oft auf den schmalen Verdienst ihres Sohnes angewiesen. Aber das System, das dort am Platze ist, ist auf das entschieden zu verurteilen. Statt den Lehrlingen im Fach durch Anweisung im Schauen der Quadernheine auszubilden, denn dies gehört in der dortigen Gegend mit zum Maurerberuf, weil in den älteren Fällen die Södel der aufzufüllenden Bauten aus Hausteinen der dortigen Steinbrüche angefertigt werden, müssen die jungen Leute Tag für Tag neben erwachsenen Steinbrüch-

arbeitern in der Klarke gehen, und wehe ihnen, wenn sie etwas weniger geladen haben, als ihre erwachsenen Gefährten. Dann wird geschrumpft und gestrichelt wegen überschüssiger Faulheit. In allen Fällen ist es aber die körperliche Schwäche, die den jugendlichen Arbeiter abhält, seine Klarke ebenso voll zu laden, wie dies die erwachsenen Arbeiter tun.

Das Verhalten der Gesellen am Bau sowohl als auch auf den zuletzt genannten Arbeitsplätzen den Lehrlingen gegenüber, ist oft nicht einwandfrei. Häufig kommt es vor, dass auch von dieser Seite die Lehrlinge in der geheimen Gefährten Weit schikanier werden, sei es in bezug auf die Ausführung der Arbeiten oder in sonstigen Angelegenheiten. In der Regel ist es der Lehrherr, der alles ausbaden muss. Dieses Benehmen der Gesellen gegenüber den Lehrlingen muss bei den Beratungen der Lehrlingsfrage auf dem diesjährigen Verbandstage in den Mittelpunkt gestellt werden. Wohl muss danach getrachtet werden, bessere gesetzliche Vorschriften und Einrichtungen für das Lehrlingswesen in bezug auf praktische und theoretische Ausbildung zu schaffen, aber wir dürfen auch keineswegs verlernen, dass in unserem Gewerbe die Gesellen gewissermaßen die Lehremeister der jungen Garde sind. In ihren Händen liegt es, den gewerblichen Nachwuchs nicht nur allein praktisch auszubilden, sondern ihn auch mit den Idealen einer gefüllten, freien und modernen Menschheit vertraut zu machen.

Auso, Verbandskollegen, betrachten wir die junge Generation in unserem Gewerbe nicht von oben herab als Mädchen für alles, behandeln wir sie nicht, wie dies in vielen Fällen die Unternehmer tun, als Helden, sondern seien wir uns bewusst, dass sie es ist, die uns später als Kämpfer erscheinen soll. Albert Kreibohm, Köln a. Rh.

Gau Mannheim.

Zu wenigen Gauen Deutschlands dürfen so wenig Lehrlinge als kommende Maurer ausgebildet werden wie im Gau Mannheim. Die Unternehmer haben sich in fast allen Zweigvereinen damit geholfen, dass sie auf jedem Bau einige Buben einstellen, die zunächst Speis tragen müssen. Aus einem Teil solcher Buben, denen es im Baugewerbe gefiel, wurden dann nach etlichen Jahren Maurer. Da war natürlich von einer geregelten Lehrzeit keine Rede. Wenn der Speisvogel in die Ede gefestigt war, dann wurde Hammer und Kelle für Hand genommen und dann galt der Befehl als „Maurer“. So mancher von diesen Buben wurde natürlich später noch ausgeschult, da es ihnen nicht gelang, sich die notwendigen Handgriffe anzulernen.

Dies System war natürlich nur bei den hier herrschenden Klaufenböhnen möglich. Um nur einige Beispiele anzuführen, weisen wir auf Forbach im Freiburg und Straßburg i. Els. hin, wo 15, 18 und 22 Lohnflossen ermittelt wurden. Je nach der Leistung wurden 20 bis 50,- pro Stunde für Maurer gezahlt.

Bei dieser großen Differenz kam der Unternehmer natürlich auch auf seine Rechnung und hatte dann sehr wenig Interesse daran, einen Stamm guter Maurer heranzubilden. Es gelang auf diese Weise natürlich nicht, aus dem eigenen Lande die genügende Zahl von Maurern zu erhalten, und so wurden die nach Bedarf viele Tausende Italiener herangezogen, um die notwendige Bauarbeit fertigzustellen.

Für die Italiener trifft im selben Maße zu, was von den Deutschen gesagt worden ist. Die allerwenigsten von ihnen werden eine Lehreit durchgemacht haben. Auch sie avancieren von Handlanger zum Maurer und eignen sich dann allmählich die notwendigen Kenntnisse und technischen Fertigkeiten an. Obwohl die Unternehmer fast allein die Schul an diesem Zustand tragen, empfinden sie recht wenig Achtung vor den so herangewachsenen Maurern. Dies äußerte sich in der Haupstafte bei Lohnvergängen. Zur Jahre 1903 erklärte der Vorsitzende der Unternehmervereinigung in Forbach: die Maurer kriegen nichts, weil es - Handlanger und Lumpen sind. In allen Orten, wo bisher mit den Unternehmern Verhandlungen über Lohnforderungen stattfanden, verhielten sich die Unternehmer zunächst mit dem Hinweis ablehnend, es wären keine guten Maurer vorhanden und sie könnten deshalb nicht mehr zahlen. Besonders hartnäckig weigerten sich die Unternehmer, Minimallöhne zu zahlen, und zwar immer mit der Begründung, es seien keine gelernten Maurer vorhanden, deshalb müssten sie den Lohn nach der Leistung zahlen. Die Unternehmer wollten nur schwer begreifen, dass gerade ihre niedrigen Löhne, besonders aber die Klaufenlöhne, die Haupstafte waren, die die Entwicklung gesunder Zustände verhinderten.

Wenn man die beweglichen Klagen der Unternehmer über die Minderwertigkeit der Maurer hörte, so mochte man glauben, sie würden jedes Mittel mit freuden ergriffen, um bessere Zustände herzuführen. Wir waren glücklicherweise in den meisten Orten stark genug, um auch gegen den Willen der Unternehmer Minimallöhne durchzudringen. Dadurch scheint sich nun allmählich eine Besserung anzubauen. Heute sind in verschiedenen Orten wirkliche Lehrlinge beschäftigt. So in Bruchsal 8, in Durlach 13, in Speyer 10, in Offenburg 27, in Forbach 27, in Forbach im 89, in Mannheim 39 und in Karlsruhe sogar 222.

In St. Johann-Saarbrücken wurde als erster Fall eine Bestimmung über Lehrlinge mit in der Klarke aufgenommen. Sie hat folgenden Wortlaut: Handlanger- und Speisbuben sollen nicht mit Maurerarbeiten beschäftigt werden. Lehrlinge haben einen Lehrvertrag abzuschließen und drei Jahre ordnungsmässig zu lernen. Es ist Pflicht der Gesellen, die Lehrlinge nicht unnötig zu Handlangerdiensten heranzuziehen. Die Lehrlinge untersuchen der Handwerkskammer und können erst nach Bezeichnung einer Prüfung Gesellenlohn erhalten.

Der Lohn der Lehrlinge wird nach der Leistung festgesetzt und steht im Erneisen der Meister. Er soll jedoch in diesen Jahren nicht unter 15,- pro Stunde, steigend von Jahr zu Jahr um 5,- betragen.

Wenn auch diese Bestimmungen leidenswegs ideal sind, so ist es doch schon ein Beweis, dass die Unternehmer anfangen, sich mit dem Problem zu beschäftigen.

Allzu leicht verfallen die Unternehmer aber auch wieder in das Gegenteil. So wollen z. B. die Unternehmer in Freiburg i. B. ein Lehrgeld in folgender Höhe einführen: Im ersten Lehrjahr 25,-, im zweiten Lehrjahr 30,-, im dritten Lehrjahr 35,- im ganzen also 225,- Differenzgefechte! Eltern sollen sogar 280,- zahlen.

So verloren sind natürlich die Zustände im Maurerberuf nicht, doch sich Eltern finden würden, die obiges Lehrgeld zahlen wollen oder zahlen könnten. Da werden die Eltern ihre Jungen lieber in die Fabriken stecken, wo es vom ersten Tage an Lohn gibt, und wo ein Lehrgeld natürlich nicht zu zahlen ist.

Im ganzen sind im Gau Mannheim 513 Lehrlinge gezaubert worden, die sich auf 10 Zweigvereine verteilen. Die Löhne sind in den einzelnen Orten verschieden. So werden z. B. in Mannheim die niedrigsten Löhne für Lehrlinge gezaubert. Sie erhalten im ersten Lehrjahr in Mannheim 5,- bis 10,-, in St. Johann 15,- bis 23,-, in Karlsruhe 17,-, in Offenburg 18,- und in Forbach im 20,- pro Stunde. Im zweiten Jahre wird gezahlt in Mannheim 10,- bis 20,-, in St. Johann 15,- bis 33,-, in Karlsruhe 20,-, in Offenburg 19,-, in Forbach im 25,-. Im dritten Jahre erhalten die Lehrlinge in Mannheim 15,- bis 25,-, in Karlsruhe 24,-, in Forbach im 30,-, in Freiburg 30,- bis 33,-, in Offenburg 20,-, in St. Johann 25,- bis 35,- pro Stunde. Die Fortbildungs- resp. Gewerbeschule beschäftigt alle Lehrlinge in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Neustadt. In Offenburg, St. Johann und Speyer gehen die Lehrlinge nur teilweise in die Schule, und zwar in Offenburg von 27 nur 19,- in Speyer von 10 nur 5,- und in St. Johann von 10 nur 4,-. Drei unserer Zweigvereine kommen als Arbeitsorte nicht in Betracht und in 14 Zweigvereinen werden zur Zeit Lehrlinge nicht beschäftigt. Unter den lehrenden befinden sich folgende größeren Orte: Colmar, Heidelberg, Meß und Mühlhausen. Gegenüber der Gesamtzahl der im Gau Mannheim beschäftigten Maurer (jährlich 25 000) ist schon die Zahl der Lehrlinge sehr gering. Es ist auch zu bezweifeln, ob sich in nächster Zeit die Unternehmer ernstlich bemühen werden, diesem Missverhältnis zu steuern.

Wenn nicht alle Lehrlinge tragen, so wollen die Unternehmer gegen die eingeführten Minimallöhne Sturm laufen, um den früheren Schindlern wieder verderblich zu machen. Offiziell zeigt sich unsere Organisation stark genug, diesen Stürmen stand zu halten. Dann werden die Unternehmer wohl über übel gezwungen sein, gefundene Zustände im Baugewerbe des Südwestens herbeizuführen zu helfen. Richard Hörter.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 10. bis 16. Februar sind folgende Beträge als Bußgeld abgehandelt: Örtliche Verwaltung in Sittich 1200, Breslau 800, Riedorf 800, Görlitz 500, Danzig 500, Erfurt 400, Stuttgart 400, Niel 400, Reinhardtsdorf 300, Weissenfels 300, Jüterbog 200, Cassel 200, Pansow 200, Lügde-Wiedelsbach 200, Palenrost 200, Friedrichshagen 200, Dresden-Südliche 200, Wiesbaden 200, Telle 180, Ebergarten 150, Drieg 150, Hildes 100, Duedingen 100, Lindau i. d. Mark 100, Lüdens 100, Schmied 100, Straßburg i. Els 100, Berder 100, Märkisch 100, Albershof 100, Arnstadt 100, Mühlberg 1. Oberlausitz 100, Metternich 100, Frankenthal 100, Schierstein 100, Grasburg i. d. Uckermark 100, Barthhausen 75, Weißensee 50, Haldensleben 50, Eilenburg 50, Mansfeld 50, Nauen 50, Alberdingk 50, Immenhausen 50, Börgelebe 50, Bremervörde 50, Schönhagen a. d. Elbe 40, Eggenstedt 35, Bremervörde 30, Siumma 30, Sittich 20.

Altona, den 16. Februar 1907.

Karl Neiß, Hauptfassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterstuh, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorfällen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Wittstock. Mittwoch den 30. Januar. Vormittags kurz vor 12 Uhr, stürzte der Kollege Aug. Berlin bei der Firma O. Bieß auf dem Rathausbau, wo Gerüst im Kreppenhaus auf die Stufen der Treppe, wobei er sich die Seite und den Fuß am Knödelgelenk arg verstauchte. Er muhte von zwei seiner Kollegen zu Hause geschafft werden und gleich ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Wie gebaut wird. Aus Hirschberg i. Schlesien wird und geschrieben: Auf dem Neubau in der Linienstraße, dem Unternehmer Heinrich Hoffmann gehörig, ist jetzt endlich einmal der Bausteinwind zu Tage getreten. Der Bau wurde im Herbst vorigen Jahres angefangen. Da nun der Unternehmer ein Freund ist von recht viel fertiger Arbeit, mag sie aussehen, wie sie will, so wurde immer lustig darauf losgewöhnt, ganz gleich, ob eine St. 3-4 Boll schief wurde, darauf kam es nicht an; die Haupstafte war, nur immer hoch. Und das Material spottet jeder Beschreibung. Die Grundmauern werden nur mit Bruchsteinen ausgeschlagen und wo das Fundament nicht breit genug war, wurde übergeleget. Der Mörzel besteht nur aus sechs Zentim. Möhlenklade, zwei Teilen Sand und einem Teil eingepudelter Kalksäfte, die auch schon genügend Sand enthielt. Wenn ein Maurer über das Material schimpft, so bekommt er die Antwort: „Wenn Du nicht arbeiten kannst mit dem Material, kannst Du gehen.“ Als nun der Bau eine Etage hoch gemacht wurde, trennte sich die ganze Hinterfront um etwa 8 cm. Der Unternehmer ließ nun den Bau absteifen, und nun wurde weitergemauert, aber das Sesten ließ sich auch fort. Eine Schnur konnte nicht mehr angemacht werden, weil dies durch das Klüsten unmöglich war. Es wurde nun ohne Schnur fortgemauert. Nicht bloß die Hinter-

front ging aus dem Seime, sondern auch viele Flur und Stubenmände. Da die Sache immer kritischer wurde und der Bau einzustürzen drohte, wurde auf einmahl der Bau der städtischen Baurat gesperrt zwecks Überprüfung der ganzen Hinterfront und der Kluftmauern. Als dem Unternehmer Hoffmann diese Mitteilung gemacht wurde, heulte er wie ein kleines Kind. Das Sesten wäre nicht eingetreten, wenn die Fundamente besser gemauert worden wären und der Mörzel nicht aus Möhlenklade bestanden hätte.

* Baupolizeikonferenzen. Auf eine Anfrage des Regierungspräsidenten zu Breslau hat sich eine größere Anzahl der Landräte für die Einführung von Baupolizeikonferenzen für Baumeister und Bauunternehmer ausgesprochen. Der Regierungspräsident hält einen Beruf mit der Abhaltung solcher Konferenzen für wünschenswert und hat daher die Landräte, die sich dafür ausgesprochen haben, erfuhr, im Laufe dieses Jahres eine solche Konferenz einzuberufen. Wir stehen der Abhaltung gleichfalls recht sympathisch gegenüber und hätten nur den Wunsch, dass man auch einzelne Vertreterleute der Bauarbeiter an den Konferenzen hinzugefüge. Aber daran hat man, wie es scheint, gar nicht gedacht, und es wäre doch im Interesse der Sache recht wünschenswert.

* Beworbsende Neubauten. Elberfeld: Bannen- und Brauerei, M. 122 000. - Dorimund: 20 Bierfamilienhäuser der Firma „Bistor“ in Habinghorst - Langenbreer: Krankenhaus, Mutterhaus für die Schwestern vom Hl. Kreuz. - Siegen: Vergrößerung des Südlichen Elektrizitätswerkes. - Witten: Talsperre im Diemtetal geplant. - Düsseldorf: Zweites Elektrizitätswerk. - Schwerte: Badeanstalt. - Oberkassel: Radrennbahn des Düsseldorfer Sportvereins, M. 140 000. - Siegen: Goldbrücke auf dem Gelände des Fabrikanten R. Böhl. - Hagen: Geldtransaktionsabteilung der Bausparkasse, M. 294 000. - Bottrop: Schlachthaus, M. 400 000.

Aus dem Preußischen Staatsbaushalt für 1907: Neukirchen: Weiterer Ausbau der Arbeitersiedlung des Bergwerksdirektionsbezirkes, IV. Rate, M. 600 000 (insgesamt M. 225 000). - München: Dienstgebäude vom Alten Kreis. - Siegen: Vergrößerung des Südlichen Elektrizitätswerkes. - Witten: Dienstgebäude geplant. - Düsseldorf: Dienstgebäude für ein Hauptsteueramt, I. Rate, M. 220 655. - Eisenbahndirektion Altona: Umgestaltung der Hamburger Eisenbahnlinie, weitere Rate M. 5 800 000 (insgesamt M. 42 428 500). - Schleswig: Erweiterung des Bahnhofes. - Göttingen: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eilenburg: Dienstgebäude für ein Hauptsteueramt, I. Rate, M. 220 655. - Eisenbahndirektion Altona: Umgestaltung der Hamburger Eisenbahnlinie, weitere Rate M. 5 800 000 (insgesamt M. 42 428 500). - Schleswig: Erweiterung des Bahnhofes. - Göttingen: Dienstgebäude für ein Hauptsteueramt, I. Rate, M. 220 655. - Eisenbahndirektion Breslau: Erweiterung des Bahnhofes Görlitz, M. 1 460 000; verhörlte Überbauten über die Unterführung bei Hardenbergstraße, M. 228 000; Erweiterung der Wagenreparaturhalle in Grunewald, M. 300 000; Erweiterung des Dreieckbahnhofes Tempelhof, M. 4 449 000; Erweiterung des Verladeplatzes auf dem Gelände des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten über die Unterführung bei der Hardenbergstraße, M. 228 000; Erweiterung der Wagenreparaturhalle in Grunewald, M. 300 000; Erweiterung des Dreieckbahnhofes Tempelhof, M. 4 449 000; Erweiterung des Verladeplatzes auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000. - Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude für die beiden Hauptsteuerämter, M. 240 000. - Eisenbahndirektion Altona: Erweiterung des Bahnhofes. - Eisenbahndirektion Berlin: Dienstgebäude auf dem Gelände des Stettiner Bahnhof, M. 315 000; Befestigung eines Schienenkreuzung auf dem Bahnhof Scharlot-Münchensburg, M. 460 000; verhörlte Überbauten auf der Strecke Dittbergs-Bagow, M. 570 000. - Eisenbahndirektion Kassel: Schienenfeste Überführung auf Bahnhof Kreuzen, M. 178 000; Erweiterung der Nebenverbindungsstraße, M. 182 000; Eisenbahndirektion Breslau: Dienstgebäude

beig. Birkensfeld-Neubrücke, M. 290.000. — Eisenbahnbrücke Siettlin: Erweiterung des Bahnhofes Angermünde, M. 2.214.000.

* **Submissionen.** Zur Vergabe der Arbeiten zur Errichtung eines viergeschossigen Hauses für Unterbeamte an dem neuen Bahnhofe bei Mötter, einschließlich Lieferung sämtlicher Materialien mit Ausnahme der Giebelsteine des Daches und des Giebeldaches, sowie mit Ausnahme der Dachbedeckung waren folgende Angebote eingegangen: Schmidt-Möller M. 15.048,94, Minow-Thorn M. 12.903,56, Schwarzw.-Thorn M. 12.921,95, Teufel-Thorn M. 13.640,26, Hoffmann-Thorn M. 12.693,05, Sommer-Thorn M. 13.063,59, Rosen- und Bödig-Thorn M. 12.063,93, Immanns-Thorn M. 16.805,81, Raum-Thorn M. 14.443,88, Wülfersdorffs-Bödig M. 11.681,93, Müller-Thorn M. 12.812,45, Bödig-Thorn M. 14.028,98, Mötter-Thorn M. 12.710,98, Städter-Thorn M. 12.814,04, Kühn-Mötter M. 13.764,10, Soppert-Thorn M. 13.855,68, Hinz-Thorn M. 12.126,33.

Zur Vergabe der Arbeiten für Herstellung eines Nebenwohnungsgebäudes auf dem Hauptbahnhof Thorn wurden folgende Gebote abgegeben: Los 1. Maurer, Asphalt und Steinpflaster: A. Schmidt-Möller M. 15.325,25, M. Bartel M. 13.888,75, G. Hoffmann M. 12.645,88, R. Schwarz M. 12.447,82, B. Mötter M. 12.412,22, W. Minow M. 12.056,95, M. Müller M. 11.881,03, Friedr. Hinz M. 11.029,91, Wülfersdorffs-Bödig M. 10.929,83, G. Soppert M. 10.735,84, Raum M. 10.584,62, Friedr. Kühn M. 9.937,42. — Los 2. Zimmer- und Stäferarbeiten: B. Mötter M. 14.749,39, R. Schwarz M. 14.281,36, R. Raum M. 14.074,87, W. Minow M. 13.999,61, H. Alpiger M. 13.407,78, Wülfersdorffs-Bödig M. 13.282,91, G. Soppert M. 13.279,05, G. Hoffmann M. 12.518,18, Friedr. Hinz M. 12.183,15. — Los 3. Dachdeckerarbeiten: Adermann M. 2641,64, Gaff-Graudens M. 2541,64, M. Bartel M. 2507,89, Werten-Grundens 2 Angebote, M. 1872,56 und M. 2407,57, Hubert-Gulmice M. 2394,19, Dachpappenfabrik Graudens M. 2322,40, Ullmanns-Bödig M. 2307,26, Gehr-Gulmice 2 Angebote, M. 2153,50 und M. 2106,63, Werner u. Co.-Bromberg 2 Angebote, M. 1805,68 (ohne Ziffern), M. 1839,23 und M. 2206,71.

Aus Unternehmertreffen.

* **Neugründungen.** Über die Gründung eines Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Neisse berichtet die „Ostdeutsche Bauzeitung“:

Hier fand eine äußerst zahlreiche Versammlung von Arbeitgebern des Baugewerbes der Kreise Neisse, Neustadt, Grottau und Faltenberg statt. Der Vorstand des Arbeitgeberverbundes Breslau, Regierungsbauammeister Wolfson, sprach über Gründung eines Arbeitgeberverbundes. Unter lebhafter Befürchtung aller Anwesenden wurde beschlossen, gegen das fortwährende und annehmende Auftreten der Arbeitersorganisation Stellung zu nehmen und einstimmig wurde ein Arbeitgeberbund für die genannten Kreise gegründet. Er schließt sich sofort dem Provinzialarbeiterverbund für Schlesien und dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an. Zum Vorstand des neugegründeten Vorsitzverbandes wählte die Versammlung Maurermeister Anders in Neisse.

* Die „Ostdeutsche Bauzeitung“ bringt einen Artikel, der den Ablauf der Tarifverträge im Jahre 1908 behandelt. Der Artikel wimmelt geradezu von Unrichtigkeiten, die uns aber, soweit sie ihren harmlosen Ursprung in der Unwissenheit des Verfassers haben, nicht weiter aufhalten sollen. So wird beispielsweise auch Berlin unter den Octen genannt, deren Tarifverträge im Frühjahr 1908 ablaufen, während, was wohl jedes Verbandsmitglied wissen dürfte, der Berliner Vertrag schon am 31. März dieses Jahres abläuft. Doch das sind belanglose Schmäler, die keinen weiter schmerzen, als den Verfasser. Anders ist es aber mit folgender Ausschaffung:

In dieser Resolution (die in den außerordentlichen Versammlungen angenommen wurde. D. R.) ist besonders der erste Satz von Interesse, der wieder einmal klar beweist, mit welch verwerflichen Mitteln die Arbeitersorganisationen ihre Zwecke zu fördern suchen. Es wird von fortgesetzten „Drohungen“ im Arbeitgeberbund für das Baugewerbe organisierten Unternehmern gesprochen, dagegen zu handeln, daß die Arbeiter in großer Zahl ausgespiert werden sollten, um dadurch die „Verbandskraft zu trennen“ und eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu hinterstreben. Die Arbeitserführer, die ihren Gefolgschaften mitdeutliche Redensarten kommen, müssen die Denkfähigkeit der Arbeiter allerdings recht gering einfäßen. Wenn man nicht so genau über die Absichten und Machenschaften der Herren unterrichtet wäre, dann könnte man sich wirklich über solche Unwahrheiten noch wundern. Jeder einigermaßen vernünftig denkende Mensch weiß ganz genau, daß eine Aussperrung seitens der Unternehmer wohl noch niemals berantaltet wurde, ohne daß ein Streit voran gegangen ist.

Die Redaktion der „O. B.“ stellt sich, als sei ihr von irgendwelchen Drohungen, durch große Aussperrungen die Organisation der Arbeiter zu schwächen, resp. kampfunfähig zu machen, nicht das mindeste bekannt. D. h. sie stellt sich auch nur so. Denn in Wirklichkeit ist ihr natürlich so gut wie uns bekannt, wie die verschiedenen Aussprüche der Oberbündler, so oft in schärfen und scharfen Kampftönen gegen uns ausstängen. Wir glauben, es nicht nötig zu haben, sie unter Aufführung genauer Daten davon zu überzeugen, daß sie es doch wirkte, als Redaktion eines Unternehmervorstands es wisse und mußte. Dagegen beschuldigt sie unsre Verbandsleitung der bewußten Unwahrheit. Ein solches Beginnen ist alles andere, nur nicht ehrlich und anständig. Der Unwissenheit der „O. B.“ ist es wohl nur zuzuschreiben, wenn sie behauptet, jeder denkende Mensch würde ganz genau, daß eine Aussperrung seitens der Unternehmer noch niemals vorgenommen worden sei, wenn nicht vorher ein Streit bestanden habe. Ihre überraschende Kenntnis der wirtschaftlichen Kämpfe im Baugewerbe wollen wir ihr nicht zum Vorwurf machen, aber, daß sie sich trotz dieser ein Urteil in den Sachen anmaßt, das finden wir über alle Maßen leichtfertig und darum lästig. Zur Belehrung sei ihr der Untergang der Halle, wirtschaftlich ausgespiert wurde, ohne daß ein Streit vorangegangen war, nur ein Fall mitgeteilt. Wir erieten uns

aber, ihr einige Duhend namhaft zu machen, falls sie Verlangen danach trägt. Im Jahre 1905 wurde im Monat März für die Amtler Gladbeck, Dorf und Duerl im Tarifvertrag abgeschlossen, ohne daß es eines Streits bedurfte hätte. Dann kam die Aussperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die Unternehmer dieser drei Amtler sperrten ihre Maurer aus, ohne daß es denen auch nur im Traume eingefallen wäre, zu streiten; ja, das dorfliche Baugewerbe hatte überhaupt noch niemals einen Streit gehabt. Zugleich sperrten die Unternehmer die Maurer aus, und sogar unter Bruch eines vor wenigen Wochen feierlich abgeschlossenen Tarifvertrages.

Also verehrte „O. B.“, nicht so vorwilig, aber es gehört doch eine etwas grundlichere Kenntnis der Erfahrungen dazu, um sie mit Erfolg ausführen zu können. Es geschehen eben viel Dinge zwischen Himmel und Erde, von denen sich mancher in aller seiner Schuldlosigkeit nichts träumen läßt.

Aus anderen Berufen.

* **Die Fleischergesellen in Eisenberg (S. A.)** feiern seit dem 10. Januar im Streit. Sie fordern elitländige Arbeitszeit, Bezahlung der Überstunden mit 40 % und Verbrennung der Sonntagsarbeit auf Rosstall. Die befohlene Forderungen lehnen die Fleischermüster und Wurstfabrikanten ab, und sie lehnen auch das Generalkreis als Einigungsamt ab. Sie verlangen bedeutungslose Wiederanträge der Arbeit, Ausstieg aus der Organisation und außerdem noch Aufhebung des seitens des Gewerbeausschusses im Einverständnis mit der Streitteilung verhängten Bonfots. In dem Streit getreten waren 142 Gesellen; etwa die Hälfte ist noch zu unterstüzen. Die Hauptabnehmer der Eisenberger Wurstwaren sind Konsumvereine, Warenhäuser, Fleischwarenfabrikanten und, die diese Wurstwaren unter dem Namen Thüringer Fleisch- und Wurstwaren in den Handel bringen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Waren bis auf weiteres sämtlich kostottiert sind. Die genossenschaftlich organisierten Gewerkschaften wollen besonders darauf achten, daß die Geschäftsführungen der Konsumvereine von dem Bonfot Kenntnis nehmen, bezw. erhalten, und somit gegen die kostottierte Thüringer Wurst solange nicht feilhalten, wie der Bonfot dauert.

* Die „Metallarbeiterzeitung“ hat mit der Nr. 7 vom 16. Februar eine Auflage von 350.000 erreicht. Am 29. September 1909 war die Auflage auf 100.000, am 8. Dezember 1904 auf 200.000, am 28. April 1906 auf 300.000 angewachsen. Im Laufe von neun Monaten ist die Auflage jetzt um 50.000 gestiegen. Im selben Tempo hat sich die Mitgliederzahl des Verbandes gesteigert. Sie stieg im Jahre 1904 um 40.000, 1905 um 60.000 und 1906 um zirka 70.000. Gegenüber diesen Erfolgen verschwinden die östlichen und Hessischen Dunderschen Streitbrecherorganisationen gänzlich.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“, Heft 20 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt haben wir hörbar: Nach den Wahlen. — Die Konferenz der Parteidirektoren. Von Karl Emil. — Die Arbeiterpolitik der letzten Jahre in Niedersachsen. Von Paul Dönges (Münster). — Die Verträge der christlichen Gewerkschaften. Von Joh. Leimperts. — Das Wahlergebnis in Sachsen. Von Hans Bloch. — Der 25. Januar in Ostpreußen. Von Otto Braun (Königsberg). — Die „Neue Zeit“ kostet pro Heft 25.

* Der wahre Jacob, Nummer 4 des 24. Jahrgangs. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder, eines eines Telephongesprächs zwischen Bülow und Nikolauß über die deutsche Reichstagswahl, das andere Nikolauß' Tod nach der Reichstagsberömung darstellt. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10.

Briefkasten.

Lübeck, R. Auf die Rücklieferung des Manuskripts können wir uns nicht einlassen.

Altona, „fremde“ Maurer. Die Aufnahme des Schriftes, der Heugut nimmt auf den Verhandlungsbericht aus Hannover in Nr. 7 unseres Blattes, lehnen wir ab, da die „fremden“ Maurer Altonas in dem hannoverschen Bericht mit seinem Worte erwähnt sind und wir die Altonauer „fremden“ Maurer nicht als genügend legitimiert erachten, sich zum Vertrüger der angegriffenen Maurer aufzupicken.

Biert-Streitende. Wenn die Staatsanwaltschaft die Verfolgung eines Verbrechens oder Vergehen abgleicht, so kann dagegen Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft und gegen einen etwaigen ablehnenden Bescheid dieser Behörde Beschwerde über Landesgericht erhoben werden. Ein fremdes Land, also auch England, liefert auf das Erreichen einer Privatperson keinen Menschen aus. Wenn Beschluß auf die Erbhaftigkeit gelegt ist, so darf der Erbanspruchsteller für den Erbvertrüger nicht auszahlen.

Westerholz, W. S. Daburch, daß die Arbeiter die Arbeitsordnung unterschreiben, ist sie rechtsverbindlich für sie geworden; ob sie den Inhalt könnten oder nicht, kommt dabei gar nicht in Frage. Man soll eben vorher lesen, ehe man unterschreibt. Aufbruch auf Zurückzahlung der geleisteten Beiträge werden die Arbeiter wohl kaum haben.

Gütersloh, W. S. Buch Nr. 82 827. Das Gesuch um Freigabe muß an die Landesregierung gerichtet werden; der Befor der Befor damit nichts zu tun. Gerichtskosten verfahren erst in 30 Jahren. Wer innerhalb dieser Zeit zu Gelde kommt, muß die Kosten bezahlen.

Gütersloh, W. S. Beforstand. Wenn in dem Bericht vom 21. Januar weiter nichts enthalten war, als die Namen der neuwählten Befor, so ist er aus diesem Grunde nicht aufgenommen worden. Es kann doch die Leser des „Grundsteins“ durchaus nicht interessieren, welche Kollegen der vorliegende Befor zu seinen Beforwählern gehören hat, und die dortigen Kollegen hätten ja in die Versammlung geladen, wenn ihnen etwas davon gelegen war, zu wissen, wie der Befor gewählt wurde. Eine Art Protokollbuch soll doch der „Grundstein“ schließlich nicht sein.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Berlin. Am 8. Februar starb unser alter Mitglied Emil Kleiber im Alter von 82 Jahren an der Brüderlichkeit.

Bochum. Am 9. Februar starb unser treuer Verbandskollege Julius Pfankuch im Alter von 25 Jahren durch Unfall.

Chemnitz. Am 12. Februar starb unser Mitglied Karl August Hähle im Alter von 40 Jahren an Lungenschnupfkrankheit.

Dresden. Am 10. Februar starb nach langem Leben unser Verbandskollege Gustav Sattler im Alter von 59 Jahren an Magenkrebs.

Dortmund. Am 16. Februar starb unser Verbandskollege Heinrich Schneiker im Alter von 41 Jahren an Lungenschnupfkrankheit.

Hadersleben. Am 5. Februar starb plötzlich unser treuer Mitglied Jens Paulsen im Alter von 51 Jahren an Herzschlag.

Hannover. Am 15. Februar starb unser Verbandskollege Willi Henze in Oberode im Alter von 20 Jahren an Lungenschnupfkrankheit.

Karlsruhe-Zähringen. Am 11. Februar starb unser Kollege Karl Dehm im Alter von 66 Jahren an Herzleid.

Mainz. Am 16. Februar starb unser Ehrenmitglied Wilhelm Lang im Alter von 65 Jahren an Lungenschnupfkrankheit.

Neustadt a. d. Aa. Am 13. Februar starb unser Mitglied Friedrich Stoner, 42 Jahre alt, an Brüderlichkeit.

Prenzlau. Am 10. Februar starb nach langem Krankenlager unser treuer Verbandskollege Gottlieb Zeitz im Alter von 57 Jahren an Leberentzündung. Der Verstorbene war Mitbegründer des Zweigvereins.

Straßburg. Am 14. Februar starb unser langjähriges Mitglied Max Reetz im Alter von 36 Jahren an Lungenschnupfkrankheit. Der Verstorbene war Mitbegründer unserer Zahlstelle.

Weißenfels. Am 12. Februar starb unser treuer Verbandskollege Gustav Bernstein an Lungenschnupfkrankheit. — Am 14. Februar starb unser treuer Verbandskollege Karl Schulze im Alter von 47 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Perleberg.

Die Adresse des Vorsitzenden ist: Friedrich Schwartz, Koloniestr. 20, die des Kassierers: Otto Kahn, Koloniestr. 14. [M. 1,50]

Wiesenburg i. d. M.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß der Kassierer Otto Heinrich in Schlamau jeden Sonntag nach dem 1. November bis 10—12 Uhr in seiner Wohnung und jeden Sonntag nach dem 15. in der Verhandlung Beiträge entgegennimmt. Das Verhandlungstafel ist beim Gastwirt Müller in Schlamau. [M. 2,40] Der Vorstand.

Luckenwalde.

Sonntags, 23. Februar, bei Wilh. Mittag, Bahnhofstraße:

Faschingsvergnügen

bestehend in Theater und Ball.

Sämtliche Kollegen von Luckenwalde und Umgegend sind hierzu eingeladen. [M. 2,70] Das Komitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 24. Februar.

Allstedt. Nach 2 Uhr im Bahnhof „Zum Adler“. [M. 2,40] Bekanntmachung der Schriftsätze von den Maurern und Verhältnislösung darüber.

Bayreuth. 2 Uhr in der „Centralhalle“. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Croppenstedt. Nach 4 Uhr in der „Plantage“.

Gransee. Nach 3 Uhr im Brauerei-Bot. Wichtige Tagesordnung. Referent anfeindet.

Grüne. Nach 3 Uhr in Wiefersdorf bei Gastwirt Wölk. Referent: Kellerei Wiefersdorf.

Hagen. 3 Uhr. Wahl eines ersten Kassierers, eines Schriftführers sowie der Beisitzer.

Pasewalk. Nach 3 Uhr bei Wölk. Am-März 18. Wichtige Tagesordnung. Kollegen 2 Uhr im Lokale des Herrn Wölkholz. Vorstand des Zehdenick.

Wölkholz. Nach 3 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sagan, abends 6 Uhr. Punktlich erscheinen.

Sonnabend, den 3. März.

Grosswig. Nach 3 Uhr im Thomashof Bot.

Letschin. Nach 3 Uhr bei Reißel.

Offizielle Maurerversammlung.

Sonntag, den 3. März.

Dahlen I. S. Nach 4 Uhr im Gasthof zum goldenen Adler. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Jeder Schiede erhält eine Rüge.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.